



Plenarprotokoll

32. Sitzung

Mittwoch, 17. November 2010

Nachruf auf die an Bord des Segelschulschiffes „Gorch Fock“ verunglückte Offiziersanwärterin Sarah Lena Seele.....	2666	Regierungserklärung zur Entwicklung der Partnerschaft des Landes Schleswig-Holstein mit der chinesischen Provinz Zhejiang.....	2667
Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Hans-Klaus Solterbeck.....	2666	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	2667
Personalpolitik in FDP-geführten Ministerien.....	2666	Markus Matthießen [CDU].....	2671
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD		Bernd Schröder [SPD].....	2672
Drucksache 17/1029		Christopher Vogt [FDP].....	2674
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	2666	Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2675
		Ellen Streitbürger [DIE LINKE]...	2676
		Anke Spoorendonk [SSW].....	2677
		Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein....	2678
		Mündlicher Bericht der Landesregierung	

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	2678, 2690	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2709
Werner Kalinka [CDU].....	2680	Björn Thoroë [DIE LINKE].....	2710
Wolfgang Baasch [SPD].....	2682	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	2711
Christopher Vogt [FDP].....	2684	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2712
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2685		
Björn Thoroë [DIE LINKE].....	2687	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein.....	2714
Flemming Meyer [SSW].....	2689		
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	2690	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/995	
Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.....	2690	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1027	
Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 17/229			
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/861		Ursula Sassen [CDU].....	2714
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	2690	Serpil Midyatli [SPD].....	2715
Peter Eichstädt [SPD].....	2691, 2700	Anita Klahn [FDP].....	2716
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	2694	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2717
Ingrid Brand-Hückstädt [FDP].....	2695	Antje Jansen [DIE LINKE].....	2718
Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2696	Flemming Meyer [SSW].....	2720
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	2697	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	2721
Silke Hinrichsen [SSW].....	2699	Klaus Schlie, Innenminister.....	2722
Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 17/861, an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss.....	2700	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/995 und des Änderungsantrags Drucksache 17/1027 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss.....	2723
Aktuelle Stunde		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes (LöffZG).....	2723
Keine Verzögerung des Ausbaues des Nord-Ostsee-Kanals.....	2700	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/806	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 17/1006	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2700	Hans-Jörn Arp [CDU], Berichterstatter.....	2723
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2702, 2713	Johannes Callsen [CDU].....	2723
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	2704	Peter Eichstädt [SPD].....	2725
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2706		
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	2707		
Lars Harms [SSW].....	2708, 2712		

Oliver Kumbartzky [FDP].....	2726	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2727	* * * *
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	2729	
Lars Harms [SSW].....	2730	Regierungsbank:
Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	2731	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2732	Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä- sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge- sundheit
Beschluss: Ablehnung des Gesetzent- wurfs Drucksache 17/806.....	2733	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel- lung und Integration
Einsatzbereitschaft der Freiwilli- gen Feuerwehren stärken.....	2733	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/905		Klaus Schlie, Innenminister
Markus Matthießen [CDU].....	2733, 2739	Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt- schaft, Umwelt und ländliche Räume
Andreas Beran [SPD].....	2735	Rainer Wiegard, Finanzminister
Jens-Uwe Dankert [FDP].....	2736	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt- schaft und Verkehr
Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	2737	* * * *
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	2737	
Silke Hinrichsen [SSW].....	2738	
Rainer Wiegard, Finanzminister....	2740	
Beschluss: Annahme.....	2740	

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Beurlaubt für den heutigen Vormittag ist vonseiten der Landesregierung Herr Minister Jost de Jager.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

An Bord des Segelschulschiffes „Gorch Fock“ hat sich am 7. November 2010 ein tragisches Unglück ereignet, das uns alle tief betroffen macht. Während der Segelvorbereitung im brasilianischen Salvador de Bahia ist die aus dem niedersächsischen Landkreis Holzminden stammende Offiziersanwärterin Sarah Lena Seele aus der Takelage in den Tod gestürzt. Alle Anstrengungen, ihr Leben zu retten, waren vergebens. Wir alle wissen, der Dienst auf See ist mit nie ganz beherrschbaren Gefahren verbunden. Und doch berührt uns das Schicksal der jungen Soldatin, die erst wenige Tage zuvor auf der „Gorch Fock“ an Bord gegangen war, ganz unmittelbar. Denn wir sind der Besatzung und dem Schiff seit nahezu 30 Jahren eng durch eine Patenschaft verbunden. Deshalb nehmen wir persönlich Anteil an dem, was an Bord geschieht. Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie, den Angehörigen und Freunden der erst 25-Jährigen, die diesen schweren Verlust vor allem zu tragen haben. Wir trauern mit ihnen.

Unsere Gedanken sind aber auch bei der Besatzung unseres Patenschiffes „Gorch Fock“, in deren Mitte eine schmerzhaft Lücke bleiben wird.

Meine Damen und Herren, eine weitere Todesnachricht hat uns in der vergangenen Woche erreicht. Am 9. November 2010, seinem 81. Geburtstag, ist der frühere Landtagsabgeordnete Hans-Klaus Solterbeck verstorben. Er gehörte diesem Haus von 1983 bis 1987 und von 1988 bis 1996 als Abgeordneter der CDU-Fraktion an. Seine Lebenserfahrung brachte er hier insbesondere in die Arbeit des Eingabenausschusses, des Sozialausschusses, des Innen- und Rechts- sowie des Agrarausschusses ein. „Politik war sein Leben“, hat das Amt Hüttener Berge die Traueranzeige für den verdienten Kommunal- und Landespolitiker überschrieben, der dem Amt nach heutigen Maßstäben schon fast unglaub-

lich anmutende 27 Jahre vorstand. Dieser Aussage gibt es nichts hinzuzufügen.

Hans-Klaus Solterbeck war ein authentischer, ein warmherziger, fest in seiner Heimatgemeinde verwurzelter Mann, der sich dort bis zuletzt für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger einsetzte. Er tat dies aus selbstloser Leidenschaft und dem tiefen Bedürfnis heraus, Gutes für Menschen und das Miteinander in unserer Gesellschaft zu leisten. „Wer nichts für andere tut, der tut auch nichts für sich selbst“, lautete denn auch sein Lebensmotto, dem er bis zum Schluss treu geblieben ist; ein Lebensmotto, das zugleich die wohl hervorstechendste Eigenschaft von Hans-Klaus Solterbeck umschreibt: besondere Bürgernähe.

Für seine Verdienste um unser Land wurde Hans-Klaus Solterbeck mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet. Das Amt Hüttener Berge ernannte ihn 1997 zum Ehrenamtsvorsteher.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, einen Augenblick im Gedenken an Sarah Lena Seele und Hans-Klaus Solterbeck innezuhalten, ihnen vielleicht auch ein stilles Gebet zu widmen. - Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der beiden Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben, dafür danke ich Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns liegt ein Dringlichkeitsantrag vor:

Personalpolitik in FDP-geführten Ministerien

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1029

Man hat mir das Signal gegeben, dass über die Dringlichkeit Einvernehmen besteht, sodass wir keine Aussprache über die Dringlichkeit benötigen. - Ich lasse damit über die Dringlichkeit der Drucksache 17/1029 abstimmen. Es gilt das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Geschäftsführer der Fraktionen werden sich darüber verständigen, an welcher Stelle der Tagesordnung dieser Tagesordnungspunkt eingefügt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Rede-

(Präsident Torsten Geerds)

zeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 5, 6, 8, 12, 25, 31 bis 33, 37, 44, 46, 47, 48 und 50 bis 56 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 10, 11, 15, 18 und 30.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 13, 17, 20 und 24. Das sind die folgenden Anträge: Offshore-Strategie; Sicherheit von Atomkraftwerken bei Laufzeitverlängerung; Kohlekraftwerke in Brunsbüttel; Auswirkungen des 11. und 12. Änderungsgesetzes zum Atomgesetz auf Schleswig-Holstein.

Weiter ist eine gemeinsame Beratung für die Tagesordnungspunkte 16, 29, 34 und 41 vorgesehen. Das sind die folgenden Anträge: Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende aussetzen; Mobilitätskosten im Regelsatz berücksichtigen; Teilhabe stärken, Regelsätze transparent gestalten - Neuregelung im SGB II und SGB XII; Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums bei Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze umsetzen.

Gemeinsam beraten werden auch die Tagesordnungspunkte 21 und 22, die Anträge zum Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung und zum Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Eine gemeinsame Beratung erfolgt auch zu den Punkten 26, 42 und 43. Das sind die Anträge Verantwortung wahrnehmen, Landesregierung in den Aufsichtsrat der HSH Nordbank; HSH Nordbank - „Bank des Nordens für den Norden“; HSH Nordbank: Verdeckte Observierung von Medienvertreterinnen und -vertreter und Politikerinnen und Politiker.

Weiter sind die Tagesordnungspunkte 28 und 40 zur gemeinsamen Beratung vorgesehen: „Erhalt der Frauenfacheinrichtungen in Schleswig-Holstein“ und „Mädchentreffs in Schleswig-Holstein erhalten und ausbauen“.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde zum geplanten Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals wird mit Zustimmung der Antragsteller am Mittwochnachmittag um 15 Uhr aufgerufen werden.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ih-

nen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 12. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen, da die Sitzung voraussichtlich um 16 Uhr enden wird. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte von der Käthe-Kollwitz-Schule aus Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Und ich gratuliere jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron zu seinem Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch, viel Glück und Gottes Segen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zur Entwicklung der Partnerschaft des Landes Schleswig-Holstein mit der chinesischen Provinz Zhejiang

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1985 landete auf dem Schreibtisch des damaligen Wirtschaftsministers Dr. Jürgen Westphal eine für damalige Verhältnisse sehr ungewöhnliche Anfrage. Der Absender war China, der Adressat war Schleswig-Holstein, West-Germany, Tausende Kilometer entfernt. Die chinesische Seite fragt an: Könnt ihr euch in Schleswig-Holstein vorstellen, eine partnerschaftliche Beziehung zu unserer Provinz Zhejiang aufzubauen?

Dr. Jürgen Westphal und die Abgeordneten in diesem Hohen Haus haben daraufhin eine Entscheidung mit großem Weitblick getroffen, eine Entscheidung, bei der wir immer deutlicher erkennen, wie gut sie für Schleswig-Holstein ist: Sie haben Ja zur **Partnerschaft mit Zhejiang** gesagt. Diese Entscheidung war und ist richtig. Dadurch sind wir heute schon dort vertreten, wo andere erst hinwollen. Dies freut mich besonders in einer Situation, in der die wirtschaftliche Entwicklung wieder Fahrt aufnimmt. Viele Branchen haben die schwere Fi-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

nanz- und Wirtschaftskrise weitgehend überwunden.

Wir stellen fest: Auch Schleswig-Holstein ist wieder auf Kurs; der Aufschwung ist da. Wir staunen über das stärkste deutsche Wachstum seit der Wiedervereinigung, wir freuen uns über die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 18 Jahren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir freuen uns mit den vielen Menschen im Land, die diesen Aufschwung Tag für Tag erarbeiten. Wir freuen uns mit den Tüchtigen der Wirtschaft und den Gewerkschaften, weil dieser Aufschwung alle erreicht. Ältere Arbeitnehmer profitieren zunehmend, ihre Erfahrung ist wieder gefragt. Jugendliche profitieren, sie finden schneller eine gute Lehrstelle. Viele Beschäftigte profitieren und werden profitieren, weil die Löhne wieder stärker steigen sollen. Es zeigt sich: Unternehmer und Arbeitnehmer, Politiker und Gewerkschafter haben während der schweren Krise vieles richtig gemacht. Sie haben Entscheidungen mit großer Entschlossenheit getroffen.

Selbst international findet die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands Beachtung. Thomas Friedman, amerikanischer Pulitzer-Preisträger und renommierter Journalist für das Thema Globalisierung, nannte die deutsche Erfolgsgeschichte eine „really amazing story“.

Zur ganzen Wahrheit gehört: Diese aufregende Story wird nur zu einem Teil bei uns geschrieben. An dieser Erfolgsgeschichte schreiben in einer vernetzten Welt auch andere mit. Es sind neben den Schwellenländern die ökonomischen Kraftzentren wie China, die nach der weltweiten Krise überraschend schnell auf die Beine gekommen sind und die jetzt wieder nach Produkten und Dienstleistungen made in Germany verlangen.

Das hat auch Auswirkungen auf Schleswig-Holstein, denn auch wir sind mit einem solchen Kraftzentrum verbunden. Unsere chinesische Partnerprovinz Zhejiang gehört zu den wirtschaftlich bedeutendsten Regionen im Reich der Mitte. Dort leben rund 50 Millionen Menschen im prosperierenden Metropolen-Gürtel von Hangzhou bis Shanghai. Ich sage: Die über fast 25 Jahre gewachsene Beziehung zu Zhejiang ist ein absoluter Glücksfall für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU, FDP, vereinzelt bei der FDP und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können und müssen uns diese **Beziehung** zunutze machen. Wir müssen noch dichter an solche Kraftzentren heranrücken, wenn wir mitwachsen wollen. Zhejiang ist ein Kraftzentrum, davon haben wir uns überzeugen können.

Gemeinsam mit einer **Wirtschaftsdelegation** habe ich im vergangenen Monat unsere chinesischen Partner besucht. Es war der zweite Besuch meiner Amtszeit. Ich bringe von dort eine wichtige Erkenntnis mit: Schleswig-Holstein hat international viel bessere Chancen, als wir daheim wissen oder als wir sie uns manchmal zutrauen. Schleswig-Holstein arbeitet nicht nur erfolgreich mit Partnern wie Hamburg, Dänemark und den Ländern im Ostseeraum zusammen. Gerade in China liegen gewaltige Potenziale für uns. Die Partnerschaft mit Zhejiang macht diese Chancen begreifbar. Heute, kurz vor dem 25-jährigen Bestehen dieser Partnerschaft - in China sprach und spricht man schon von der Silberhochzeit -, wird immer klarer, welcher Gewinn darin für beide Seiten steckt.

Ich will die **Potenziale** dieser Beziehung zu China analysieren und bewerten und dafür werben, diese Chancen zu nutzen. Die Chancen für Schleswig-Holstein sind vielfältig. Denn eines sagen Ihnen auch die Experten vom Kieler Institut für Weltwirtschaft: Die aufstrebende chinesische Mittelschicht verlangt nicht nur nach deutschen Luxusautos. Auch Industriegüter, Dienstleistungen und Expertise aus Schleswig-Holstein sind gefragt in einem Land, das als weltgrößter Binnenmarkt gilt und mit einem Wirtschaftswachstum von zuletzt 9,5 % ein riesiger Zukunftsmarkt ist.

Der bisherige Erfolg unserer Partnerschaft ist möglich, weil Menschen auf beiden Seiten etwas daraus machen. Menschen, die sich einsetzen für kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kontakte. 2012 soll China der Länderschwerpunkt beim Schleswig-Holstein Musik Festival werden. Das trägt zur Freundschaft zwischen unseren Völkern bei, und ich bin diesen Boten der Völkerverständigung ausgesprochen dankbar.

Wir brauchen diese gesellschaftlichen Kräfte auch künftig, denn gerade in China ist es nun einmal so: Geschäftskontakte werden persönlich angebahnt und Partnerschaften werden besser nicht nur per E-Mail oder Fax gepflegt. Solche Delegationsreisen sind praktische Beziehungspflege, und im chinesischen Kulturkreis dient der regelmäßige Austausch als Türöffner. Der Ministerpräsident und die Landesregierung wollen gern Türöffner sein, denn unser Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort profitiert davon.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Ich sage an dieser Stelle auch: Ich will keineswegs alles in Rosa malen. Auch ich kenne Stimmen, die sagen, China sei mitunter kein einfacher Partner. Dann kommen Einwände wie die Wirtschaftsmacht China müsse ihre Rolle in der **Weltpolitik** noch finden, die chinesische Währung sei unterbewertet, der chinesische Markt sei kein einfaches Terrain für deutsche Unternehmen. Es kommen Klagen, wie dort manchmal mit Know-how und Wissen umgegangen wird oder welche Probleme die Produktpiraterie bereitet. Selbstverständlich - bei aller beeindruckenden Dynamik der chinesischen Wirtschaft - ist festzuhalten: Die Volksrepublik ist kein demokratischer Staat nach unserem Verständnis. Vieles von dem, was ich aufgezählt habe, sind Fragen, die weltpolitisch bewertet werden müssen. Und doch sind wir uns sicher auch alle einig, dass man unter Freunden auch Dinge ansprechen muss, die un bequem sind.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für legitim und auch notwendig, bei einem Besuch in China bestimmte Dinge zum Ausdruck zu bringen, beispielsweise, dass wir besorgt sind, wenn wir Meldungen über den kritikwürdigen Umgang mit **Menschenrechten** lesen. Ich habe diesen Punkt deshalb bei meinem Besuch nicht ausgespart. Denn für mich gilt: Menschenrechte sind universell, und sie sind nicht verhandelbar.

(Beifall CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Wenn wir allerdings über Themen wie den Währungsstreit reden, gibt es immer auch eine Kehrseite der Medaille. China steckt hier in einer sehr ambivalenten Situation. Die Volksrepublik hat ein vitales Interesse, den US-Dollar zu stützen, weil sie andernfalls ihre Reserven von 2,6 Billionen \$ entwerthen würde. Für die Chinesen, für die Volksrepublik China, ist dieses Kapital so etwas wie ihr Volksvermögen.

Stichwort **Ideenklau**: Sicherlich ist das ein ernst zu nehmendes Problem. Doch auch hier vollzieht sich ein Wandel, dem unsere Wahrnehmung vielfach noch hinterherhinkt. 2008 stand mit der Firma Huawei erstmals ein chinesisches Unternehmen weltweit an der Spitze der internationalen Patentanmeldungen.

So ist es in vielen Bereichen: Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sich gravierende Entwicklungen vollzogen, und ich meine damit positive Entwicklungen, die wir oft einfach ausblenden,

wenn wir unser Chinabild abrufen. Angefangen bei ganz elementaren Dingen: Mehr als 500 Millionen Chinesen haben es innerhalb von 30 Jahren geschafft, ihre existenzielle Armut zu überwinden. Das ist eine gewaltige und in der Weltgeschichte einmalige Leistung. Wenn wir das Millenniumsziel der Staatengemeinschaft, bis 2015 die Armut zu halbieren, nicht erreichen, dann hat das sicherlich nicht an China gelegen. Vor dieser wirtschaftlichen Leistung habe ich hohen Respekt.

China ist auf dem konsequenten Weg in Richtung **Modernisierung** seiner öffentlichen und Industrie-Infrastruktur. Schon heute gibt es in China über 100 Städte, die mehr als 1 Million Einwohner haben. Der Urbanisierungsgrad wird weiter steigen.

Für diese Entwicklung braucht China auch deutsche Technologie. Hier liegen besondere Chancen für Deutschland und auch für Schleswig-Holstein. Um einen ersten Eindruck zu gewinnen, schauen Sie sich einmal die Handelsbilanzen an: In den vergangenen fünf Jahren konnte der **Export aus Schleswig-Holstein** nach China verdoppelt werden. Sogar während der weltweiten Wirtschaftskrise legte der Export nach China kräftig zu. Wir sind in China schon heute hervorragend aufgestellt. Unsere Wirtschaft hat das vorhandene Potenzial aber noch nicht ausgereizt. Die **WTSH** hat in Hangzhou ein hoch anerkanntes und gelobtes Schleswig-Holstein Business Center aufgebaut und unterstützt damit sehr effizient unsere kleinen und mittleren Unternehmen.

Momentan nutzen 34 Firmen diese hervorragende Möglichkeit, mit sehr überschaubaren Kosten und einem kalkulierbaren Risiko auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen. Insgesamt sind seit der Gründung 125 schleswig-holsteinische Unternehmen durch diesen „Durchlauferhitzer“ geschleust worden, und sie stehen inzwischen zu einem großen Teil vor Ort auf eigenen Beinen. Bei meiner China-reise habe ich Produktionsstätten unserer Mittelständler besucht und einige davon auch eröffnen können. Dort wird direkt für den chinesischen Markt produziert. Die Zulieferungen aus Schleswig-Holstein schaffen auch bei uns **Arbeitsplätze**.

Es gibt immer noch Firmen, die aus verschiedenen Gründen vor einem Engagement zurückschrecken, obwohl sie sehr interessante Produkte für den chinesischen Markt anzubieten hätten. Diesen Firmen möchte ich Mut machen und sie motivieren: Nutzen Sie die Chancen, sprechen Sie mit der WTSH! Unsere **Wirtschaftsförderer** können mit ihren Business-Centern nicht nur in China, sondern auch in Indien, Malaysia, Brasilien und Russland ein Türöffner und Wegweiser sein, um interessante Zu-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

kunftsmärkte zu erobern. Die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein erleichtert Ihnen den Start.

Meine Damen und Herren, China wird in den nächsten Jahren seine öffentliche Infrastruktur weiter ausbauen, seine Produktionsinfrastruktur modernisieren und massiv in die Entwicklung neuer Technologien sowie in den Umweltschutz investieren, auch investieren müssen. Für viele Fragen und Anforderungen bietet auch die schleswig-holsteinische Wirtschaft Antworten und Lösungen. Angefangen beim chinesischen Energiehunger. Er ist bereits heute gewaltig, und er wird weiter wachsen. Deshalb muss jeder in diesem Haus, der Klimaschutz ernst meint, über Lippenbekenntnisse hinaus ein Interesse daran haben, dass China diesen Hunger möglichst sauber stillt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei den **erneuerbaren Energien** ist Schleswig-Holstein ein interessanter Partner für China. Wir können auf diesem Feld sogar weltweit einzigartiges Know-how bieten. Das haben die Schlagzeilen gezeigt, die in der vergangenen Woche unser Institut für Siliziumtechnologie gemacht hat: Das ISIT hat Elektroden-Folien entwickelt, die wie ein Akku Sonnenenergie speichern können. Im ISIT werden Kompetenzen aufgebaut, die uns beim weiteren Ausbau der regenerativen Energien voranbringen.

Meine Damen und Herren, Lu Zushan, der Gouverneur von Zhejiang, hat mir gegenüber deutlich gemacht, welch großes Interesse er an einer engen Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein hat. Neben den erneuerbaren Energien macht uns unsere Kompetenz in den Bereichen **maritime Wirtschaft**, **Energieeffizienz** und **Umweltschutz** zu einem geschätzten Partner. Ich sehe noch weitere Kompetenzfelder, auf denen wir gut aufgestellt sind und die interessant für China sind. So ist auch im Reich der Mitte der Ernährungssektor einem starkem Wandel unterworfen.

Experten sagen voraus: Der Agrarmarkt entwickelt sich zum interessantesten Markt der Zukunft. In China leben 20 % der Weltbevölkerung, gleichzeitig liegt der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche nur bei rund 7 %. Das ist eine große Chance für schleswig-holsteinische Unternehmen in der Lebensmittelproduktion. Wir sollten sie nutzen.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass die Nachfrage in China zunehmend binnen- und konsumorientierter werden wird. Neben **Industriegütern** werden **Dienstleistungen** gefragt sein, beispielsweise bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, der auch China betrifft. Das Land

überaltert, bedingt durch die Ein-Kind-Politik, schneller als die Bundesrepublik Deutschland. China ist daher interessiert an altersgerechten Dienstleistungen und an Expertise, die ein Life-Science-Standort wie Schleswig-Holstein vorzuweisen hat.

China hat großes Interesse daran, mit uns in der **Forschung und Entwicklung** zu kooperieren. Ich möchte hier ausdrücklich die Fachhochschule Lübeck als Vorreiter nennen. Studierende aus China werden bei uns in Ingenieurstudiengängen ausgebildet und für den praktischen Teil der Ausbildung in unsere Unternehmen vermittelt. Es war beeindruckend, wenn man dort in einer Universität mit 80 zukünftig in **Lübeck** studierenden Chinesen spricht, die natürlich mit großer Erwartung nach Schleswig-Holstein kommen. Ich will erreichen, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren und den chinesischen Hochschulen noch weiter ausgebaut wird. Ein Angebot für den jährlichen **Austausch von Studierenden** aus Schleswig-Holstein nach China liegt bereits vor. Dies ist eine nachhaltige Politik, weil das diejenigen sind, die den wirtschaftlichen Kontakt in den nächsten Jahrzehnten zwischen Schleswig-Holstein und China halten werden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die **Kooperation** erstreckt sich inzwischen auf viele Bereiche. Hochschulen tauschen sich aus, Schüler- und Studentengruppen besuchen einander, Industrie- und Handelskammern kooperieren, und wir vermitteln Wirtschaftskontakte und Joint Ventures.

Dieses vielseitige Engagement löst auch Investitionen bei uns in Schleswig-Holstein aus. Wenn der Volkswirt sagt: „Kapital fließt bergauf“, dann meint das in diesem Fall: Auch die Chinesen werden ihre gewaltigen Devisenüberschüsse investieren, und zwar in den westlichen und in den entwickelten Ländern. Davon profitiert Schleswig-Holstein.

Wir werben deshalb über die Pflege unserer Partnerschaft gleichzeitig für den Standort Schleswig-Holstein. Wir rühren vor Ort die Werbetrommel, weil wir chinesischen Firmen, die sich bei uns niederlassen wollen, hervorragende Rahmenbedingungen zu bieten haben: wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen durch hervorragend ausgebildete Köpfe im Land, die Nähe zu Hamburg und zum Hamburger Hafen, über den der größte Teil des China-Handels abgewickelt wird, sowie der gute Zugang zu den skandinavischen und osteuropäischen Märkten. Das zeichnet uns aus, das sind die Pfunde, mit denen wir wuchern können.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Ein wirtschaftlicher Erfolg für Schleswig-Holstein wäre in diesem Zusammenhang das 50-Millionen-€-Engagement eines **chinesischen Investors in Schwarzenbek**. Ich biete an: Wir sind in dieser Sache gern Gesprächspartner für Schwarzenbek, denn der Erfolg liegt im Interesse des ganzen Landes. Ich darf heute auf unserer Besuchertribüne Herrn Zhu, den Investor, begrüßen. Herr Zhu, ich freue mich sehr, dass Sie uns zuhören.

(Beifall)

Ich werde mich heute um Sie kümmern. Wir gehen heute Abend nicht chinesisch essen, sondern wir gehen deutsch essen. Es wird keinen Reiswein geben, aber es wird viele gute deutsche Produkte geben. Sie sollen merken, dass Sie hier bei uns willkommen sind und dass wir uns freuen, wenn Sie hier bei uns investieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, insgesamt steht wohl außer Frage, dass sich die Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und China gut entwickelt haben. Schon heute ist China Schleswig-Holsteins wichtigster Handelspartner außerhalb der EU. Die Landesregierung wird deshalb die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China weiterhin intensiv begleiten und fördern. Im nächsten Jahr wird sich dazu die gemeinsame deutsch-chinesische Förderkommission zu ihrer siebten Sitzung in Hangzhou treffen. Die Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Zhejiang ist eine hervorragende Ausgangsbasis, die wir zum Wohle unseres Landes weiterentwickeln werden. Wer die Zukunftschancen Schleswig-Holsteins nicht verspielen will, dem muss klar sein: Die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen mit Zhejiang sichert uns nicht nur den Zugang zu einem riesigen **Zukunftsmarkt**, sie bringt auch Investoren und Arbeitsplätze nach Schleswig-Holstein.

Wir wurden in Zhejiang herzlich empfangen. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön. Unsere Partner in Fernost wünschen sich eine dauerhafte Beziehung zu uns. Da wir im nächsten Jahr die Silberhochzeit in den Blick nehmen, erhoffen sie sich bereits das gute Gelingen der Goldenen Hochzeit. Mich stimmt das ausgesprochen optimistisch für die Zukunft. Deutschland und Schleswig-Holstein profitieren im Industriegüterbereich stärker als andere Länder. Die stärkere internationale Verflechtung schadet uns nicht, sie öffnet neue Märkte. Sie bringt uns Arbeit, Steuerkraft und Wohlstand. Meine Damen und Herren, wir gehören eindeutig zu

den Gewinnern der Globalisierung. Wenn China wächst, dann wächst auch Schleswig-Holstein mit.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, ich begrüße einen weiteren Gast auf der Zuschauertribüne, und zwar den Bürgermeister der Stadt Schwarzenbek, Herrn Frank Ruppert. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Matthießen das Wort.

Markus Matthießen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Chinesisch gibt es für die Worte „Krise“ und „Chance“ nur ein Schriftzeichen. Wenn man sich die finanzielle Situation unseres Landes anschaut, dann kann man unsere Situation durchaus als Krise bezeichnen. Unser Ministerpräsident hat deutlich gemacht, dass die guten Beziehungen mit China auch als Chance gesehen werden sollten. Es ist Aufgabe eines Ministerpräsidenten und einer Landesregierung, die Chancen für eine bessere Zukunft für unser Land zu finden und zu nutzen.

Mit den Kollegen Jens Magnussen und Bernd Schröder sowie mit weiteren anderen konnte ich mich im letzten Monat direkt in China von der starken Dynamik, die von diesem Land ausgeht, überzeugen. Durch die Eindrücke, die ich dort gewinnen konnte, habe ich viele Sichtweisen und sicher auch Vorurteile teilweise neu ordnen oder gar revidieren müssen.

Wenn ich mir das Beispiel der Verkehrsinfrastruktur angucke, dann können wir von China lernen. Wir haben in Shanghai, einer Stadt mit 20 Millionen Einwohnern, die **Expo** besucht. An dem Tag, an dem der Ministerpräsident dort war, waren 1 Million Menschen auf der Expo. Für dieses große Projekt hat die Stadt Shanghai nicht einen einzigen Pkw-Parkplatz zur Verfügung gestellt. Es gab dort riesige Busparkplätze und ein ausgeklügeltes System des öffentlichen Personennahverkehrs. Das ist in jedem Fall ein Bereich, den man sich ernsthaft angucken sollte.

(Beifall der Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr [CDU] und Ranka Prante [DIE LINKE])

(Markus Matthießen)

- Antje Jansen [DIE LINKE]: Da können wir etwas lernen!

Ich stimme dem Herrn Ministerpräsidenten ausdrücklich darin zu, dass wir die Chancen der Partnerschaft ergreifen sollten. Welche Erkenntnisse können wir nun aus den zurückliegenden Erfahrungen der letzten 25 Jahre ziehen? - Erstens. Die damalige Entscheidung zur **Partnerschaft** mit der Provinz Zhejiang war richtig und zukunftsweisend. Zweitens. Unsere **Standortvorteile**, die der Herr Ministerpräsident eben aufgezählt hat, müssen wir noch stärker nach außen kommunizieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. Mit dem China-Büro der **WTSH** in Hangzhou sind wir gut aufgestellt. Professor Wang macht dort eine gute Arbeit. Viertens. Unsere oftmals kritisierte **Kleinteiligkeit** in der **Struktur Schleswig-Holsteins** kann aus meiner Sicht zu einem Schlüssel für zukünftige Wirtschaftsbeziehungen mit China werden. Das sehen wir unter anderem an dem, was sich derzeit in der **Stadt Schwarzenbek** anbahnt. Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen.

Die persönlichen Kontakte direkt zum Bürgermeister, zum Wirtschaftsförderer, zum Bauamtsleiter oder zur Ausländerbehörde des **Kreises** sind es, die kurze Entscheidungs- und Behördenwege tatsächlich sichtbar machen können, wenn alle an einem Strang ziehen. In diesem Zusammenhang kann man der Stadt Schwarzenbek zu ihrem großartigen Erfolg der Ansiedlung eines europäischen Großhandelszentrums für Homestyle-Produkte gratulieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies ist eine große Chance für eine wirtschaftlich nicht auf Rosen gebettete Region im Südosten unseres Landes, und im weiteren Verlauf ist es auch eine große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Die Stadt Schwarzenbek hat eine mutige Entscheidung getroffen, und zwar unter anderem deshalb, weil Reisekosten eine Rolle gespielt haben. Diese haben der Stadt Schwarzenbek einen Eintrag ins Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler gebracht, denn es schlugen 50.000 € an Reisekosten zu Buche. Wenn dort am Ende aber 1.000 Arbeitsplätze entstehen, dann war das eine mutige und richtige Investition in die Zukunft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn es gelingt, die bestehenden Kontakte erfolgreich weiterzuentwickeln, und es spricht einiges dafür, dann wird es nicht lange dauern, bis unser Land bei chinesischen Handelspartnern in einem Atem-

zug mit Düsseldorf und Hamburg genannt wird. Dabei können wir wieder erkennen, wie wichtig die enge Partnerschaft mit Hamburg ist und wie wir uns hervorragend ergänzen können. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung viele Punkte angesprochen; auch die aus unserer Sicht kritischen. Das ist richtig, und das gehört zu einer offenen Partnerschaft dazu.

Abschließend möchte ich mich beim Ministerpräsidenten für seine persönliche Unterstützung bei der Ansiedlung des Großhandelszentrums in Schwarzenbek bedanken. Die Verwirklichung steht bevor. Wenn eine Chefsache so gut zum Erfolg führt wie in diesem Fall, dann sollte der Ministerpräsident viel öfter nach Asien reisen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entwicklung der Partnerschaft des Landes Schleswig-Holstein mit der chinesischen Provinz Zhejiang kann mit Fug und Recht als Erfolgsstory bezeichnet werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Aus den zarten Anfängen der vom Ministerpräsidenten geschilderten ersten Vereinbarung über die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und der Provinz Zhejiang wurden kontinuierlich der Ausbau der **Zusammenarbeit** im Wirtschaftshandel, in der Wissenschaft, in der Technologie und der Kultur vorangetrieben. Hierzu diente auch die am 6. Oktober 1995 unterzeichnete Vereinbarung über die Gründung der schleswig-holsteinischen Zhejiang-Förderkommission zwischen der damaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis und dem Vize-Gouverneur Long.

(Beifall des Abgeordneten Olaf Schulze [SPD])

Durch die Pflege der Partnerschaft durch die damalige Ministerpräsidentin beziehungsweise durch den jetzigen Ministerpräsidenten und die jeweiligen Chefs der Staatskanzleien wurden **neue Projekte** initiiert, und die bestehende **Kooperation** wurde ausgebaut.

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind auch die Bereiche Technologie, erneuerbare Ener-

(Bernd Schröder)

gien, Umwelt, Bildung und Kultur Bestandteil dieser Partnerschaft. Dies wird durch zahlreiche Kooperationen - auch zwischen einzelnen Hochschulen - und durch **Austausch- und Fortbildungsprogramme** unterlegt. Besonders herausstellen möchte ich an dieser Stelle die außerordentlich erfolgreiche Arbeit der WTSH in China. Einen ganz besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle an Herrn Dr. Bösche und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der **WTSH** aussprechen. Der Einsatz in der Art, wie wir ihn vor Ort kennen lernen durften, ist wirklich bemerkenswert.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Schleswig-Holstein hat dadurch **Chancen** in China sehr frühzeitig genutzt. Vor 14 Jahren erfolgte die Gründung einer Repräsentanz in Hangzhou durch die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein. Inzwischen gibt es ein breit gefächertes Dienstleistungsangebot unter dem Label „**Schleswig-Holstein Business Center**“.

Bemerkenswert ist, dass sich inzwischen das zahlenmäßig größte und erfolgreichste **Firmengemeinschaftsbüro** aller deutschen Bundesländer entwickelt hat. Auf unserer gemeinsamen Reise konnten Sie, Herr Carstensen, das 125. Mitgliedsunternehmen begrüßen.

Das **Interesse schleswig-holsteinischer Unternehmen** am Firmengemeinschaftsbüro ist nach wie vor groß. Aufgrund der Aktivitäten der WTSH konnten mittlerweile mehr als 20 chinesische Unternehmen in Schleswig-Holstein angesiedelt werden. Es besteht zudem die Chance, dass durch chinesische Investitionen in Schwarzenbek 50 Millionen € investiert werden und hierdurch eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen entstehen werden.

Schleswig-holsteinische Firmen nutzen die WTSH zu persönlichen Beratungsgesprächen. Über 50 schleswig-holsteinische Firmen haben oder hatten geschäftliche Beziehungen mit der Provinz Zhejiang.

Dass China neben den USA inzwischen der wichtigste außereuropäische Markt für Schleswig-Holstein ist, zeigt sich auch an der Verdopplung der **Exporte** nach China seit dem Jahr 2002. Die Tendenz ist weiter steigend. Das Engagement schleswig-holsteinischer Firmen in China schafft und sichert Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und aus den bisherigen Darstellungen wird deutlich, dass diese Partnerschaft eine Erfolgsstory ist und

für Schleswig-Holstein ganz besondere Zukunftschancen beinhaltet. Auch wenn die Volksrepublik China zum wichtigsten Motor für den Welthandel geworden ist, muss auch darauf hingewiesen werden, dass China weit davon entfernt ist, demokratische Grundzüge, wie wir sie kennen, verwirklicht zu haben. Die Einhaltung der Menschenrechte ist nach wie vor ein Thema von besonderer Bedeutung für uns alle.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich erinnere daran, dass der schleswig-holsteinische Landtag am 10. Oktober 2007 mit einem interfraktionellen Antrag das **System der Zwangsarbeit** in der Volksrepublik China einstimmig verurteilt hat. Wer die Redebeiträge nachliest, wird feststellen, dass es in diesem Haus durchaus möglich ist, zu ganz bestimmten Themen in großer Übereinstimmung Aussagen zu machen. Das ist richtig, und das ist sicherlich auch gut so.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Dass das Thema aktuell ist, wird auch dadurch deutlich, dass am 24. September 2010 in Straßburg die **Europäische Kommission** über ein Importverbot für chinesische Produkte nachdachte, die in diesen Zwangslagern hergestellt werden. Die Weiterentwicklung der Partnerschaft des Landes Schleswig-Holsteins mit der chinesischen Provinz Zhejiang ist nichtsdestotrotz richtig und wichtig und sollte auch ausgebaut werden.

Unser gemeinsamer Einsatz zur Einhaltung der **Menschenrechte** ist aber auch Teil unserer Verantwortung. Herr Ministerpräsident, deshalb war es verantwortungsvoll und richtig, dass Sie vor Ort unsere Sorge über den Verbleib der Frau des Nobelpreisträgers ausgesprochen haben. Das muss unter Freunden möglich sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten gemeinsam die Entwicklung der Partnerschaft und der Freundschaft zwischen Schleswig-Holstein und Zhejiang vorantreiben. Wir sollten gemeinsam an dieser Zukunftschance für Schleswig-Holstein arbeiten.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die FDP-Landtagsfraktion hält die Partnerschaft zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der chinesischen Provinz Zhejiang für eine Erfolgsgeschichte, von der beide Seiten profitieren und die auch weiter ausgebaut werden sollte.

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob man vor knapp 25 Jahren, als diese Partnerschaft geschlossen wurde, auf schleswig-holsteinischer Seite bereits ahnte, welche dynamische Entwicklung China und insbesondere die Boomregion Zhejiang nehmen würde. Ich kann mir jedoch gut vorstellen, dass einige andere Bundesländer mittlerweile neidvoll auf diese Partnerschaft blicken.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Das ist doch schön.

Die gute **Zusammenarbeit** in den **Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur** trägt zunehmend Früchte. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit funktioniert immer besser. Das **Schleswig-Holstein Business Center** der **WTSH** in Hangzhou nimmt hierbei eine ganz wichtige Funktion ein. Für viele Mittelständler wäre es ohne diesen Türöffner sicherlich deutlich schwieriger, auf dem nicht ganz einfachen chinesischen Markt Fuß zu fassen. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, dass dieses Modell auch auf andere boomende Schwellenländer ausgeweitet wird, da der Nutzen für unsere Wirtschaft nicht zu unterschätzen ist.

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, dass es neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch einen umfangreichen fachlichen Austausch in unterschiedlichen Bereichen gibt. Für ebenso wichtig halten wir den **Schüler- und Studentenaustausch**, der zwischen diesen beiden Regionen stattfindet. Das gegenseitige Kennen- und Verstehenlernen der jungen Generationen halten wir für sehr wichtig. Als Student war ich selbst eine kurze Zeit lang in Hangzhou und hatte auch später im Job viel mit Chinesen zu tun, weil mein damaliger Arbeitgeber in dieser Region tätig ist.

Die Zusammenarbeit ist wegen der kulturellen Unterschiede zwar nicht immer einfach, aber es sollte uns allen klar sein, dass eine Zusammenarbeit für beide Seiten große Vorteile mit sich bringt und dass

diese Partnerschaft auch in Zukunft weiteres Potenzial bieten wird.

Besondere Bedeutung kommen dabei den erneuerbaren Energien, der Gesundheitswirtschaft, der maritimen und der Umweltechnik sowie der Landwirtschaft zu. Wenn man sich jedoch die **schleswig-holsteinischen Unternehmen** anschaut, die in China tätig sind, dann stellt man fest, dass dort ein bunter Mix unterschiedlicher **Branchen** aktiv ist.

Meine Damen und Herren, sehr erfreulich ist auch, dass es nicht nur eine Partnerschaft zwischen den beiden Regionen, den einzelnen Hochschulen und Unternehmen gibt, sondern auch zwischen einzelnen Städten.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Stadt Schwarzenbek ansprechen. Das kürzlich unterzeichnete **Investitionsabkommen** zwischen der **Stadt Schwarzenbek** und einem Textilunternehmen aus Haimen zeigt uns auch, dass nicht mehr nur deutsche Unternehmen auf den chinesischen Markt drängen, sondern dass mittlerweile auch **chinesische Unternehmen** auf den **deutschen Markt** drängen. Das geplante Großhandelszentrum für Heimtextilien in Schwarzenbek - es ist von rund 1.000 Arbeitsplätzen und einer Investitionssumme in Höhe von 50 Millionen € die Rede - sorgt natürlich auch in Schwarzenbek für viele Diskussionen. Es gibt viel Vorfreude, aber auch Skepsis. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Investitionsabkommen als Chance begreifen sollten. Ich halte es für ein gutes Signal, wenn ein chinesisches Unternehmen sein Handelszentrum für Europa hier bei uns aufbauen möchte und nicht anderswo in Deutschland oder Europa. Das zeigt, dass die Partnerschaft zwischen den Städten, aber auch zwischen den Regionen Früchte trägt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Abschließend möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der unsere Partnerschaft mit den Chinesen ein Stück weit heikel macht. Ich meine natürlich die **Menschenrechtssituation** in China. Im Dialog mit chinesischen Vertretern ist es immer ein sehr schmaler Grat, auch diese unangenehmen Fragen anzusprechen.

Ich bin der Meinung, wir sollten mit Blick auf unsere Geschichte und auch mit Verständnis für die chinesische Geschichte nicht als Oberlehrer auftreten. Ich habe viel Verständnis für die chinesische Geschichte und die chinesische Kultur. Dennoch halte ich es für absolut richtig, dass wir uns gegenüber unseren chinesischen Partnern und Freunden

(Christopher Vogt)

offensiv für Menschenrechte einsetzen. Die Menschenrechte gelten schließlich überall, auch in China. Insofern glaube ich, dass unsere Partnerschaft dies aushalten muss. Im Übrigen ist es fruchtbar, wenn man gegenseitig darauf hinweist, dass es Probleme gibt. Insofern glaube ich, dass die Partnerschaft in Zukunft weiter Früchte tragen wird.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Damen und Herren! Ich zitiere mit Erlaubnis:

„Viele Jahre lang wurde ich beobachtet, unter Aufsicht gestellt und zur Umerziehung in ein Arbeitslager gesteckt. Jetzt werde ich wieder von meinen Feinden im Regime unter Druck gesetzt. Aber ich möchte dem Regime, das mir meine Freiheit vorenthält, sagen: Ich habe keine Feinde. Weder die Polizisten, die mich überwacht, gefangen genommen und verhört haben, noch die Staatsanwälte, die mich angeklagt haben, noch die Richter, die mich verurteilt haben, sind meine Feinde.“

Das sagte der chinesische **Friedensnobelpreisträger** Liu Xiaobo, nachdem er im Dezember 2009 zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er wurde verurteilt, weil er sich das **Recht auf Freiheit** und eine **freie Meinungsäußerung** nicht nehmen lassen wollte, ein Recht, das wir alle jeden Tag wie selbstverständlich nutzen. Deshalb ist es mehr als gut, Herr Ministerpräsident - da schließe ich mich meinen Vorrednern ausdrücklich an -, dass Sie den Fall Liu und seiner Frau bei Ihrem Chinabesuch angesprochen haben. Das ist für mich der eigentliche Höhepunkt Ihrer Reise gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist ein politisches Dilemma. Eine Marktwirtschaft kann offenbar höchst effizient auch ohne Demokratie arbeiten. Eine Demokratie ohne Markt funktioniert jedoch nicht. Deshalb sind wir nicht in der Lage, demokratische Werte mit den Waren zu exportieren und gleichzeitig mit den Handelsabkommen Werteabkommen zu schließen.

Zu dem Handelsteil Ihrer Reise, Herr Ministerpräsident, ist nur Lobendes zu sagen. In den 24 Jahren der Partnerschaft mit der Provinz Zhejiang sind vor allem Unternehmen aus dem Umweltbereich sowie aus dem **Bereich der erneuerbaren Energien** Joint Ventures eingegangen. Welcher Grüne hätte kein Interesse daran, dass der Hunger Chinas nach **fossiler Energie** ökologischer gestillt wird, die Gewässer reiner werden und die Luftverschmutzung abnimmt? Gelingt es China nicht, seinen CO₂-Ausstoß zu verringern, dann sind all unsere Bemühungen hier vergeblich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der LINKEN)

Wenn schleswig-holsteinische Firmen dazu beitragen, dann ist das gut, und wenn das zusätzliche Arbeitskräfte und Umsatzchancen eröffnet, dann ist es umso besser. Dagegen steht immer noch, dass in China jedes Jahr Tausende von Menschen hingerichtet werden. **Amnesty** hat aufgehört, eine Statistik zu führen, weil man die Zahlen nicht ermitteln kann. Aber es sind wohl knapp 10.000 pro Jahr, oft genug, um die **Opposition** politisch einzuschüchtern. Es gibt Erschießungen von knienden Delinquenten, sogenannte „Gerichtsbusse“, die die Giftspritze in die Provinzen fahren, und Massenhinrichtungen nach öffentlichen Urteilsverkündigungen. Dagegen steht, dass es keine freien Wahlen gibt, kein Recht auf Meinungsäußerung, keine Gewaltenteilung, keine Selbstbestimmung der Regionen, dass Aufstände niedergeschlagen werden. Der aktuelle Fall Ai Weiwei ist das neueste Beispiel dafür, wie sehr der Repressionsapparat zurückschlägt, wenn politische Meinungsäußerung lauter wird. Es sind immer nur die namhaften Künstler, Schriftsteller, Bildhauer, die genannt werden. Die vielen, vielen Tausende Namenlose, die bestraft werden, kennen wir alle nicht.

Es ist richtig, wir brauchen China zur **Lösung der globalen Herausforderungen** nicht nur des Klimawandels, sondern auch der Energiesicherheit, der Migration, der Bekämpfung von Terrorismus, der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das alles kann nur mit und nicht gegen China gemeistert werden. Es wäre hilfreich, wenn China auch uns brauchen würde. Deshalb ist Kooperation statt Konfrontation angesagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der LINKEN)

Aber der fahle Geschmack bleibt dennoch, und Wirtschaft ist nicht alles. Dies anzunehmen, das nennt Liu Xiaobo „Feindenken“. Feindenken heißt -

(Dr. Robert Habeck)

für uns Politiker ganz interessant -, man kann sich alles zurechtargumentieren. Aber es gibt eine Grenze, wo die Kooperation zur Kollaboration wird. Diese Grenze muss bei jedem Besuch markiert werden, so, wie Sie es getan haben, Herr Ministerpräsident. Dafür danke ich noch einmal.

Und deshalb möchte ich schließen mit den Worten von Liu Xiaobo; er soll das letzte Wort haben:

„Freie Meinungsäußerung ist Grundlage der Menschenrechte, Ursprung der Menschlichkeit und Mutter der Wahrheit. Freie Meinungsäußerung zu verhindern heißt, auf Menschenrechten herumzutrampern, Menschlichkeit zu erdrosseln und die Wahrheit zu unterdrücken.“

(Beifall)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort hat die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Frau Abgeordnete Ellen Streitböcher.

Ellen Streitböcher [DIE LINKE]:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie werden sich vielleicht wundern, aber auch ich möchte Ihnen für Ihre ausgewogene Rede danken.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Noch vor etwas mehr als einer Generation bestand die chinesische Unternehmenspopulation in Deutschland im Wesentlichen aus Restaurants und einigen wenigen Handelsfirmen. Das hat sich grundlegend geändert, seit die chinesische Volkswirtschaft erfolgreich die Weltmärkte mit Waren made in China betreten hat. Bei einem jährlichen Einfuhrvolumen in Höhe von 8 Milliarden € für Textilien aus China nach Deutschland ist abschätzbar, wie viele Menschen hier Kleidung aus dem Reich der Mitte tragen. Aber auch in die andere Richtung läuft der Handel gut.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie von **ökonomischen Kraftzentren** sprechen wie China, die nach der weltweiten Krise überraschend schnell auf die Beine gekommen sind, dann stimmt das zu einem Teil. Es muss aber auch erwähnt werden, dass China bereits im November 2008 ein Konjunkturprogramm von fast 500 Milliarden € aufgelegt hat. Auf diesem wie auch auf den Konjunkturprogrammen anderer Länder beruhen die **deutschen Exporterfolge**. So ermöglicht unter anderem die Nachfrage aus China die Erholung unserer Exportwirtschaft nach dem Tief der Wirtschaftskrise. Allein die

größten deutschen Autobauer haben ihre Ausfuhren nach China locker verdoppelt.

Auto ist da ein gutes Stichwort. Wir alle wissen, dass es zu einem ökologischen Desaster käme, wenn China den gleichen Weg ginge, wie die anderen Industrienationen es getan haben. Hier genau liegen auch die **Chancen für Schleswig-Holstein**. Wir haben die Erfahrungen mit ökologisch vertretbarer Energiegewinnung, mit Windkraft und Solarenergie. Wir haben leider auch Erfahrungen mit Fehlern, die auf diesem Gebiet gemacht worden sind, wie jetzt die Debatte um Biogas-Anlagen und Maisanbau zeigt. Dieses Wissen können wir solidarisch weitergeben. Wir können China aber nur dann überzeugen, die Fehler der westlichen Industrienationen nicht zu wiederholen, wenn wir selbst hier und jetzt zu ökologisch nachhaltigem Wirtschaften umschwenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Als der „Spiegel“ 2006 „Angriff aus Fernost“ titelte, war Deutschland Exportweltmeister mit einem Exportüberschuss von fast 200 Milliarden € pro Jahr, dicht gefolgt von China. Diesen ersten Platz haben wir inzwischen an China abgetreten.

Deutschland nutzte einen Teil seiner **Exportüberschüsse** leider dazu, um mittellosen Amerikanern den Hauserwerb zu finanzieren. Was daraus geworden ist, wissen wir alle. China dagegen begann, sich **Rohstoffquellen** in Afrika, Lateinamerika, Arabien und Australien zu sichern. Das war so erfolgreich, dass soeben der Chef von ThyssenKrupp, Ekkehard Schulz, die Gründung einer deutschen Rohstoff AG nach chinesischem Vorbild vorgeschlagen hat. Das ist nicht unser Weg. Wir als Linke wünschen uns einen gerechten Ausgleich der Rohstoffe der Welt.

Die chinesische Wirtschaft will forciert ihre Dollarbestände von weit über 2 Billionen im Ausland anlegen. Da kommt nun erfreulicherweise die seit 24 Jahren bestehende Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und der Provinz Zhejiang ins Spiel. Über das **Schleswig-Holstein Business Center** wurden bisher viele Verbindungen aus Schleswig-Holstein in Richtung China geknüpft. Diese Partnerschaft hat bisher sowohl im wirtschaftlichen wie auch im wissenschaftlichen und im kulturellen Bereich erfolgreich funktioniert.

Als Schwarzenbekerin habe ich mich besonders gefreut, zu hören, dass jetzt erstmals ein **Investitionsabkommen** zwischen einem Textilunternehmen aus Haimen und der **Stadt Schwarzenbek** mit einem Investitionsvolumen von 50 Millionen € abgeschlossen wurde. Die zu erwartenden Arbeitsplätze

(Ellen Streitbürger)

und die Steuereinnahmen können Schwarzenbek und seine Einwohnerinnen und Einwohner gut gebrauchen.

Ich möchte aus gegebenem Anlass mit einem Bild über das sprichwörtliche Lächeln der Mandarine schließen. Das Lächeln dieser Verwaltungsbeamten zeigte sich, wenn der Druck von oben und die Unzufriedenheit von unten gering waren. Ich würde mir wünschen, dass sich dieses Lächeln auch auf den Gesichtern unserer Landesbeamtinnen und -beamten zeigte. Das setzt nur voraus, dass die Landesregierung von ihren Kürzungsplänen ablässt. Das nimmt den Druck von oben und steigert die Zufriedenheit unten in der Bevölkerung deutlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat die Vorsitzende der SSW-Fraktion, die Frau Kollegin Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat zuletzt vor ziemlich genau vier Jahren die Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der chinesischen Provinz Zhejiang diskutiert, im November 2006. Damals lag uns ein detaillierter schriftlicher Bericht mit Zahlen zum **wirtschaftlichen und akademischen Austausch** vor. Das ist heute nicht der Fall. Dass sich dieser Bericht auf einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen bezog, gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Geschichte auch dazu. Damit wurde deutlich gemacht, dass die **Partnerschaft** zwischen Schleswig-Holstein und Zhejiang nicht nur die Landesregierung, sondern auch den Landtag etwas angeht. Diese Botschaft vermittelt die heutige Regierungserklärung nicht.

Kern der Zusammenarbeit ist das Business Center der **WTSH**. In diesem Büro werden Unternehmen aus Schleswig-Holstein vor Ort kompetent unterstützt. Das ist richtig und gut so. Teil des Partnerschaftsabkommens sind aber auch die Weiterbildung chinesischer Führungskräfte, was sich das Land laut Haushaltsplan einiges kosten lässt, beziehungsweise Studienaufenthalte in China mit Stipendien in Höhe von durchschnittlich 6.600 €. Das sind übrigens die einzigen konkreten Haushaltszahlen, die dem Landtag bezüglich des Partnerschaftsabkommens mit der Provinz Zhejiang vorliegen. Es gibt allerdings auch keine Stabsstelle im Wirtschaftsministerium, wo die Einzelmaßnahmen des Partnerschaftsabkommens koordiniert werden, und

keine detaillierte Internetpräsentation für Unternehmen oder Studierende.

Das alles sind Belege für das Fehlen eines klaren **Konzeptes** zu dieser Partnerschaft. Redlicherweise - auch das füge ich hinzu - ist dies kein neues Problem. Es wurde auch 2006 schon angemahnt. Damit öffnet man einer überflüssigen Diskussion Tür und Tor. Gerade bei den anstehenden Sparrunden können nur die Projekte Bestand haben, die auf einer soliden inhaltlichen Grundlage stehen. Ich warne in diesem Zusammenhang davor, dass wir das wirtschaftliche Engagement der Landesregierung, das sich in ganz unterschiedlichen geografischen Räumen und auf drei Kontinenten abspielt, gegeneinander abwägen.

Selbstverständlich stehen im **Ostseeraum** ganz anderen Rahmenbedingungen, aber auch Verpflichtungen im Vordergrund, als das beispielsweise in **China** der Fall ist. Da sollte man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Nichtsdestotrotz müssen wir, um überhaupt Entwicklung messen zu können, einen **Maßstab** haben, auch um dem Vorwurf der Beliebigkeit der **Außenhandelskontakte** begegnen zu können. Bloße Wirtschaftszahlen reichen dazu nicht aus. Schließlich gehört zur Partnerschaft nicht nur das reine ökonomische Wachstum. Bereits vor vier Jahren musste die Landesregierung einräumen, dass ihr viele systematische Erkenntnisse fehlen. Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Bereits einen Schritt vorher, bei der Frage nach detaillierten **Leistungszahlen**, muss die Landesregierung passen. Es gibt keine Statistiken bezüglich des wirtschaftlichen Austauschs zwischen Zhejiang und Schleswig-Holstein, sodass Veränderungen in Art und Intensität der Beziehungen nur unzureichend abgebildet werden können. So sind Schwerpunkte und Strukturen natürlich nicht zu erkennbar, oder sie erfordern eine intensive Recherche.

Schleswig-Holstein hat sich eine respektable Position auf dem chinesischen Markt erobert. Das ist ein **Standortvorteil**, den wir nicht aus der Hand geben sollten. Die heutige Regierungserklärung hilft uns aber nicht weiter. Da ist es auch kein Trostpflaster, dass der Ministerpräsident zu Recht auch das Thema Menschenrechtsverletzungen angesprochen hat.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante
[DIE LINKE])

Einzelschicksale zu benennen ist unabdingbar. Aber der moralische Zeigefinger macht es nicht. China ist Teil der **internationalen Gemeinschaft**. Es geht schlicht und ergreifend darum, dass China

(Anke Spoorendonk)

selbst wichtige **Menschenrechtsabkommen** unterschrieben hat, so zum Beispiel 1998 jenes internationale Abkommen über zivile und politische Rechte. Das darf man nicht vergessen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es geht nicht nur um Moral, sondern auch um die grundlegende Frage: Wie will China eigentlich weiter seinen Beitrag zur internationalen Gemeinschaft leisten? Da ist es unabdingbar, daran festzuhalten, dass wirtschaftliche Beziehungen ohne Demokratie nicht machbar sein werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass diese Frage nicht nur mit Schleswig-Holstein, sondern mit der Bundesrepublik als Ganzes und auch mit der EU zu tun hat, kann man vielleicht an dem Bild festmachen, dass der internationale Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg beheimatet ist, mitten in Europa.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Tagesordnungspunkt ist für heute abgeschlossen.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer übereingekommen sind, dass der Dringlichkeitsantrag als Tagesordnungspunkt 44 A am Freitagvormittag vor dem Tagesordnungspunkt 27 und nach der HSH-Nordbank-Debatte aufgerufen wird.

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 60 auf:

Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Ich erteile dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu den aktuellen Daten auf dem Arbeitsmarkt, die durchaus Grund zur Freude bereiten. Im Oktober

war die **Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein** mit 97.600 arbeitslos gemeldeten Männern und Frauen so niedrig wie zuletzt im Oktober 1994, also mitten in der Wiedervereinigungs- und Wiedervereinigungssonderkonjunktur.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Arbeitslosigkeit um 6,3 % oder 6.500 Menschen zurück. Das entspricht einer **Arbeitslosenquote** von jetzt 6,8 %. Das ist die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Länder und bundesweit Platz 5.

Zentraler Indikator - das ist mindestens genauso wichtig für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - ist die Entwicklung der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse**. Sie stieg in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr um 12.300 auf 836.100 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer und Frauen.

Nach der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten ist das, was hier so nüchtern in Zahlen präsentiert werden konnte, eine großartige Leistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Unternehmen, also von Arbeitgebern, von Gewerkschaften und von Politik. Es ist ein großes Verdienst der Unternehmen im Land, die trotz schwieriger Zeiten an ihren Mitarbeitern festgehalten haben. Ich sage, das war eine gute Investition, auch eine gute Investition in die Zukunft. Ich bedanke mich von dieser Stelle aus sehr herzlich bei allen arbeitsmarktpolitischen Akteuren, dass wir heute über solche Zahlen berichten dürfen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die letzten Monate zeigen übrigens sehr deutlich, dass das Instrument **Kurzarbeit**, das sich ausdrücklich bewährt hat, nicht länger in Anspruch genommen wird als unbedingt nötig. Von März bis Juli 2010 hat die Zahl der Kurzarbeiter in Schleswig-Holstein um fast 65 % auf jetzt 4.600 Menschen in Kurzarbeit abgenommen.

Im Oktober wurden nur noch für 71 Personen im Land konjunkturelle Kurzarbeit neu angezeigt. Zum Vergleich: Im April 2009, also zum Höhepunkt der Krise, waren es 460 Neumeldungen. So weit, so erfreulich.

Allerdings haben nicht alle Gruppen gleichermaßen von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt profitiert. Besonders gut sieht es bei **jüngeren Arbeitslosen** aus, also bei denjenigen unter 25 Jahren. Ihre Zahl hat im Vergleich zum Vorjahresmonat überproportional um 17 % abgenommen und liegt jetzt bei 10.250. Anders stellt sich die Situation bei den **über 55-jährigen Arbeitslosen** dar. Ihre Zahl ist im Vorjahresvergleich sogar um 11,3 % gestie-

(Minister Dr. Heiner Garg)

gen. Unterdurchschnittlich von dieser positiven Entwicklung profitiert haben Frauen, Langzeitarbeitslose und Ausländer.

Die Zahlen sollen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir am Beginn einer Trendumkehr stehen. Lassen Sie mich das so ausdrücken. Die Verkündung von positiven Daten auf dem Arbeitsmarkt war gestern. Worum wir uns jetzt kümmern müssen, ist ein **auseinanderfallender Arbeitsmarkt**. Auf der einen Seite steht ein eklatanter **Fachkräftemangel**, auf den wir zulaufen. Das sind nicht nur die viel zitierten Ingenieure, die dem Land fehlen. Fachkräftemangel werden wir in fast allen wirtschaftsrelevanten Bereichen feststellen, auch in den Bereichen Schleswig-Holsteins, das heißt in den Bereichen Gesundheit und Pflege, im Bereich Logistik, im Bereich Tourismus und, und, und. Auf der anderen Seite entwickelt sich nach wie vor ein **prekärer Arbeitsmarkt** mit Beschäftigungsverhältnissen, die dauerhaft in dieser Form in einer zivilisierten Gesellschaft nicht akzeptabel sein können und nicht akzeptabel sein dürfen, um auch das ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird die zentrale Herausforderung an Politik sein, sich diesen beiden komplett auseinanderdriftenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu stellen.

Die **demografische Entwicklung** bringt es mit sich, dass die erwerbsfähige Bevölkerung, also die Menschen, die zwischen 15 und 65 Jahre alt sind, deutlich abnimmt. Bis 2013 geht in unserem Land die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter um 257.000 zurück. Das ist mehr als die Landeshauptstadt Kiel heute Einwohner hat. Erste Auswirkungen dieser Entwicklung spüren die Betriebe bereits heute auf dem **Lehrstellenmarkt**. Statt - wie früher - Auswahl unter vielen Bewerbern zu haben, bekommen die Unternehmen schon heute vermehrt Probleme, ihre Stellen zu besetzen. Sie müssen sich in Zukunft für Auszubildende attraktiv machen, und sie müssen um Auszubildende werben.

Für die Landesregierung ist daher klar: Wir müssen heute handeln, damit die Demografie nicht morgen wirtschaftliches Wachstum, Innovationsfähigkeit, Wohlstand und soziale Sicherung in Schleswig-Holstein gefährdet. Daraus erwachsen unsere zentralen Herausforderungen. Dabei sind alle arbeitsmarktpolitischen Akteure gefordert. Deshalb muss - erstens - die **Erwerbsbeteiligung von unterrepräsentierten Gruppen** erhöht werden. Das gilt insbe-

sondere für **Frauen**, für **ältere Menschen**, aber auch für bereits hier lebende Menschen mit **Migrationshintergrund**; denn in dieser Gruppe ist die Arbeitslosenquote nach wie vor inakzeptabel hoch. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass darüber hinaus an gezielter Zuwanderung kein Weg vorbeiführt. Wer sich dagegen ausspricht, spielt mit unserem Wohlstand.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zweitens. Wir müssen mit der veränderten Nachfrage am Arbeitsmarkt klarkommen. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften und Akademikern steigt, das Arbeitsplatzangebot für gering Qualifizierte sinkt. Ich habe das vorhin skizziert.

Die Antwort kann nur in mehr **Bildung** bestehen. Mehr junge Menschen müssen zu Schul- und Berufsabschlüssen gebracht werden. Das Bildungsniveau und die Zahl derjenigen, die einen akademischen Abschluss erreichen, muss steigen. Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit müssen durch entsprechende Weiterbildung gesichert werden, und zwar bis zum regulären Rentenalter. Frühverrentung, meine sehr geehrten Damen und Herren, war gestern. Viele dieser Ziele spiegeln sich in den Angeboten des ‚Zukunftsprogramms Arbeit‘ der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch den Aspekt der **Integration von Langzeitarbeitslosen** in den **ersten Arbeitsmarkt** besonders beleuchten. Das ist und bleibt eine zentrale Aufgabe - arbeitsmarktpolitisch, aber auch sozialpolitisch. Darüber haben wir an dieser Stelle im Zusammenhang mit der Nachfolgeorganisationsform der SGB II-Arbeitsgemeinschaften öfter gesprochen. Ich will daher nur kurz anmerken, wie froh ich darüber bin, dass nach langer und kontroverser Diskussion zwischen Bund und Ländern eine Einigung erzielt werden konnte und die Reform termingerecht zum Jahreswechsel in Kraft treten wird.

Ich komme zum Ausblick. Was die häufig monierten Kürzungen bei den Arbeitsmarktförderungsmiteln - insbesondere bei denen des Bundes - angeht, so sollte man so ehrlich sein und sie in ein richtiges Licht rücken. Die Haushaltsansätze für die **BA** waren für fünf Millionen offiziell arbeitslos gemeldete Männer und Frauen kalkuliert. Dass solche **Haushaltsansätze** zurückgeführt werden müssen, wenn wir - zum Glück! - nicht fünf Millionen arbeitslose Menschen beklagen müssen, sondern ab dem nächsten Jahr - vermutlich - in der erfreulichen Situation sein werden, dauerhaft unter drei Millionen Ar-

(Minister Dr. Heiner Garg)

beitslose zu verzeichnen, ist klar. Das ist kein massives Kürzen bei den Maßnahmen, sondern ein normales Zurückführen der haushaltspolitischen Mittel, die pro Arbeitsuchenden zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Auch eine Arbeitslosenquote von 6,8 % kann den Arbeitsminister, kann die Landesregierung nicht befriedigen. Wenn es uns nicht gelingt, die beiden von mir skizzierten Problemfelder, insbesondere das Auseinanderfallen des Arbeitsmarktes, so in Angriff zu nehmen, dass wir unseren Fachkräftemangel dauerhaft beheben können, werden wir den Wohlstand in unserem Land nicht sichern können. Auf der anderen Seite müssen wir Instrumente entwickeln, um prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken. Ein **flächendeckender Mindestlohn** wird das Problem nicht lösen; nötig ist eine ganze Anzahl an Instrumenten, damit in Zukunft eine anständige Bezahlung gesichert ist. Sie wissen, dass ich regional differenzierte, branchenspezifische Lohnuntergrenzen in die Diskussion gebracht habe. Ich meine, niemand kann ernsthaft der Auffassung sein, eine ausgebildete Frisöse solle für 1,80 € pro Stunde arbeiten. Das ist menschenverachtend. Das muss man schlicht und ergreifend sagen.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Dieses Problem anzugehen ist eine vornehme Aufgabe. Wenn das Hand in Hand mit Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel geschieht, dann sind wir gut aufgestellt.

Ich habe mich gefreut, Ihnen heute diese Zahlen präsentieren zu dürfen. Aber die Arbeit kommt nach der Freude.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 5 Minuten überschritten. Diese Zeit können die Fraktionen ebenfalls nutzen.

Ich begrüße auf der Zuschauertribüne Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule Kiel sowie der Realschule Ratekau. - Seien Sie uns herzlich willkommen - die Lehrkräfte natürlich auch!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Kollegen Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gehört zu den erfreulichen politischen Nachrichten - ein Weg des Erfolges. Wir behandeln heute Vormittag Tagesordnungspunkte, die - Gott sei Dank! - positive Botschaften beinhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

In Deutschland insgesamt waren es im Januar 2005 fünf Millionen Arbeitslose; heute sind es unter drei Millionen. In Schleswig-Holstein waren es im Januar 2005 180.000 Arbeitslose, heute sind es 97.000, und dies trotz einer schweren Finanz- und Bankenkrise. Erfolg ist keine Selbstverständlichkeit. Erfolg muss hart erarbeitet werden.

In der **Arbeitsmarktpolitik** waren Veränderungen zwingend notwendig. Dazu zählten die Steigerung der Produktivität und Beachtung des Grundsatzes, dass derjenige, der arbeitet, mehr haben muss als derjenige, der nicht arbeitet. Leistung muss sich lohnen, und das muss sich auch im Portemonnaie widerspiegeln. Das ist die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dass die Agenda 2010 und Gerhard Schröder auch einen Anteil daran haben, will ich durchaus erwähnen. Das sollte nicht verschwiegen werden, auch wenn es manchem in diesem Haus sicherlich wehtut, das zu hören.

(Heiterkeit bei der CDU)

Arbeitsmarktpolitik durfte nicht weiter **Arbeitsmarktverwaltung** sein. Es musste ein Fordern und Fördern sein. Dies war 2004/2005 die entscheidende Wende. Ein „Weiter so!“ wäre der Weg in die Sackgasse gewesen.

Der Ansatz, Arbeitsmarktpolitik nicht entlang von Parteigrenzen, sondern parteiübergreifend zu sehen, hat sich bewährt. Das war und ist richtig, auch in Schleswig-Holstein.

Der Blick zurück und der Blick nach vorn, insbesondere wenn es darum geht, wie eine solche Arbeitsmarktpolitik weiterhin zu gestalten ist, lassen es ratsam erscheinen, sich in einem Korridor zwischen zwei Grundprinzipien zu bewegen: zum einen, erfolgreiche **Reformen** nicht zu verwässern, zum anderen, gebotene **soziale Komponenten** wirksam einzufügen. Ich freue mich, dass die CDU auf ihrem Bundesparteitag den Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche verlangt hat. Ich stimme Herrn Minister Garg ausdrücklich zu: Lohndumping ist und bleibt unsozial.

(Werner Kalinka)

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen den einen Weg gehen, ohne den anderen zu verlassen. Darauf kommt es in der Arbeitsmarktpolitik in den nächsten Jahren entscheidend an.

Herr Minister Dr. Garg, Sie haben nicht nur gute Zahlen, Sie haben auch gute Botschaften vermittelt - eine gute Bilanz, eine gute Analyse, eine gute Perspektive. Mit einer **Arbeitslosenquote** von nur 6,8 % steht **Schleswig-Holstein** auf Platz 5 der Bundesländer. Seit Oktober 2008 sinkt die Zahl der Arbeitslosen - trotz der schweren Krise. Das ist ein Lob wert, und das soll auch ausgesprochen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dieses Lob gebührt allen, auch den Unternehmen. Herr Minister, Sie haben dazu ausgeführt; ich brauche das im Einzelnen nicht zu wiederholen.

Dennoch möchte ich hervorheben, dass in diesen zwei Jahren im Gesundheits- und Sozialwesen 5.700 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Im Gastgewerbe sind es mehr als 1.000, in den wirtschaftlichen Dienstleistungen mehr als 6.000 neue Arbeitsplätze. Dies zeigt im Übrigen: Es gibt keine Krise, die nicht zu bewältigen ist. Jede Krise kann auch eine neue Chance sein.

Schleswig-Holstein ist krisenfester aufgestellt als andere - wegen der Vielzahl der kleineren Betriebe, des **Mittelstandes**, des Handwerks und der geringeren Exportabhängigkeit. Wir sollten dies bei politischen Entscheidungen im Auge behalten. Wir wollen aber auch die Sorgen, die wir haben, nicht verschweigen:

Erstens. In den **großen Städten** ist die Arbeitslosigkeit erkennbar höher als in den Landkreisen. Das ist eigentlich eine erstaunliche Situation. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was es bedeutete, hätten sich jene durchgesetzt, die beim Landesentwicklungsplan die **ländlichen Räume** zugunsten der Städte benachteiligen wollten.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch
des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn es zeigt sich eben, dass die ländlichen Räume auch gute wirtschaftliche **Entwicklungsräume** sind. Diese sollten wir weiter stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie mich hinzufügen: Vielleicht muss man auch in größeren Städten gelegentlich über manche Dinge etwas selbstkritischer nachdenken. Denn das, was ich beschrieben habe, muss Gründe haben.

Zweitens. Immer mehr **Ältere** werden arbeitslos. Eine Steigerung von mehr als 11 % ist besorgniserregend. Der Meinung, jemand, der **über 50** ist, sei für den Arbeitsmarkt eigentlich nicht mehr zu gebrauchen, müssen wir gezielt psychologisch und auch tatsächlich entgegenwirken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. **Leih- und Zeitarbeit** sind Instrumentarien zur Bewältigung der Krise, dürfen aber kein Instrument des Lohndumpings oder anderer Dinge auf Dauer sein. Die **Würde eines Menschen** hängt auch davon ab, wie seine Arbeitskraft geschätzt und entlohnt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie mich einen vierten Aspekt und damit die **geringer Qualifizierten** ansprechen. Ich glaube, trotz vieler Maßnahmen werden wir nicht umhinkönnen, für genau diesen Personenkreis mehr Arbeitsplätze anzubieten. Wir müssen daran arbeiten, dass wir auch Mitbürgern ohne Abitur gute Arbeitsplätze anbieten können. Der Gesamtarbeitsprozess einer Gesellschaft braucht ‚Häuptlinge‘ und ‚Indianer‘. Daran geht kein Weg vorbei.

Der drohende **Fachkräftemangel** ist ebenfalls anzusprechen. Auch hierzu will ich meine Auffassung sagen. Die Bewältigung dieses Mangels ist zuallererst Aufgabe der Wirtschaft. Wer nicht ausbildet, muss sich über die Folgen nicht wundern. Deswegen muss hier angesetzt werden. Das kann der Staat nicht übernehmen.

Herr Minister Garg, Sie haben das Thema der kontrollierten Zuwanderung angesprochen. Dass diese im Grundsatz vorgezeichnet ist, ist richtig. Man wird um diesbezügliche Lösungen nicht nur nicht umhinkommen; sie sind auch richtig. Hier ist vor allen Dingen die **Bundesebene** gefordert, entsprechende Korridore zu öffnen. Wir müssen aber auch sehen, dass die Chancen arbeitsloser Menschen, die Deutsche sind oder in Deutschland leben, darunter nicht leiden dürfen. Genau dieser Spagat muss gelingen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU])

Hier müssen die entscheidenden Hebel angesetzt werden. Von 97.000 Arbeitslosen in Schleswig-Holstein sind 24.000 Langzeitarbeitslose, 25.000

(Werner Kalinka)

sind ältere Arbeitslose und rund 10.000 sind junge Arbeitslose. Dahinter stehen Tausende von Einzelchicksalen.

Der Mensch steht im Mittelpunkt. Dies war einst eine Definition von Politik. Ich finde sie heute noch richtig. Die Arbeitsmarktpolitik auch bei uns im Lande zeigt, dass wir dies konkretisieren können. Wenn viele dies wollen, wenn viele an einem Strang ziehen, wenn sie das Gemeinsame über das Trennende stellen, dann gelingen auch politische Erfolge.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum dieser Berichts Antrag zur Situation auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein durch CDU und FDP heute? Es wäre doch ein Leichtes gewesen, den vom 28. Oktober stammenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, zu lesen. Dieser weist einen **leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit** im Vergleich zum Vormonat September um minus 1.400 aus, nennt eine aktuelle Arbeitslosenzahl von 97.600, was im Vorjahresvergleich positiv sei; denn dies seien 6.500 Arbeitslose weniger als im Oktober 2009. Die **Arbeitslosenquote** liegt laut Bericht bei 6,8 %.

Das ist der nüchterne, sachliche, aber durchaus erfreuliche Bericht, den die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit Ende Oktober veröffentlicht hat. Aber diese Zahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Anzahl der Leiharbeiter** steigt und dass bundesweit circa 600.000 Menschen in **Ein-Euro-Jobs** arbeiten. Über die Wirkung von Ein-Euro-Jobs müssen wir nach dem Bericht des Bundesrechnungshofs auch in Schleswig-Holstein noch einmal neu und intensiv diskutieren. Es ist gut, dass der Sozialausschuss dieses Thema auch noch dadurch auf der Liste hat, dass eine Anhörung zu diesem Thema noch ausgewertet werden muss.

Weiterhin bedrohlich ist, dass der Aufschwung an den älteren Arbeitssuchenden auch in Schleswig-Holstein fast komplett vorbeigegangen ist. So ist die Zahl der **Arbeitslosen** bei den **55- bis 64-Jährigen** im Vergleich zum Vorjahr sogar um 11,3 % - das sind fast 1.300 Menschen - gestiegen. Es gibt

also keine Entwarnung am Arbeitsmarkt, aber noch viele Probleme, die es zu bewältigen gibt.

Diese Probleme werden auch noch durch politisches Handeln verschärft. So hat die flotte und flinke Bundesarbeitsministerin von der Leyen mit ihrer Politik dafür gesorgt, dass sich die Situation von Langzeitarbeitslosen nicht verbessert, sondern verschlechtert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Jahr 2009 waren 45,5 % der Erwerbslosen zwischen 15 und 64 Jahren in Deutschland länger als ein Jahr ohne Arbeit. Wie sieht die Reaktion der Bundesregierung aus? - Die von der **Bundesregierung** beschlossene **Sparliste** besagt, dass in der Arbeitsmarktförderung allein im kommenden Jahr um 2 Milliarden € gekürzt werden soll. Langzeitarbeitslosigkeit und Armut werden so weiter zunehmen. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister Garg, ich finde es richtig und auch notwendig, dass Sie hier etwas dazu gesagt haben, nur, Ihre Folgerung ist, wahrscheinlich aus Partei- und Koalitionsraison - Kiel und Berlin -, falsch. Selbstverständlich geht es darum, Langzeitarbeitslosigkeit so einzuordnen, wie sie ist, und auch die Mittel dafür bereitzustellen. Nur, wenn genau bei der Förderung dieser Personengruppe um 2 Milliarden € gekürzt wird, dann wird Armut zementiert. Das ist nicht zu akzeptieren. Daher auch die Aufforderung an Sie, Widerstand dagegen zu leisten, damit diese Einsparung bei der Arbeitsmarktförderung durch die Bundesregierung zurückgenommen wird.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Oder schauen wir uns die Arbeit der Landesregierung an. Die Aufforderung von CDU und FDP zum mündlichen Bericht galt ja auch insbesondere dem drohenden Mangel an Fachkräften. Wie ernst meint es diese Landesregierung damit, dem künftigen Fachkräftebedarf zu begegnen?

Am gestrigen Dienstag diskutierte in Lübeck die Regionaldirektion Nord unter der Überschrift „Alleinerziehende - Perspektiven und Potenziale“ darüber, wie es gelingen kann, auch **alleinerziehende Müttern und Vätern** - zu 95 % Mütter - den **Wiedereinstieg** in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Auch die Landesregierung war durch die Staatssekretärin vertreten, die ein Grußwort gesprochen hat.

(Wolfgang Baasch)

Aber gleichzeitig streicht diese Landesregierung die **Beratungsstellen „Frau & Beruf“** in Schleswig-Holstein komplett zusammen. Das ist ein Skandal,

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

wo doch diese Beratungsstellen in Schleswig-Holstein zusammen über 60 % **Integration in den ersten Arbeitsmarkt** schaffen. Genau dort, wo Fachkräfte wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, wird komplett gekürzt. Hier ist ebenfalls auf ein deutliches Nachbessern durch die Landesregierung zu hoffen. Denn eine solche Politik begegnet nicht dem Mangel an Fachkräften, sondern verstärkt ihn nur.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Bundes- und Landesregierung sind aufgefordert, weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, die für faire Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und für Löhne sorgt, von denen man auch leben kann. So muss der Leiharbeit, die als **Lohn-dumping** missbraucht wird, ein Riegel vorgeschoben werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei den Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der jüngste Tarifabschluss in der Stahlindustrie ist hier wegweisend. Die IG Metall hat durchgesetzt, dass Leiharbeit genauso bezahlt werden muss wie die Arbeit von Festangestellten. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss überall gelten, und die Dauer der Leiharbeit im Betrieb muss begrenzt werden.

Es ist wichtig, endlich **Geschlechtergerechtigkeit** auf dem **Arbeitsmarkt** herzustellen. Die meisten Frauen wollen ebenso wie Männer ein „Normalarbeitsverhältnis“ mit einer existenzsichernden und gerechten Bezahlung. Es ist nicht hinzunehmen, dass Frauen bei vergleichbarer Arbeit heute noch im Schnitt 23 % weniger als Männer verdienen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Die Zahl der **teilzeitbeschäftigten Frauen** steigt stetig an. Fast 40 % aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit, und eine ständig steigende Zahl von Frauen arbeitet ausschließlich in einem Minijob. Und das ist nicht so, weil sie es so wollen, sondern weil sie wegen fehlender Vollzeitstellen und fehlender Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, keine andere

Wahl haben. Dies darf nicht länger hingenommen werden. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die die Entgeltgleichheit durchsetzt. Wir brauchen gezielte Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, damit Mütter nach der Familienphase und insbesondere Alleinerziehende zurück in den Arbeitsmarkt finden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das heißt in der Regel vor allem eine verlässliche Kinderbetreuung in Ganztageskindertagesstätten und Ganztagschulen, ist ebenso notwendig wie eine gezielte Beratung, zum Beispiel durch Einrichtungen wie „Frau & Beruf“. Also auch hier noch einmal der Appell, das zu überdenken, aber auch der Appell, die Kinderbetreuung wieder so auszugestalten, wie wir es schon einmal gehabt haben. Das beitragsfreie Kindergartenjahr ermöglicht vielen tatsächlich, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Weil in Deutschland mindestens 1,3 Millionen Menschen zusätzlich zu ihrer Arbeit noch staatliche Unterstützung erhalten, weil ihre Löhne zu niedrig sind, um wenigstens das gesetzliche Existenzminimum abzusichern, brauchen wir auch den **gesetzlichen Mindestlohn**. Der Mindestlohn ist aber nicht nur notwendig, um Lohndumping zu verhindern. Weil Mindestlöhne fehlen, werden faire Unternehmen mit Tariflöhnen im Handel und Handwerk und im Dienstleistungssektor zunehmend vom Markt verdrängt. Ihre Mitbewerber setzen sich durch, weil die von ihnen gezahlten Armutslöhne staatlich subventioniert werden. Diesem unfairen Wettbewerb gilt es, einen Riegel vorzuschieben, der Riegel heißt: gesetzlicher Mindestlohn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der LINKEN und SSW)

Die Herausforderungen einer **aktiven Arbeitsmarktpolitik** bleiben weiterhin bestehen. Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich nur mit gezielter Förderung und Qualifizierung überwinden. Jugendliche brauchen einen guten Start ins Arbeitsleben, im Regelfall einen Ausbildungsplatz und nicht nur eine Maßnahme oder einen Minijob im Niedriglohnssektor. Frauen brauchen gerechte und gleiche Chancen am Arbeitsmarkt. Und all dies macht deutlich, dass noch viel zu tun ist, um gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Angst, Herr Kollege Eichstädt, ich habe heute nicht alle Reden zu halten, aber diese werde ich noch halten. Ich danke dem Arbeitsminister ganz herzlich für seinen Bericht zur **Situation auf dem Arbeitsmarkt**, den wir für diese Sitzung beantragt hatten. Herr Kollege Baasch, wir finden das Thema so wichtig, das wir das gern hier im Haus diskutieren wollen. Sie haben es durchaus geschafft, Ihre Redezeit gut zu füllen. Insofern sind wir uns darin einig, dass das Thema hier im Haus behandelt werden sollte.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Die **allgemeine Entwicklung** auf dem **schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt** ist gerade angesichts der jüngsten Wirtschaftskrise in der Tat erfreulich. Wir sind uns allerdings auch darin einig, dass das kein Grund zum Jubeln ist. Unsere mittelständische Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein hat sich in der Krise auch bei der Beschäftigung als Stabilitätsfaktor erwiesen. Die von der Wirtschaftskrise betroffenen Unternehmen in Schleswig-Holstein haben in der Regel während dieser Krise mit viel Übersicht gehandelt und an ihren Beschäftigten festgehalten. Sie haben auch in schwierigen Zeiten an ihren Mitarbeitern festgehalten, ihre Arbeit geschätzt, und sie haben jetzt teilweise auch schnell wieder neu eingestellt. Der Anstieg bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs in Schleswig-Holstein ist durchaus bemerkenswert.

Die **Unternehmen** erkennen generell immer mehr, dass sie ihre gut qualifizierten **Fachkräfte** brauchen und dass es auch zunehmend schwieriger wird, hier im Norden Fachkräfte zu gewinnen. Und natürlich war auch gerade im produzierenden Gewerbe - das erkenne ich wie auch der Arbeitsminister durchaus gern an - die Kurzarbeit ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Beschäftigung in der Krise.

Wir sind uns anscheinend auch darin einig, dass es gewaltige Herausforderungen sind, vor denen wir mittlerweile auf den Arbeitsmarkt stehen. Wir müssen uns vor allem noch intensiver um **jüngere Menschen** kümmern, bei denen die Gefahr besteht, dass sie Probleme auf dem Arbeitsmarkt bekom-

men könnten. Es ist sehr erfreulich, dass gerade bei den Jüngeren die Arbeitslosigkeit besonders stark zurückgegangen ist. Mit „wir“ meine ich nicht nur den Landtag, das Arbeitsministerium und die Arbeitsagentur. Es ist vielmehr aus unserer Sicht eine gesellschaftliche Aufgabe. Das Bündnis für Ausbildung zeigt uns allen bereits seit Jahren, dass hier nicht nur ressortübergreifend zusammengearbeitet werden muss, sondern auch mit anderen gesellschaftlichen Institutionen, die mit dem Arbeitsmarkt zu tun haben.

Es gibt bereits viele Projekte im Bereich des Zukunftsprogramms Arbeit, beispielsweise das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt, das ich für sehr erfolgreich halte. Aber all das wird zukünftig nicht ausreichen, wenn wir niemanden zurücklassen wollen. Die Verbesserung der Ausbildungsreife junger Menschen bekommt eine immer größere Bedeutung, da auch die Anforderungen an jungen Menschen in den Berufen stetig steigen. Es ist immer schwierig, in die Zukunft zu schauen, aber die demografische Entwicklung zeichnet sich recht deutlich ab. Ich glaube, wir können es uns immer weniger erlauben, dass junge Menschen, die hier gut ausgebildet wurden, in großem Umfang in andere Bundesländer oder auch ins Ausland abwandern,

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

auf der anderen Seite aber zu wenig junge Menschen zu uns kommen. Das Problem der **Abwanderung** - wir reden jetzt auch über Zuwanderung, was richtig ist - gibt es. Leider ist Deutschland zu einem Auswanderungsland geworden, insbesondere was qualifizierte Fachkräfte angeht. Das Problem betrifft auf jeden Fall ganz Deutschland, aber Schleswig-Holstein ganz besonders. In einigen Branchen ist es schon deutlich spürbar. Die Pflege wurde genannt. In anderen Branchen wird es sicherlich noch einige Zeit dauern. Sicher ist aber, dass es diesen **Fachkräftemangel** geben wird.

Wir werden diesen Abwanderungstrend kurzfristig nicht komplett stoppen oder umkehren können, aber ich glaube, wir müssen auch über die **Zuwanderung** versuchen, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zu bekommen. Wir müssen nicht nur darüber sprechen, sondern wir müssen auch handeln. Beispielsweise müssen wir uns das Aufenthaltsrecht genauer anschauen und es genau überprüfen. Denn durch das Aufenthaltsgesetz werden unserer Meinung nach **Qualifizierte** nicht angeworben, sondern abgeschreckt. Ich glaube, das können wir uns in Zukunft nicht mehr erlauben. Es gibt auch

(Christopher Vogt)

großen Bedarf bei der Anerkennung von qualifizierten Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Da muss man sagen, die hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt oft auch daran, dass ihre Abschlüsse, ihre Qualifikationen aus dem Ausland, die durchaus vergleichbar mit unseren Abschlüssen sind, nicht anerkannt werden.

Der Arbeitsminister hat völlig richtig dargestellt, dass wir dem drohenden Fachkräftemangel zukünftig auch stärker begegnen müssen, indem wir Gruppen stärker mobilisieren, die bisher teilweise noch vernachlässigt wurden. Die **älteren Menschen** wurden schon genannt. Gleiches gilt für die **Frauen mit Kindern**. Da geht es natürlich um den Bereich der Betreuung. Da ist nicht nur die Politik gefragt, da sind aus meiner Sicht auch stärker die Unternehmen gefragt.

Es sind auch noch weitere Maßnahmen notwendig, um die Beschäftigungssituation weiter zu verbessern. Ich möchte einige nennen: Die **Bekämpfung der Schwarzarbeit** muss weiter intensiviert werden; die **Vermittlung und Qualifizierung** von erwerbslosen Menschen muss noch zielführender werden. Ich finde es auch richtig, dass die **Programme zur Existenzgründung** nicht nur für Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus, sondern auch aus der Beschäftigung heraus gefördert werden. Die Koalition ist auf einem guten Weg, und wir werden diesen Weg weiter gehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erfolg hat bekanntlich viele Väter und Mütter, der Misserfolg ist ein Waisenkind.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Insofern freuen wir uns sehr, Herr Minister, dass die **Zahlen**, die Sie heute für den **Arbeitsmarkt** in Schleswig-Holstein vorgelegt haben, erfreulich sind.

Viele Dinge haben dazu beigetragen, sicherlich auch die Erholung der Wirtschaft. Die schleswig-

holsteinische Wirtschaft hat in ihren wichtigen Clustern regenerative Energien, aber auch bei den Life-Science-Themen und beim Tourismus die Nase vorn. Wir erleben, dass diese erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung selbstverständlich auch Folgen für den Arbeitsmarkt hat.

Ich möchte aber dennoch ein paar Sätze zu dem Kollegen Kalinka sagen. Herr Kollege Kalinka, Sie haben den **Landesentwicklungsplan** angesprochen. Ich finde es schon sehr eigenartig, wenn man wie Sie in Lübeck mit dem Feuer gespielt hat und die Medizinstudienplätze schließen wollte, befürwortet, dass im LEG die Solarförderung heruntergefahren wird, sich dann aber hier hinstellt und mit dem Finger auf andere zeigt und sagt: Der Landesentwicklungsplan: Wir schaffen Arbeitsplätze, und die anderen gucken zu. Ich finde, es wäre da fair gewesen, wenn Sie das eine oder andere abgewogen hätten. Das haben Sie leider nicht getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich finde auch, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Herr Minister Dr. Garg, Sie haben das Thema des Arbeitsmarktes angesprochen. Auch wir sehen ein **Spannungsverhältnis** zwischen **Quantität und Qualität**. Es geht nicht nur um das Zählen von Arbeitsplätzen, sondern es geht auch um die Frage, wie diese Arbeitsplätze ausgestaltet sind, und es geht um die Qualität von Arbeit.

Wir müssen uns in dieser Debatte auch die Mühe machen, genauer hinzuschauen, wie es auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt aussieht. Sie haben das angesprochen. Der Trend geht eindeutig hin zum Abschied von der Vollzeitarbeit. Der **Trend** geht auch hin zu mehreren Jobs, denn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer kann oft von einem Teilzeitjob oder einem Vollzeitjob nicht mehr leben. Es gibt immer mehr Teilzeitarbeit, es gibt immer mehr Leiharbeit. Es gibt befristete Arbeitsverhältnisse. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Unsicherheit und nicht die Sicherheit zur Regel geworden.

Wir haben auch Studien zur Kenntnis zu nehmen, dass gerade der **Stress** und die psychischen Erkrankungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern drastisch zunehmen. 75 % der Bundesbürger - so sagt eine forsa-Umfrage - fühlen sich in ihrem Beruf überfordert, leiden extrem unter Stress und Angstzuständen. Das ist eine sehr bedrohliche Entwicklung. Wir haben genau zu analysieren, woran das liegt.

(Dr. Andreas Tietze)

Wir meinen, dass gerade die **prekären Arbeitsverhältnisse** immer mehr zunehmen. Es gibt also wirklich keinen Grund zur Jubelstimmung. Es ist vielmehr wichtig, dass wir uns gemeinsam fragen, wie wir die Qualität auf dem deutschen Arbeitsmarkt verbessern.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Die Bundesrepublik Deutschland ist erstaunlich gut durch die schlimmste **Wirtschaftskrise** der Nachkriegszeit gekommen. Nach der Krise ist aber vor der Krise. Viele Kurzarbeitsregelungen und viele betriebliche Bündnisse mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben dazu beigetragen, dass die Beschäftigung und die Produktion weitergelaufen sind und dass wir jetzt die Erfolge aus dem Arbeitsmarkt tatsächlich einfahren. Es muss an dieser Stelle im Landtag gesagt werden, dass wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für diese Bereitschaft und für diese Sichtweise zu danken haben.

(Beifall beim SSW, vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wer ernsthaft über den Arbeitsmarkt reden will, muss strategisch über die Qualität von Arbeit reden. Sie haben es angesprochen: Auch heute beklagen wir einen eklatanten **Fachkräftemangel**, von dem die Wissenschaft sagt, dass er sich noch verstetigen wird. Wir können es uns angesichts dieser Erkenntnisse, die wir haben, nicht leisten, dass junge Menschen ohne Abschluss aus der Schule entlassen werden.

Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Schleswig-Holstein bei dem Anteil der in der Schule Gescheiterten bundesweit immer noch vorn liegt. Ohne einen **Schulabschluss** ist eine anschließende qualifizierte Berufsausbildung nicht denkbar. Kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden. Alle müssen eine Berufsausbildung erhalten, das muss unser gemeinsames Interesse sein.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben auch angesprochen, dass eine aufgrund des demografischen Wandels zunehmend alternde Gesellschaft junge Talente braucht. Man spricht vom War of Talents. **Talente** sind im Informationszeitalter die wichtigste und gleichzeitig knappste Ressource für den Erfolg eines Unternehmens. Das

Zitat ist nicht von mir, sondern das sagt Ed Michael von McKinsey, der den Begriff geprägt hat.

Herr Minister, Ihre **Diagnose** war gut, aber ich frage Sie, Herr Dr. Garg, welche **Therapie** Sie als Arbeitsminister für diese Probleme, die ich angesprochen habe, haben! Brauchen wir nicht zuerst und gerade eine Priorität für Investition in Bildung und Betreuung - so wie wir Grüne das in unserem Antrag zum Landeshaushalt vorgestellt haben? Ist nicht eine gute Förderung von Anfang an die beste Investition in Sprach- und Sozialkompetenz und eine Sicherheit, später einen Arbeitsplatz zu finden? Sind denn nicht Ganztagschulen und die Förderung von Motivation und Lernbereitschaft eigentlich der Weg zum Erfolg, dass sich Teilhabe und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen verbessern? Wir haben doch hier eigentlich, wenn wir das ernsthaft in diesem Hause diskutieren, kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit in Deutschland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Lieber Herr Garg, im internationalen Vergleich weist unsere Gesellschaft gerade bei diesem Thema eine geringe Durchlässigkeit auf. Die Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg in Deutschland sind extrem ungleich verteilt. Für eine künftige Leistungsfähigkeit der Gesellschaft brauchen wir faire Aufstiegschancen. Diese Einsicht ist ohne Alternative. Lieber Herr Garg, wir brauchen endlich eine moderne **Einwanderungspolitik**. Wir reden schon viel zu lange darüber und polarisieren. Es ist doch endlich Zeit, zu handeln und ein ganzheitliches Migrationskonzept vorzulegen, statt sich populistisch an die Debatten eines Herrn Sarrazin anzuhängen. Das ist die Herausforderung für die Politik der nächsten Jahre.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer macht das denn? - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wer macht das denn? Das ist einfach nicht wahr!)

Unsere Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir gegeben, indem wir den **Green New Deal** konzipiert und für einen neuen Gesellschaftsvertrag erworben haben. Wir wollen mit unserem Konzept den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein strategisch neu ausrichten. Darin sehen wir große Chancen. Wir wollen gezielte Investitionen in Klimaschutz, Zukunftstechnologien und Bildung. Wir wollen nicht alles machen. Wir wollen keine Eier legende Wollmilchsau. Wir wollen uns konzentrie-

(Dr. Andreas Tietze)

ren, Prioritäten setzen und so den Erfolg, den wir jetzt schon erkennen, verstetigen und weiter fortführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Garg, wir dürfen auch den Megatrend der Offshore-Windenergie nicht verpassen.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Wir müssen auch dafür sorgen, dass sich dieser Markt entwickelt. Unsere Häfen können eine verlängerte Werkbank sein. Das schafft Arbeitsplätze in Brunsbüttel, auf Helgoland, in Büsum, Husum oder Hörnum.

Die Zeit des Nichtstuns ist vorbei. Niedersachsen und Bremen haben vorgemacht, wir man **Arbeitsplätze mit regenerativen Energien** und Entwicklungen in der **Offshore-Technologie** schafft. Wir bedauern es sehr, dass gerade die schleswig-holsteinische Werftindustrie bei dem Thema Offshore nicht genügend vorangekommen ist. Hier gibt es eine Menge zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir fragen, was die Landesregierung macht, um hier gegenzusteuern. Wir werden das Thema Offshore hier im Landtag noch diskutieren. Wir brauchen Innovationen für unseren Arbeitsmarkt, um Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist die Aufgabe, und tatsächlich ist es unser aller Aufgabe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Thoroe.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss sagen: Für einen FDP-Minister war das gerade eben eine bemerkenswerte Rede. Ich hoffe, dass darauf Taten folgen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Jürgen Goecke, eröffnete die Vorstellung des Monatsberichts zum Arbeitsmarkt

in Schleswig-Holstein mit einem Zitat aus dem Gutachten der Wirtschaftsinstitute vor zwei Jahren. Damals wurden 4,9 Millionen Arbeitslose für 2010 prognostiziert. Diese Vorhersage ist nicht eingetreten, weil die Bundesregierung die Wirtschaft massiv gestützt hat - zwar oft auf falsche Art und Weise, aber immerhin ist eine absolute Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt ausgeblieben.

Wenn wir heute über den **Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein** sprechen, so muss ich zunächst feststellen, dass die Landesregierung Schleswig-Holsteins vorhat, über 5.000 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen. Damit wird der Verlust von zusätzlichen mindestens 5.000 Stellen im Privatsektor verursacht werden. Nehmen sie doch einfach einmal die empirischen Befunde zur Kenntnis: An jedem Arbeitsplatz in der Industrie hängen drei weitere Arbeitsplätze und an jedem Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst hängt einer. Jetzt Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zu feiern, ist zynisch und wird der Situation nicht gerecht.

Sicherlich ist Ihnen auch unsere Kritik bekannt, dass das Wunder auf dem Arbeitsmarkt eigentlich ein **statistischer Zaubertrick** ist. Natürlich sind Sie auch so gut informiert, dass Sie ebenfalls wissen, dass die inoffizielle Statistik bundesweit nicht knapp 3 Millionen, sondern 4,1 Millionen Arbeitslose ausweist. Wenn zum Beispiel Herr Seehofer gegen Ausländer hetzt, gibt er das auch gern zu.

Für Schleswig-Holstein stellt sich dies im Detail so dar: Die offizielle Arbeitslosigkeit betrug im Oktober 2010 98.933 Menschen. Hinzu kommen die nicht gezählten Arbeitslosen, und das sind immerhin 24.948. Diese Gruppe besteht aus Menschen, die älter als 58 Jahre sind und Arbeitslosengeld II beziehen, Menschen, die älter als 58 Jahre sind und Arbeitslosengeld I beziehen, Menschen in Ein-Euro-Jobs, Menschen in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, Menschen in Aktivierung und beruflicher Eingliederung, Menschen mit einem Beschäftigungszuschuss, Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und aus kranken Arbeitslosen. Sie fälschen die Statistik, um ihre Erfolgsmeldungen darauf aufzubauen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Wichtiger für Schleswig-Holstein ist aber Folgendes: Erstens. In der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ war zu lesen, dass der **Bundesrechnungshof** die **Ein-Euro-Jobs** moniert hat. Ein-Euro-Jobs seien Job-Killer, weil sie oft reguläre Arbeitsplätze ersetzen.

(Björn Thoroë)

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Das heißt, Ein-Euro-Jobber zählen nicht in der Statistik und vernichten gleichzeitig reguläre Arbeitsverhältnisse. DIE LINKE nennt das einen Skandal und üble Täuschung.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

DIE LINKE will statt Ein-Euro-Jobs einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten und vernünftig bezahlten Arbeitsplätzen schaffen. Nur so hat jeder Mensch die Chance auf ein Arbeiten in Würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war zu lesen, dass Deutschland Fachkräfte verliert - schlimmer noch, das Land verliert laufend an Attraktivität. Das hat auch mit Ihrer Politik, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, zu tun. Eine der schlimmsten Wirkungen Ihrer **Arbeitsmarktreformen** war die Entmutigung der Arbeitenden.

Da rasch klar war, dass man aus dem ALG II gar nicht mehr rauskommt, wenn man einmal drin ist, waren und sind die Beschäftigten bereit, große Kompromisse einzugehen und Verzicht zu leisten, nur um ihre Stelle zu behalten. Das hat zur weltweit einmaligen **Reallohnsenkung** der letzten Jahre geführt. Das macht ein Land nicht gerade attraktiv.

Meine Damen und Herren der Regierungsparteien, Sie geben mit ihrem **Kürzungshaushalt** dem Land den Rest. Sie wissen genau, dass mehr gut ausgebildete Fachkräfte unerlässlich sind, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Gleichzeitig haben Sie damit gedroht, eine Hochschule zu schließen. Gleichzeitig sorgen Sie dafür, dass sich an der Kinderbetreuung und an Schulen nichts verbessert und es eher noch schlimmer wird. Das ist heute exemplarisch im „Pressespiegel“ zu lesen, in dem es einerseits heißt: „Fachkräftemangel als große Chance für Alleinerziehende“, andererseits titelt der „sh:z“: „Kollaps für Kommunen? Land zahlt nicht für Krippen“.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie schon lesen? - Heiterkeit bei der FDP - Unruhe)

Drittens. Wir wissen aus dem Institut für Weltwirtschaft, dass

„... in Schleswig-Holstein ... hochwertige Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe durch relativ geringwertige Beschäftigung in den Dienstleistungsbranchen ersetzt worden (ist). ... Ein Zuwachs an höherwertigen

Dienstleistungen, der den Verlust hochwertiger Industriebeschäftigung hätte auffangen können, hat hier nicht in ausreichendem Maß stattgefunden. Eine gesamtwirtschaftliche Folge dieses Strukturwandels sind daher relative Einkommensverluste und eine Abkoppelung von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung in Deutschland.“

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

„Damit werden für Schleswig-Holstein die knapper gewordenen, hochwertigen Industriearbeitsplätze umso wertvoller. Eine weitergehende Deindustrialisierung des Landes würde nach dem bisherigen Verlauf des Strukturwandels ohne Kompensation durch hochwertige Dienstleistungsbeschäftigung zusätzliche Einkommensverluste nach sich ziehen.“

So steht es in den „Kieler Beiträgen zur Wirtschaftspolitik“ in Band 1 auf Seite 22 ff.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das heißt im Klartext: In Schleswig-Holstein sind Arbeitsplätze fast ausschließlich im **Niedriglohnsektor** entstanden. Deshalb betont DIE LINKE ihre Forderung nach einem **Mindestlohn** von 10 €.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht sozial, was Arbeit schafft, sondern sozial sind Löhne, von denen man leben kann und die nicht vom Staat subventioniert werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Oft erwähnt wurde die Arbeitslosigkeit von **Menschen über 55 Jahre**. Die Schlussfolgerung daraus kann doch nur lauten: Die Rente mit 67 muss endlich zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE hat recht: Die Rente mit 67 diene ausschließlich einer Rentenkürzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Jubelmeldungen sind ein Hohn für alle Menschen ohne Arbeit und ein Hohn für alle Menschen mit einem Job, von dem diese Menschen nicht leben können. Es gibt noch viel zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Auch der SSW hält es zunächst einmal für positiv, dass die **Zahl der Arbeitslosen** in Schleswig-Holstein weiter zurückgegangen ist. Im Oktober waren 97.600 Menschen arbeitslos gemeldet, und die Arbeitslosenquote betrug damit rund 6,8 %. Natürlich sollten wir uns alle darüber im Klaren sein, dass die Zahlen aus den **Arbeitsmarktstatistiken** nicht ohne Vorsicht zu genießen sind. Aber zumindest der Vergleich mit den Daten aus den schwierigen Vorjahren belegt eine gewisse Entspannung der Lage. Dies nimmt selbstverständlich auch der SSW gern zur Kenntnis. Oberflächlich betrachtet scheint sich der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein also als relativ „krisenfest“ zu erweisen. Dies hat zumindest der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur in seinem Kommentar zu den aktuellen Zahlen so berichtet.

Aus Sicht des SSW muss bei all dem Jubel natürlich auch die Frage gestellt werden, worauf sich diese günstige Entwicklung denn eigentlich im Einzelnen gründet. Schaut man nämlich ein bisschen genauer hin, stellt man vor allem fest, dass von den politisch Verantwortlichen in der jetzigen Situation die **Ausweitung des Niedriglohnssektors** gefeiert wird. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich in der jüngsten Vergangenheit rasant entwickelt. Der DGB Nord spricht allein für die Zeit nach dem Krisentiefpunkt von einer Zunahme um fast 20 %, während die Zahl der versicherungspflichtigen Vollzeit-arbeitsplätze im gleichen Zeitraum um 1,2 % gewachsen ist.

Aufgrund dieser Entwicklung muss ich für den SSW wiederholen, dass wir das Instrument der **Leiharbeit** spätestens dann, wenn es von den Arbeitgebern langfristig genutzt wird, für sehr problematisch halten. Denn die Tarifverträge in dieser Branche eröffnen eindeutig die Möglichkeit des Missbrauchs und verhindern somit die ursprünglich gewollte Brückenfunktion in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis.

(Beifall beim SSW)

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird in dieser Situation dauerhaft missachtet. Eine solche Entwicklung halten wir ganz einfach für nicht hinnehmbar.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier bleibt es unverändert Aufgabe der Politik, die in der heutigen Form völlig inakzeptablen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Leiharbeit zu verbessern. Wir fordern vor allem die Wiedereinführung der Synchronisationsverbots und der zeitlichen Befristung.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Für bedenklich halten wir auch die Tatsache, dass gerade ältere, erfahrene Arbeitnehmer immer größere Schwierigkeiten haben, in ein vernünftiges Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Der vermeintliche Aufschwung kommt bei der **Gruppe der 55- bis 64-Jährigen** leider überhaupt nicht an. Schlimmer noch: Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe ist in Schleswig-Holstein in der jüngsten Vergangenheit sogar noch deutlich gestiegen. Für uns ist es deshalb eindeutig, dass die Aktivitäten zur Vermittlung dieser Gruppe dringend verstärkt werden müssen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mit Blick auf die **jüngeren Arbeitnehmer** scheint sich deren aktuelle Situation am Arbeitsmarkt tatsächlich zu verbessern. Man fragt sich angesichts der aktuellen Politik im Hochschulbereich allerdings, wie lange dies noch so sein wird. Der SSW hat jedenfalls erhebliche Zweifel daran, dass es sich hier um eine nachhaltige Entwicklung handelt: Denn wir halten die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften an Fachhochschulen und Universitäten für einen selbstverständlichen und sehr wichtigen Teil der Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Doch offensichtlich hat dieser Bereich für die Landesregierung bei Weitem nicht den Stellenwert, der ihm zukommen muss. Nicht nur das Vorgehen von CDU und FDP im Fall der Flensburger Universität erfüllt uns mit Sorge. Die Landesregierung scheint ganz einfach nicht erkannt zu haben, wie wichtig und letztlich auch gewinnbringend **Investitionen im Bildungsbereich** für Schleswig-Holstein sind. Wenn dies die Antwort auf die im Berichts Antrag geforderten grundsätzlichen Zielvorstellungen für die Gestaltung des Arbeitsmarkts in der Zukunft ist, sieht diese unserer Meinung nach jedenfalls sehr düster aus.

(Flemming Meyer)

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Zu einem umfassenden Bild von der Situation auf dem Arbeitsmarkt gehören natürlich auch die gerade angesprochenen Fakten. Leider gibt dieses Bild weit weniger Anlass zur Freude. Ohne strukturelle Veränderungen und eine effektivere Vermittlung von Arbeitssuchenden kann keine Rede davon sein, dass der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein tatsächlich krisenfest und damit auch nachhaltig robust ist.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich aus zwei Gründen noch einmal zu Wort gemeldet. Die zu Recht beklagte höchste Quote an **jungen Menschen**, die in Schleswig-Holstein **keinen Schulabschluss** haben - das sage ich ohne jede Schärfe -, ist nicht das Ergebnis von einem Dreivierteljahr Schulpolitik, sondern das ist das Ergebnis schulpolitischer Versäumnisse der vergangenen Jahre, die jetzt beseitigt werden müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Manchmal gehört es zur Ehrlichkeit dazu anzuerkennen, dass das eine oder andere in der Vergangenheit vielleicht nicht ganz so doll funktioniert hat.

Herr Kollege Tietze, weil ich ja weiß, wie so etwas im Zweifel funktioniert: Man konnte bei Ihrer Rede an einer Stelle den Eindruck haben, Sie wollten mir unterstellen, ich hätte mich auf Herrn Sarrazin in der Richtung eingelassen, dass auch ich mich zur Zuwanderung entsprechend geäußert hätte, wie der Berliner Kollege das getan hat.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein!)

- Wenn das Ihrerseits missverständlich formuliert war, dann ist das okay. Ich will hier die Gelegenheit nutzen, noch einmal ganz deutlich zu machen, dass ich ausdrücklich der Auffassung bin, dass wir eine **gesteuerte Zuwanderung** brauchen, und zwar

nicht irgendwann. Wir brauchen heute schon ein Konzept dazu.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/229

Antwort der Landesregierung
Drucksache 17/861

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **neuen Medien** haben unser **Alltagsleben** stark verändert, und diese Entwicklung bleibt weiter dynamisch. Wer sie kompetent zu nutzen weiß, der hat dadurch erhebliche Vorteile im beruflichen und auch im privaten Leben. Neue Herausforderungen verbinden sich damit insbesondere für die Bildung und Erziehung in den Kindertageseinrichtungen und Schulen. Schleswig-Holstein profitiert in mehrfacher Hinsicht von einer hohen Medienkompetenz seiner Bürgerinnen und Bürger, und zwar in der Bildung ebenso wie in der Wirtschaft und im sozialen Bereich, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen.

Die Landesregierung sieht daher ihre Aufgabe darin, **Medienkompetenzprojekte** zu initiieren und zu koordinieren. Die wichtigsten Akteure und Partner sind dabei das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein, die Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein, der NDR und der Offene Kanal Schleswig-Holstein.

Aus der Vielfalt der medienpädagogischen Aktivitäten, die in der Antwort auf die Große Anfrage im Einzelnen aufgeführt werden, kristallisieren sich zwei wesentliche Aspekte heraus: Erstens die Inte-

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

gration in jede Phase des lebenslangen Lernens, und zwar ebenso im Hinblick auf Berufschancen als auch auf die individuelle Lebensgestaltung und selbstständige Teilhabe an der Bürgergesellschaft. Zweitens die kritische Reflexion der Risiken wie zum Beispiel durch die unbedachte Preisgabe persönlicher Daten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Bericht des Herrn Ministers.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Die Fähigkeiten, die wir im Umgang mit den Medien fördern wollen, sind auch sonst wichtig für gelingendes Lernen. Es geht um die Konzentration auf das Wesentliche und auf den eigentlichen Informationsbedarf. Es geht darum, Informationen zuverlässig und effektiv zu recherchieren. Schließlich geht es darum, Inhalte und Informationsquellen auch kritisch zu bewerten. Medienpädagogik leistet damit einen Beitrag zum selbstbestimmten und verantwortlichen Handeln in unserer Gesellschaft.

Im Zentrum stehen die **Kindertageseinrichtungen**, die **Schulen** und die **Hochschulen**. Im vorschulischen Bereich kann eine erste pädagogisch geleitete Auseinandersetzung mit Medien stattfinden. Unsere Bildungsleitlinien für die Kindertageseinrichtungen beziehen die Medienpädagogik bereits in die frühkindliche Bildung ein. Eine Handreichung dazu haben wir kürzlich veröffentlicht. In den Schulen sind die Bereiche Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien in den Lehrplänen von der Grundschule an verankert. Im Hinblick auf die laufende Weiterentwicklung bedarf dies immer wieder einer kritischen Überprüfung und Aktualisierung. Wir legen Wert auf ein systematisches und aktuelles Angebot. Die Angebote freier Träger - zum Beispiel der Jugendzentren - bieten zusätzliche ergänzende Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, die **medienpädagogische Arbeit der Lehrkräfte** unterstützen wir über die Aus- und Fortbildung hinaus mit dem Medienportal des IQSH. Mehr als 10.000 Inhalte stehen dort zum Herunterladen bereit. Medienpartnerschaften mit dem NDR, abgeschlossen im Juni 2010, und auch mit der BBC bereichern das Angebot und ermöglichen es uns, beispielsweise auf aktuelle Inhalte von Informationssendungen des Norddeutschen Rundfunks zurückzugreifen und an

den Schulen entsprechende Medienangebote für den Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Dringende Themen der medienpädagogischen Arbeit bleiben der **Jugendmedienschutz** und das **Urheberrecht**. Hier allein auf Kitas und Schulen zu setzen, würde allerdings zu kurz greifen. Alle müssen genauer hinschauen; vor allem die Eltern. So fordert und unterstützt es zum Beispiel die Initiative SCHAU HIN! des Bundesfamilienministeriums. In Schleswig-Holstein gibt es zudem hierzu noch spezielle Angebote, etwa über die gemeinsame Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein.

Zum verantwortlichen Umgang gehört natürlich auch die richtige **Dosierung**. Mehrere Untersuchungen haben nachgewiesen, dass ausgiebiger Medienkonsum das Verhalten und die Lernfähigkeit von Kindern deutlich beeinträchtigen können.

Meine Damen und Herren, um eine gute gegenseitige Abstimmung der vielen medienpädagogischen Aktivitäten zu ermöglichen, haben wir einen Lenkungsausschuss eingesetzt, der vom IQSH koordiniert wird. Er arbeitet auf der Grundlage des Landesmedienkonzepts, und vor wenigen Monaten wurde das **Netzwerk Medienkompetenz für Schleswig-Holstein** ins Leben gerufen. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, um dieses Bildungsanliegen zu befördern. Vonseiten der Landesregierung sind das Bildungsministerium und das Jugendministerium an diesem Netzwerk beteiligt. Ich bin zuversichtlich, dass die Medienpädagogik in Schleswig-Holstein durch diese Zusammenarbeit weiter gestärkt wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor drei Jahren, als Schleswig-Holstein gemeinsam mit Hamburg die Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein gründete, gab es ein Ringen darüber, ob die **MA HSH** auch die Aufgabe der **Medienkompetenzförderung** übernehmen sollte. Durch Druck der SPD kam diese Aufgabe damals noch mit hinein. Der Minister hat es eben erwähnt: Inzwischen ist dies ein nicht wegzudenkendes Aufgabengebiet für die MA HSH.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Buder [SPD] und Siegrid Tenor-Alschausky [SPD])

(Peter Eichstädt)

Vor drei Monaten haben wir in diesem Haus heftig über die Frage diskutiert, wie Kinder und Jugendliche besser vor den Gefahren durch neue Medien, im Besonderen des Internets, geschützt werden können. Trotz unterschiedlicher Einschätzungen in der Frage, ob in diesem Bereich mit Regulierungen, Verboten, Kontrollen der richtige Weg beschritten wird, waren sich alle einig: Die wirksamste und effektivste Antwort auf die Herausforderung kann nur die Förderung der Medienkompetenz sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer Welt auf, aus der das **Internet** und die **digitalen Medien** nicht wegzudenken sind. Sie bewegen sich in dieser Welt häufig weitaus selbstsicherer, als dies viele Erwachsene tun. Sie profitieren von den unglaublichen Chancen und dem Segen des Internets, das - nur vergleichbar mit der Einführung des Buchdrucks zu Gutenbergs Zeiten - Wissen aus der Herrschaft weniger in die Hände aller Menschen gegeben hat. Auf der anderen Seite stehen aber die Risiken und die Herausforderungen, mit denen nicht nur junge Menschen lernen müssen, umzugehen.

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion sollte Aufschluss darüber geben, wo wir in Schleswig-Holstein stehen und welche Ansätze für einen souveränen und kompetenten Umgang mit neuen Medien entwickelt werden können. Ich will an dieser Stelle zunächst all denen danken, die an der Beantwortung unserer Fragen mitgewirkt haben. Wir haben mit dieser Antwort eine gute Bestandsaufnahme, die Grundlage für die Entwicklung eines integrierten Konzeptes und einer Strategie sein kann. Dass durch die Antworten auch Defizite deutlich wurden, ist kein Mangel, sondern in diesem Sinne hilfreich. Ich weiß, dass viele Institutionen sehr viel umfangreichere Stellungnahmen abgegeben haben, als sie Eingang in diesem Bericht finden konnten. Allen sei an dieser Stelle noch einmal Dank und Anerkennung für ihre Arbeit gesagt.

(Beifall bei SPD und SSW sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Unter Medienkompetenz verstehen wir die Fähigkeit, mit Medien und ihren Inhalten kompetent und selbstbestimmt umgehen zu können. Es sollen ihre Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Grenzen und die Gefahren erkannt werden. Dies ist heute eine **Schlüsselqualifikation** in unserer Informationsgesellschaft. Es ist unzweifelhaft, dass diese Fähigkeiten zu einer zukunftsorientierten Persönlich-

keitsbildung nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen und älteren Menschen gehören.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zeigt neben vielen positiven Ansätzen auch gravierende Defizite und Lücken auf. Zentraler Punkt ist, dass eine **Medienkompetenzstrategie** der Landesregierung fehlt. Die Landesregierung definiert ihre Rolle vielmehr als die eines Koordinators zwischen den Ressorts.

Die Vermittlung von Medienkompetenz an **Kindertageseinrichtungen** wird bisher noch zu wenig unterstützt. Es bleibt den Einrichtungen weitgehend selbst überlassen, welche konkreten Angebote sie vorhalten.

Weiter heißt es in der Großen Anfrage, dass die Medienkompetenz an den **Schulen** bisher nur unzureichend vermittelt wird. So ist Medienkompetenz in der Sekundarstufe I im Bereich „Aufgabenfelder von allgemeiner pädagogischer Bedeutung“ verankert. Es gibt aber kein eigenes Fach, in dem Fragen der Prävention bei der Mediennutzung und der Datenschutz angesprochen werden sowie auf Gefahren hingewiesen und entsprechend sensibilisiert wird. In der Lehrerbildung gibt es kein verpflichtendes Fach, in dem eine sachgerechte Vermittlung von Medienkompetenz angeboten wird.

Das Fazit: Die Landesregierung legt den Fokus auf das Kennenlernen der neuen Medien, hat aber bisher wenig Aufmerksamkeit auf die Prävention, die Vermittlung eines kritischen Umgangs mit den Medien sowie die Aufklärung über Gefahren und über den Datenschutz gerichtet. Eine über alle Instanzen hinweg vernetzte Medienkompetenzstrategie, die sich mit diesem Thema beschäftigt, gibt es in Schleswig-Holstein noch nicht. Es gibt positive Ansätze, die sich aber noch nicht in eine erkennbare Strategie einordnen lassen.

Insgesamt bringt die Antwort der Landesregierung zum Ausdruck, dass in Schleswig-Holstein eine Reihe von Projekten zur Medienkompetenzförderung auf den Weg gebracht worden ist. Diese reichen jedoch nicht aus, um die Herausforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, zu bewältigen.

Die Ausstattung der Schulen mit entsprechender Hardware ist sehr unterschiedlich. In der Lehrerfortbildung werden noch bei weitem zu wenige Schulungen für Pädagogen angeboten. Außerdem ist es noch nicht ausreichend gelungen, ein ausgewogenes und in sich stimmiges Curriculum zu entwickeln, das die Vermittlung von Medienkompe-

(Peter Eichstädt)

tenz fächerübergreifend von der Kindertagesstätte bis zur 13. Klasse beinhaltet.

Es gibt aber auch durchaus Positives, was sich allerdings erst in jüngster Zeit entwickelt hat. Dazu gehören neben den Aktivitäten der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein, des Offenen Kanals sowie des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein die Initiativen und Angebote der verschiedenen Institute, Ministerien und Organisationen, die sich alle im **Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein** zusammengefunden haben. Auch an der Universität Flensburg haben sich viele Fächer der Thematik angenommen und vermitteln Medienkompetenz.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im Zusammenhang mit Medienkompetenzförderung noch einen Blick auf die Veränderungen werfen, die sich in der Lebenswelt von jungen Menschen durch die zunehmend intensive Nutzung des sogenannten **Web 2.0** ergeben. Die neuen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten werden bei Weitem nicht nur dazu genutzt, um Wissen abzufragen, zu sortieren und zu verwerten.

Facebook ist wohl das bekannteste Beispiel für diverse Netzwerke, die ihre Konzepte darauf ausgerichtet haben, möglichst viele Menschen mit zum Teil erheblichem sozialen Druck in die Netzwerke einzubinden und sie dort zu halten mit dem Ziel, über die Auswertung der gewonnenen Daten Nutzer- und Persönlichkeitsprofile zu erstellen und diese kommerziell zu verwerten. Daten- und Persönlichkeitsschutz sind in diesem Fall Fremdworte. Egal, was in Facebook kommuniziert wird - und das ist viel, weil vor allem Jugendliche, die nicht mitmachen, von vielen sozialen Kontakten abgekoppelt werden -, alles wird gespeichert und ausgewertet.

Gedankenlose Einträge bei SchülerVZ und Facebook führen zunehmend zu gravierenden Schwierigkeiten, in die meistens junge Menschen geraten. Jeden Tag sitzen Millionen Kinder und Jugendliche am Computer und chatten in sozialen Netzwerken, stellen Fotos ins Netz und sammeln Freunde, ohne an die Gefahren zu denken. Je mehr Kontakte man in **sozialen Netzwerken** hat, umso besser, so scheint es zumindest.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Um 11:28 Uhr hat mich auf meinem iPhone eine Anfrage erreicht: Thomas Rother möchte mit dir auf Facebook befreundet sein.

(Heiterkeit)

Nun ist es so, dass Thomas Rother sowieso mein Freund ist. Thomas, ich sage dir auf diesem Weg, dass ich das aber nicht möchte.

Ich soll hier ankreuzen, ob ich dein Freund sein will. Ja, aber ich würde weiterhin normal mit dir kommunizieren, aber nicht über dieses Gerät.

(Zuruf)

- Vielen Dank für den Hinweis. Ich könnte Thomas Rother aber auch anonym ignorieren. Das ist genau der spannende Punkt. Das bedeutet aber, dass meine Daten trotzdem übermittelt werden, wenn ich dies ankreuze.

Ich habe mich bei **Facebook** angemeldet und würde mich gern wieder abmelden. Das ist aber nicht so einfach. Es wird ein ungeheurer **sozialer Druck** erzeugt nach dem Motto: Was, du willst deine ganzen Freunde alleinlassen? Thomas Rother wartet doch auf dich. Überlege es dir doch noch einmal. Alle sind traurig. - Man kommt da nicht mehr heraus. Es gibt Foren, die sich nur damit beschäftigen, wie man bei Facebook wieder aussteigen kann. Das steht zwar alles nicht auf meinem Zettel, aber ich denke, es ist trotzdem wichtig. Viele Nutzer gehen sorglos mit persönlichen Daten um, Kollege Rother.

Unter **Personalchefs** ist es verbreitet, in sozialen Netzwerken zu recherchieren und nach Fotos zu suchen, um so das Bild von einem Bewerber beziehungsweise von einer Bewerberin für sich abzurufen.

(Zuruf)

- Auch dabei sollte man vorsichtig sein, selbst wenn man Fraktionsvorsitzender einer bedeutenden Fraktion ist. Man weiß nie, was kommt.

Nicht alle, die sich in sozialen Netzwerken bewegen, verfolgen freundschaftliche Motive. Jugendliche nutzen Webseiten und soziale Netzwerke, um sich selbst zu inszenieren, aber auch um andere niederzumachen. Diese Erfahrung macht bereits jeder vierte User. Er wird beleidigt oder gar bedroht. **Cybermobbing** ist ein vielen Jungen und Mädchen bekanntes Phänomen, oft zunächst als Scherz gemeint, aber mit gravierenden Folgen für die betroffenen Personen. Schilderungen über Morddrohungen, aber auch Selbstmorde aufgrund von Cybermobbing sind keine Seltenheit mehr.

Dabei handelt es sich keinesfalls um Randprobleme und gelegentliche Ereignisse. 68 % aller Deutschen zwischen 14 und 19 Jahren verbringen laut einer Studie der ZDF-Medienforschung regelmäßig Le-

(Peter Eichstädt)

benszeit in solchen sozialen Netzwerken des Internets. Drei Viertel aller Jugendlichen haben bereits Fotos oder Filme von sich ins Netz gestellt. Jeder Vierte kennt Internetmobbing.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Peter Eichstädt [SPD]:

Ich bewege mich auf das Ende zu, aber bitte gestatten Sie mir noch einen Schlusssatz, Frau Präsidentin. - Eine Anhörung wird sicher nicht nur spannend sein, sondern kann auch Initialzündung für die Fortentwicklung der Medienkompetenz in unserem Land sein. Mit dieser Diskussion und entsprechenden Konsequenzen können wir sicher mehr erreichen als mit allen Regulierungen, Sperrungen und Kennzeichnungen, wie sie im Jugendmedienstaatsvertrag diskutiert werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Dr. Christian von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal einen herzlichen Dank an das federführende Bildungsministerium für die Beantwortung dieser Großen Anfrage. Der Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Häuser.

Ich denke, diese Beantwortung ist eine hervorragende Grundlage für die weitere Diskussion, Herr Kollege Eichstädt. Darin finden wir eine ganze Menge Zahlen sowie Antworten auf Ihre guten Fragen. In meinen Dank beziehe ich ganz ausdrücklich auch die SPD-Fraktion und insbesondere Sie, Herr Eichstädt, ein, weil es meines Erachtens gute Fragen und gute Antworten waren. Ich glaube, wir können gemeinsam weiter an dieser Frage arbeiten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Aus der Beantwortung wird deutlich, dass dies nicht nur eine Frage für junge Menschen ist. Es geht nicht nur um Bildung für junge Menschen, sondern es ist eine Frage, die in der Tat für **Jung und Alt** von Relevanz ist. Nur dann, wenn die Erwachsenen von heute wissen, was ihre Kinder be-

wegt und mit welcher Technik man heute von Kindesbeinen an konfrontiert wird, können sich Eltern darum kümmern. Aber auch für Ältere ist es wichtig, an einer solchen Entwicklung teilnehmen zu können, weil dies das normale Umfeld im täglichen Leben ausmacht. Nur dann, wenn man diese Technik vernünftig und bewusst zu nutzen weiß, kann man an einer immer schneller fortschreitenden technischen Entwicklung partizipieren. Deshalb ist dies eine wichtige Bildungskomponente für Jung und Alt.

Ich finde es aber richtig, dass wir uns in diesem Bericht vor allem um die jüngere Generation kümmern. Das hat etwas damit zu tun, dass man in jungen Jahren am besten lernt. Wenn man etwas in jungen Jahren gelernt hat, so ist man auch in der Lage, etwas in späteren Jahren nachzuvollziehen.

Deshalb ist die **Verzahnung** der verschiedenen **Angebote**, die wir in diesem Bereich bereits heute haben, eine wichtige Aufgabe. Auch darüber gibt dieser Bericht ein umfangreiches Bild. Ich nenne hier ganz zuvorderst, weil ich finde, gerade dort ist das Verhältnis zwischen dem eigentlichen Auftrag und Jugendmedienbildung besonders erwähnenswert, den Offenen Kanal, der eine ganz tolle Arbeit leistet, der eine starke ehrenamtliche Komponente hat und heute eine Unmenge von Angeboten macht. 450 Seminare in diesem Bereich, ich finde, das gilt es besonders zu erwähnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich nenne aber natürlich auch die **Landesmedienanstalt** - das ist eben schon angesprochen worden - mit einem Schwerpunkt auch auf der Online-Nutzung für 6- bis 13-Jährige. Sie sprachen das eben an. Das ist ein extrem wichtiger Bereich. Ich nenne auch das Wirtschaftsministerium beispielsweise mit der Weiterbildung von Medienqualifizierung für Erzieherinnen und Erzieher. Ich nenne aber auch den NDR, und da nicht zuletzt die Möglichkeit für Schülerpraktikanten - allein im letzten Jahr über 800 -, sich einmal Medienangebote anzugucken. Sie sehen also, eine ganze Menge von attraktiven Angeboten in diesem Land.

Nun ist es nicht Aufgabe der Regierung - ich glaube, das ist aus dem Bericht auch deutlich geworden -, überall das Rad neu zu erfinden, sondern wir haben viele verschiedene Akteure, die in dem Bereich tätig sind, die teilweise unterschiedliche, teilweise auch ähnliche Angebote haben. Das, was richtig ist - das kann und muss eine Landesregie-

(Dr. Christian von Boetticher)

rung leisten -, ist die Verzahnung dieser verschiedenen Angebote, die Abstimmung. Dafür gibt es seit 2010 den Lenkungsausschuss mit einer Grundlage, nämlich dem **Landesmedienkonzept**. Und es gibt eine Koordinierung vom Institut von Qualitätsentwicklung an den Schulen IQSH. Ich glaube, auch da ist dieser Aufhänger weise genommen worden, weil die IQSH genau das Know-how hat, das man braucht, um diese Koordinierungsfunktion auch vernünftig leisten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Insofern, glaube ich, ist es eine gute Entwicklung, ein guter Aufschlag, nicht das Rad neu erfinden.

Ich sage aber auch ganz deutlich, dass wir uns um die neuen Medien kümmern müssen. Herr Kollege Eichstädt, ich glaube nicht, dass wir ein Fach an den **Schulen** brauchen. Wir neigen immer dazu, wenn wir ein Problem haben. Ich kenne es noch als Landwirtschaftsminister: gesunde Ernährung, lasst uns schnell ein Schulfach machen. Ich bin schon immer froh darüber, wenn die Kernfächer vernünftig unterrichtet werden und die Schulen gut ausgestattet sind.

(Beifall bei der CDU)

Es ist aber richtig, als **Querschnittsaufgabe** ist das Thema **soziale Netze** natürlich deutlich zu vertiefen. Ich sage das als jemand, der selber daran teilnimmt, wie der Kollege Stegner auch. Jemand hat mal gesagt: Facebook ist wie Stasi, nur freiwillig. Ein bisschen Wahres ist daran. Das heißt nämlich, dass man sehr genau aufpassen muss, was man an Inhalten reinsteckt.

Da sind wir bei den letzten beiden und wichtigsten Fragen. Kein Staat, kein Medienschutzstaatsvertrag, keiner in diesem Bereich kann am Ende die notwendige Einflussnahme von Eltern ersetzen. Das müssen wir heute auch deutlich machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Staat kann einiges, aber der Staat kann nicht alles. Das, was früher gefährlich war, wenn man sozusagen **Jugendliche** irgendwann sich selbst überlassen hat, ist heute immer noch gefährlich, ja es ist gefährlicher geworden durch den Zugang zu diesen Netzen. Darum ist **Medienvermittlung** auch ein Stück elterliche Kontrolle. Ich war einer der ersten meiner Generation, der einen Computer hatte, damals mit 16. Das war damals die Einführung sozusagen auch jugendbezogener Computer. Ich glaube, ich habe den nur deswegen einigermaßen verantwortlich nutzen können, weil meine Eltern verdammt aufgepasst haben. Das heißt nicht, dass ich

nicht auch die eine oder andere Nacht mal ein paar Stunden heimlich davor gegessen habe. Aber es ist etwas anderes, wenn Eltern Einfluss nehmen und auch kontrollieren, ob diese Nutzung nicht übermäßig ist.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, weil mein Kollege auch etwas überzogen hat: **Kritikfähigkeit**. Auch das ist eine Frage, die früher galt und die heute im Online-Bereich noch mehr gilt, dass man lernt, dass nicht jede Quelle, die man sieht, nicht alles, was dort geschrieben ist, automatisch wahr ist. Das gilt auch für renommierte Datenbanken wie Wikipedia. Das habe ich selber einmal in verschiedenen Bereichen erlebt. Einfach nur abzuschreiben, zu kopieren, Copy and Past auf dem Internet führt ganz häufig zu falschen Ergebnissen. Diese Kritikfähigkeit müssen wir auch in der Schule wieder stärker einbringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Brand-Hückstädt.

Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 1972 wurde in Vietnam ein schreiendes nacktes Mädchen fotografiert. Es läuft frontal auf den Betrachter zu. Man hört es praktisch schreien. Es läuft nach einem sichtbaren Napalm-Angriff weg von Soldaten mit Gewehren. Es ist dieses Bild, das um Welt geht und das Sie sicherlich alle kennen. Dieses Bild ist manipuliert. Es wurde von einem Redakteur beschnitten, weil auf der linken Seite noch andere Fotoreporter standen, die gerade den Film wechselten. Nur dadurch rückte das Mädchen in den Mittelpunkt des Bildes, und nur dadurch konnte der Eindruck entstehen, es laufe vor den Soldaten davon. Über die wirklichen Hintergründe dieses Bildes und wer die Schuld an den Qualen des Mädchens trägt und die vielen Legenden, die sich um dieses Bild ranken, geht es im Moment nicht. Dieses **Bild** wurde aber zu Recht eine **Anklage gegen den Krieg**. Sie können im Internet googeln, was da tatsächlich passiert ist.

In der **Medienwelt** ist vieles relativ, manchmal sogar die Wahrheit. Diese zu finden, diese **Manipulationen** durch Bilder, Worte, Geschichten, Kommentare, Berichte und Gerüchte zu erkennen, ist Aufgabe von Medienkompetenzvermittlung, nicht mehr und nicht weniger.

(Ingrid Brand-Hückstädt)

Wir sind aus Sicht der FDP längst über die Schwierigkeiten einer reinen technischen Anwenderkompetenz hinaus. So, wie wir akzeptieren, dass manche wissen, wie ein Auto funktioniert, die meisten anderen es aber nur fahren, muss uns klar sein, dass manche wissen, wie ein Computer funktioniert, die meisten von uns die Medien aber nur benutzen und sich freuen, wenn morgens der PC genauso anspringt wie das Auto.

Wer ist denn eigentlich für die **Vermittlung von Medienkompetenz** zuständig? Ich nehme an, dass die Grünen und DIE LINKE in ihrer als Fürsorge getarnten Freiheitsfeindlichkeit

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für den einzelnen auch hier den Staat auffordern werden, tätig zu werden.

Es geht aber nicht hauptsächlich um Geld. Übergeordnetes Ziel der Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen im Umgang mit Medien ist nach Auffassung der FDP der **selbstbestimmte und aufgeklärte Nutzer**. Jeder hat individuelle Ansprüche und Hintergründe für die Nutzung der Medien. Verantwortlich dafür sind wir alle.

Der Staat kann sicherzustellen, dass er die Chancen und Potenziale aller Medien für jeden Bürger nutzbar macht und nicht beschränkt und dass jeder wenigstens sicher sein kann, dass es nicht der Staat ist, der Bilder, Berichte oder Worte manipuliert. Die Damen und Herren der LINKEN wissen hoffentlich, wovon ich rede.

Der Landesregierung, insbesondere dem Ministerium für Bildung und Kultur, ist zu danken für die ausführliche Beantwortung der von der SPD gestellten Fragen zur **Informationsgesellschaft**. Ich kann allerdings eine gewisse Verwunderung nicht verhehlen. 20 Jahre, in denen Sie in der Landesregierung, im Bildungsministerium tätig waren, hat Sie dieses Thema nicht interessiert. Man wusste offenbar nicht so richtig, was das ist, befand, wie bei der SPD üblich, es ist neu, also kann es nur gefährlich sein, und erstickte jegliche Initiative im Keim.

(Zuruf von der SPD)

Das ist heute bei der CDU/FDP-Regierung Gott sei Dank anders. Das **Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein**, dem neben zahlreichen bereits seit Jahren bestehenden Initiativen und Institutionen vom Offenen Kanal über die Verbraucherzentrale bis zur Aktion Kinder- und Jugendschutz auch die beiden Ministerien Bildung und Soziales angehören, wird das auf die Beine stellen, was unter einem SPD-geführten Bildungsministerium nicht ging: die

vielfältig bestehenden Angebote, wie sie sich auch deutlich aus der Beantwortung der Fragen ergeben, endlich zu bündeln und damit zielgruppenorientiert und unter der Nutzung von Synergieeffekten Angebote vor Ort, für Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer, aber auch Angebote für Arbeitnehmer und für die Bevölkerungsgruppe der höheren Altersstruktur zu verdichten. Letzteres begrüßen wir ausdrücklich.

Wir halten es aber auch für dringend erforderlich, dass die **Ausbildung der Lehrer** im Hinblick auf die Medienkompetenz angepasst wird. Da sind wir uns einig. Ebenso halten wir es für erforderlich, bei der Überarbeitung der Lehrpläne, die ohnehin ansteht, für alle Schulen Medienmodule verbindlich festzuschreiben und das Thema nicht der Freiwilligkeit der Lehrer zu überlassen. Medienkompetenz muss den gleichen Stellenwert wie das ABC in der Schule bekommen, ohne ein eigenes Fach.

(Beifall bei der FDP)

Für die Zukunft brauchen wir eine **ganzheitliche Betrachtung für Medienkompetenzvermittlung**. Dazu gehört die Fähigkeit zur kritischen Reflexion der Inhalte und Informationen im Netz, sorgfältiger Umgang mit eigenen Daten und der Respekt im Umgang mit anderen Daten ebenso wie die Fähigkeit zum Erkennen der Grenzen der Nutzung.

Ganz wichtig erscheint uns aber, dass das Thema Medienkompetenz versachlicht wird. Weder ist das Internet von kriminellen Pädophilen durchsetzt noch ist wirklich erwiesen, dass jeder Jugendliche durch Computerspiele grundsätzlich gewaltbereiter wird. Eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit den Medien und der Verzicht auf populistische Äußerungen bei bestimmten Anlässen würden nicht nur der Politik guttun, sondern auch dazu beitragen, die neuen Medien als das zu sehen, was sie wirklich sind: unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Thorsten Fürter das Wort.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Abgeordnete Brand-Hückstädt, ich verstehe, dass die FDP nervös ist. Das gibt Ihnen aber nicht das Recht, Abgeordnete von den Grünen und der Linkspartei als Feinde der Frei-

(Thorsten Fürter)

heit zu beschimpfen. Das ist dem Thema Medienkompetenz nicht angemessen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die umfassende Antwort auf die Große Anfrage zeigt die Bandbreite des Angebots im Bereich Medienkompetenz. Viele Verbände und Vereine haben Projekte entwickelt. Besonders hervorheben möchte ich - wie der Kollege Dr. von Boetticher eben - die zahlreichen Angebote des Offenen Kanals, definitiv ein Leuchtturm in der Medienkompetenzlandschaft. Der Anteil der Projekte, die sich auf Internet, Handy, Web und Games beziehen, hat sich in den letzten Jahren immer mehr vergrößert und zeigt deutlich den **Bedarf** der Jugendlichen, aber auch der Eltern und Lehrerinnen und Lehrer. Hier scheint es aber auf der schleswig-holsteinischen Landkarte noch weiße Flecken zu geben, denn diese Projekte des Offenen Kanals können aufgrund der Struktur des Offenen Kanals nicht in ganz Schleswig-Holstein stattfinden, sondern vor allem in den jeweiligen Sendebereichen. Hier besteht noch Handlungsbedarf.

Medienkompetenz ist eine - wenn nicht die - **Schlüsselqualifikation** im Informationszeitalter. In dem Maße, in dem Medien für das Leben und das Zusammenleben der Menschen wichtiger werden, ist natürlich auch die Medienkompetenz der gesamten Gesellschaft gewachsen. Es wäre ein völliges Zerrbild, wollten wir den Eindruck erwecken, dass die Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft im Wesentlichen hilflos und dumm vor den Medienangeboten sitzt. Das Gegenteil ist richtig: So viel Medienkompetenz wie heute gab es noch nie. Diese gewachsene Medienkompetenz bereichert auch den demokratischen Prozess. Wir sind auf dem Weg - mithilfe alter und neuer Medienangebote -, endlich das zu schaffen, was die Demokratie dringend nötig hat: die Entwicklung der Vision einer Bürgerinnen- und Bürgerdemokratie.

Aber es gibt **Defizite**. Wie immer in der Politik ist das natürlich das Feld, auf dem wir gefordert sind. Es nehmen nämlich nicht alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen und mit den gleichen Fähigkeiten an dieser Bürgerinnen- und Bürgerdemokratie teil. Entscheidend ist, dass Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz von klein auf vermittelt wird. Das fängt bei der Kita an und hört beim positiven Beispiel der Eltern nicht auf. Nicht nur Kinder müssen den Ausknopf kennen, auch die Erwachsenen müssen ihn betätigen können. Von der Medienkompetenzvermittlung in der **Kita** stand in der Ant-

wort auf die Anfrage allerdings nichts. Dort gibt es offensichtlich noch Nachholbedarf.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die **Angebote an Eltern** dürfen sich nicht allein auf Vorträge bei Elternabenden beschränken, wie das medienpädagogische Landeskonzept es anführt. Hier muss es ein offensiveres Angebot geben. Schließlich darf es nicht nur um die Kompetenzvermittlung von Medienkompetenz an die jüngeren Menschen gehen. Auch das haben Vorredner schon gesagt. Auch wir Älteren, die sogenannten Digital Immigrants müssen sich manchmal ganz schön anstrengen, um den mit den sogenannten Digital Natives Schritt zu halten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bereits heute geben zum Beispiel 20 % der Schülerinnen und Schüler an, Opfer von Cybermobbing geworden zu sein, 80 % wissen mit dem Begriff etwas anzufangen. Ob der Anteil bei den Eltern und den Politikern ebenso hoch ist? Das darf bezweifelt werden.

In den **Schulen** ist die Situation noch unbefriedigend. Es ist richtig: Wir müssen nicht auf jede neue Herausforderung gleich mit einem neuen Schulfach antworten. Andererseits macht es sich das Kultusressort zu einfach, wenn es auf die zahlreichen Schnittstellen verweist, an denen Medienkompetenz in bestehende Fächer integriert werden kann. Meine Gespräche mit Schülerinnen und Schülern haben gezeigt: Davon kommt an der Basis oft sehr wenig bis in einigen Fällen überhaupt nichts an. Das ist also durchaus eine Baustelle für kluge und vorausschauende Bildungspolitikern und Bildungspolitikern. Wenn wir in Schulen und Kitas nicht ansetzen, wird der Abstand zwischen denen, die es können und denen, welche die Medien nicht gut für ihre eigenen Zwecke einsetzen, immer größer. Es ist Aufgabe der Politik, das zu verhindern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg mein Dank an die SPD-Fraktion für diese Anfrage und an das zuständige Ministerium für die ausführliche und offene Darstellung des Themas in seiner Antwort. Ein weiterer Dank geht an die Kol-

(Heinz-Werner Jezewski)

legen Eichstädt und Fürter für die Ansprache des Themas Medienkompetenzvermittlung in Kitas. Ich wünsche mir, wir ermöglichen es mehr Eltern, ihre Kinder überhaupt in Kitas zu bringen, indem wir zum Beispiel das dritte Kita-Jahr und auch die anderen Kita-Jahre kostenfrei machen, indem wir Kitas besser ausstatten, indem wir ihnen bessere Personalschlüssel zuweisen und indem wir ihnen schlichtweg mehr Geld geben, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Brand-Hückstädt, ich kann Ihnen versichern, in der Einschätzung der LINKEN und vermutlich auch in der Einschätzung der Grünen irren Sie sich. Aber das Irren scheint in Ihrer Fraktion systemimmanent zu sein. Deswegen ist es auch nicht so schlimm.

Wir sollten uns im Klaren sein, dass dieses Thema nicht mit einer 40-minütigen Aussprache im Plenum erschöpfend behandelt werden kann. Meine Fraktion freut sich darauf, das Thema in den zuständigen Ausschüssen weiter zu vertiefen, die Erkenntnisse in Anträge umzusetzen und die Problematik darüber hinaus in anderen geeigneten Gremien zu vertiefen. Ich verweise auf die Medienkompetenztage hier in den Räumen des Landtages und auf ähnlich Veranstaltungen im ganzen Land, die sich regelmäßig mit dem Thema **Kompetenzvermittlung im Bereich Medien** beschäftigen.

Die Kernaussage des Berichts ist für mich ziemlich unscheinbar in der Beantwortung einer Einzelfrage versteckt. Ich zitiere mit Genehmigung aus der Antwort auf die Frage 7:

„Die Landesregierung legt großen Wert darauf, dass die Menschen eigenverantwortlich und eigeninitiativ handeln können. Dafür müssen Werte vermittelt werden, die dem Einzelnen helfen, erfolgreich sein Medienverhalten zu steuern. Die medienpädagogischen Konzepte“

- das ist für mich der Kernsatz -

„müssen Schritt halten mit den Entwicklungen der Medien.“

Diese Kernaussage scheint zumindest auf der Arbeitsebene der Landesregierung mittlerweile angekommen zu sein.

Medien, das ist eben nicht nur Fernsehen und Internet. Die **Grundlage** aller Medienkompetenz ist die **Lesekompetenz**. Die Fähigkeit zum Lesen auch längerer Texte ist die Bedingung aller kritischen

Rezeption anderer Medien. Ich bedauere daher, dass der Bericht das Problem des **Analphabetismus** in diesem Land nicht einmal erwähnt.

Des Weiteren brauchen Menschen natürlich auch Kompetenzen im **Umgang mit den Medien** Rundfunk, Fernsehen, Theater, Computerspiel und -programm, Internet und Mobiltelefon, um nur die wichtigsten Medien zu nennen.

Ich will diese Gelegenheit nutzen, um nochmals einen Dank auszusprechen an die Menschen und Institutionen, die sich haupt- oder ehrenamtlich mit der Vermittlung von Medienkompetenz auseinandersetzen. Viele davon werden in dem Bericht erwähnt, viele leider auch nicht. An dieser Stelle will ich ausdrücklich und stellvertretend für viele andere einige erwähnen, die nicht aufgeführt werden: Die Volkshochschulen und die Bildungseinrichtungen der dänischen Minderheit leisten auf dem Gebiet der Medienkompetenzvermittlung an alle Altersstufen ganz hervorragende Arbeit.

Nun macht uns der Bericht schon klar, dass die Aufgabe, Medienkompetenz zu vermitteln, nicht als allgemeine Verwaltungsaufgabe in einer Abteilung eines Ministeriums erledigt werden kann. Viel zu viele Akteure und Anzusprechende wirken dazu mit, viel zu viele Konzepte in zu vielen Bereichen müssen berücksichtigt werden. Medienkompetenz muss - um das zu erkennen, braucht es dieses Berichtes nicht - eine **Querschnittsaufgabe** sein.

Querschnittsaufgaben von Wichtigkeit sollten nach Meinung der LINKEN Chefsache sein. Wir hoffen daher, dass dies auch so sein wird, sobald dieses Land wieder eine Landesregierung mit einem Chef haben wird.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Des Weiteren sollte diese wichtige Aufgabe Rahmenbedingungen und eine Rahmenfinanzierung haben, die es den Akteuren erlaubt, langfristig und vorausschauend zu planen und zu handeln. Wer sich aber die haarsträubenden Entwicklungen in der Schulpolitik dieser Abbruchregierung ansieht, der sieht: Hier wird Medienkompetenzvermittlung mehr verhindert als ermöglicht. Wer sich in der derzeitigen Haushaltsdebatte unter dem Diktat des Kürzungswahns die **Finanzierung von Projekten** unter freier Trägerschaft oder unter Federführung von Bibliotheken, Volkshochschulen oder den Einrichtungen der dänischen Minderheit ansieht, der sieht: Hier wird Medienkompetenzvermittlung mehr verhindert als ermöglicht.

(Heinz-Werner Jezewski)

Die zahlenmäßig stärkste Fraktion in diesem Haus hat ein starkes Zeichen gesetzt, indem sie ihren Fraktionsvorsitzenden zum medienpolitischen Sprecher gemacht hat. Jeder konnte sich davon überzeugen, dass er die Wichtigkeit dieses Themas erkannt hat und dieses Thema ernst nimmt. Wenn Sie es aber wirklich ernst meinen, Herr von Boetticher, dann werfen Sie jetzt Ihr Gewicht in die Waagschale. Lassen Sie es nicht zu, dass die Vermittlung von Medienkompetenz an der Einsparung von Summen scheitert, die bei den Rettungsaktionen für die HSH Nordbank oder bei der Finanzierung der Fehmarnbelt-Querung der Rundungsdifferenz zum Opfer fallen und gar nicht mehr erwähnt werden. Wenn Sie das tun, dann wird das Anliegen „Medienkompetenz“ von der Arbeits- auf die Führungsebene gelangt sein, und das ist es, was wir brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft ist sehr ausführlich. Sie zeugt davon, dass sich die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Beantwortung sehr viel Mühe gegeben haben. Sowohl die Definition von Medienkompetenz als auch und insbesondere die ausführliche Zusammenarbeit der verschiedenen Partner geben einen detaillierten Einblick in die Vermittlung von Medienkompetenz und vor allen Dingen in die wichtigsten **Akteure** in diesem Bereich. Dafür bedanke ich mich im Namen des SSW ganz herzlich, insbesondere bei dem Fragesteller; denn nur die Anfrage hat dazu geführt, dass wir heute diese ausführlichen Antworten bekommen haben.

Die Landesregierung sieht ihre Aufgabe innerhalb des Bereiches Medienkompetenz in der **Koordination der Medienkompetenzprojekte** durch einen **Lenkungsausschuss**; dieser wurde erst in diesem Jahr eingerichtet. Die wichtigsten Akteure sind jedoch der Offene Kanal Schleswig-Holstein und die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein. Diese finanzieren sich aber hauptsächlich aus Rundfunkgebühren, das heißt, aus den Gebühren, die wir alle zahlen. Besonderes Augenmerk legen der Offene Kanal und die Medienanstalt auf **Eltern** und **Lehr-**

kräfte sowie **Kinder und Jugendliche**. Dahinter steckt die Idee, dass sowohl Lehrkräfte als auch Eltern in Sachen **Medienkompetenz** fitgemacht werden, um zu verstehen, was junge Menschen mit Medien machen, und diese bei einem kritischen Umgang mit Medien zu unterstützen. Unter anderem ist zu beobachten, dass viele junge Menschen beim **alltäglichen Gebrauch** von Medien den **Datenschutz** für sich selbst nicht achten und beachten, Inhalte im Netz unkritisch einfach übernehmen und dass auch die Bedingungen der Nutzung zum Teil nur auf Verkauf gerichtet und nicht als Information gedacht sind. Sie merken es nur leider manchmal nicht. Auch gibt es Inhalte, vor denen Jugendliche geschützt werden müssen.

Besonders der **Offene Kanal Schleswig-Holstein** trägt mit seiner **Vernetzung** und dem großen Angebot an Seminaren dazu bei, dass Lehrkräfte auf das Thema Medien im Unterricht vorbereitet werden, Eltern Einblick in die Medienwelt ihrer Kinder erhalten und Erzieherinnen bereits mit Vorschulkindern das Thema Medien angehen können.

Ich weise darauf hin, dass sich diese Ausführungen auf die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage stützen. Deshalb kann ich die vorhin geäußerte Kritik nicht ganz verstehen. Den Erziehern und Erzieherinnen in den Kindertagesstätten wird nämlich Hilfestellung gegeben, damit sie mit dem Thema umgehen können. Auch in den **Kittas** stehen PCs zur Verfügung, damit die Kinder dort in diesem Medium eingeführt werden können.

Gerade die **Medienpädagogik** hat große Verantwortung für den Erwerb von Medienkompetenz in unserer Gesellschaft. Dabei erlebt die Medienpädagogik wachsende Bedeutung bei gleichzeitig schwindendem Einflussbereich. So wird der Ruf nach der Medienpädagogik im vorschulischen und schulischen Bereich immer lauter, obwohl es gerade an den **Hochschulen** deutschlandweit innerhalb der Pädagogik kaum noch Lehrstühle gibt, die sich explizit mit dem **Thema Medien** auseinandersetzen. Der SSW begrüßt daher, dass die **Universität Flensburg** hier eine Ausnahme bildet. Im Rahmen der vermittlungswissenschaftlichen Ausbildung gibt es einen fächerübergreifenden medienpädagogischen Schwerpunkt sowie das Modul „Medienkompetenz und Medienperformanz“ zu studieren. Weitere Module zur IT-Kompetenz runden das technische Verständnis im Bereich Medien ab.

Gleichzeitig schwindet der Einflussbereich von Medienpädagogik aufgrund der Internationalisierung und eines zunehmend technologisierten Verständnisses von Medienkompetenz. Mit anderen Worten:

(Silke Hinrichsen)

Es geht primär darum, innerhalb der vielfältigen Medienwelt nicht unterzugehen. Von einem bewussten, kritischen und reflektierten Umgang mit Medien wird häufig nur noch am Rande gesprochen.

Aus der Sicht des SSW muss neben den vorschulischen, schulischen und Hochschulbereichen vor allem auch die **Erwachsenen- und Weiterbildung** Aufgaben in der Vermittlung von Medienkompetenz übernehmen. Es gibt zahlreiche Erwachsene - nicht nur ältere Menschen, sondern auch jüngere -, die im Umgang mit Medien noch viel lernen können. Nicht nur Eltern und Lehrkräfte müssen darauf aufpassen, was die Kinder und Jugendlichen machen. Erwachsene müssen auch für diese Medienwelt gewappnet sein.

Aus unserer Sicht muss deshalb dafür gesorgt werden, dass alle die gleichen Chancen zum Erwerb dieser Kompetenz erhalten. Insbesondere **Bibliotheken** können als gesellschaftliche Medienzentren einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass keine Gruppe ausgeschlossen wird - völlig unabhängig von ihrer finanziellen Situation oder ihrer Herkunft.

Eines halte ich in diesem Zusammenhang für ganz wichtig: Es muss einfach klar sein, dass wir alle hier lernen können; das Thema Cybermobbing wurde schon angesprochen. Ich denke, mehrere hier sind diesem Problem schon einmal ausgesetzt gewesen. Daran zeigt sich, wie wichtig es ist, wohlüberlegt mit seinen **persönlichen Daten** umzugehen. **Facebook** ist ein Stichwort; gestern auf den Mediatagen ging es noch um weitere Themen. Es wird oft vergessen, wie leicht Smartphones, iPads und ähnliche Geräte angreifbar sind, das heißt, wie leicht man sich dort einhacken kann, um weitere Informationen zu erhalten. Das sind Dinge, auf die wir uns alle vorbereiten müssen. Das gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene. Auch sie müssen bewusst mit diesen Themen umgehen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ist mitgeteilt worden, dass die Fraktionen übereingekommen sind, den Tagesordnungspunkt 7, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, nach der Aktuellen Stunde heute um 16 Uhr aufzurufen. Dies bedeutet, dass wir jetzt eine Mittagspause bis 15 Uhr haben.

(Zurufe: Überweisung?)

- Oh, ja. Entschuldigung! Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war etwas zu schnell.

Bisher ist offiziell keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Deswegen ging ich davon aus, dass der Tagesordnungspunkt damit erledigt sei. Aber Herr Eichstädt möchte noch einmal das Wort haben; ich vermute, um Ausschussüberweisung zu beantragen.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidenten, vielen Dank für die Gelegenheit! - Wir schlagen vor, dass der Bericht zur weiteren Beratung federführend an den Bildungsausschuss sowie mitberatend an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wird.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Danke schön. - Damit ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Es ist einstimmig so beschlossen.

Nun guten Appetit! - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:47 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Keine Verzögerung des Ausbaues des Nord-Ostsee-Kanals

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Derzeit diskutieren wir in Deutschland häufig über Großprojekte. Tatsache ist: **Großprojekte** kosten viel Geld, und sie sind umstritten. Daher ist es wichtig, dass wir sie jederzeit kritisch bewerten und angesichts knapper Kassen in Prioritäten einstufen.

(Dr. Andreas Tietze)

Wir Grünen legen in dieser Debatte ein Augenmerk auf qualitative Argumente. Großprojekte müssen unser Land voranbringen, sie müssen nachhaltig sein, sie müssen Arbeitsplätze sichern, sie sollen umweltverträglich sein und sollen das Klima schützen. Das ist unser Prüfmaßstab. Das sage ich allen, die uns derzeit unterstellen, wir seien gegen alles, was sich in Großprojekten abspielt.

Aus diesem Grund haben wir ganz bewusst das Thema des **Ausbaus des Nord-Ostsee-Kanals** auf die Tagesordnung gesetzt und als Thema dieser Aktuellen Stunde gewählt. Wir sind für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, wir sind für den Bau der StadtRegionalBahn in der Kieler Region,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

wir sind für den Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf dem Meer, und wir sind für den Netzausbau, um den grünen Strom in unserem Land zu transportieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Callsen, Sie und Ihre Parteifreunde von der CDU sind für die feste Fehmarnbelt-Querung, Sie sind für Stuttgart 21,

(Lachen bei der CDU - Zurufe von der FDP: Ja!)

Sie sind für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, und Sie sind für den Ausbau des Flughafens Lübeck. Sie sind immer für die falschen Projekte und setzen **Unsummen von Steuergeldern** in den Sand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Dubai-Strategie heißt: Groß, teuer und protzig.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja Dubai-Rhetorik!)

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe haben Sie fast nur über Grüne gesprochen.

(Johannes Callsen [CDU]: Bist du da gewesen?)

- Ich habe ab und zu einmal hereingeschaut.

(Zurufe von der CDU: Hey!)

Ich sage Ihnen: Es ist nicht der Kampf Schwarz gegen Grün, den Sie führen müssen; es ist der Kampf gestern gegen morgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abgeordneten Johannes Callsen)

[CDU] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Denn es ist verkehrt, Herr Kubicki, für etwas zu sein, was künftige Generationen belastet. Es ist verkehrt, das **Gleichgewicht** von **Ökonomie und Ökologie** zu zerstören. Das ist der eigentlich Grund, warum Ihnen die Wählerinnen und Wähler in Scharen davonlaufen und uns wählen. Das ist der eigentliche Grund, warum Grüne derzeit in der Republik erfolgreich sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir kein Problem, uns selbstbewusst zu Großprojekten zu verhalten und in dieser Debatte auch zum Nord-Ostsee-Kanal Stellung zu beziehen. Er ist wichtig, nicht nur für Kiel, für Brunsbüttel, für Schleswig-Holstein und den Hamburger Hafen. Der Nord-Ostsee-Kanal ist die weltweit meistbefahrene Wasserstraße, er ist ein Fundament der **wirtschaftlichen Stärke** Schleswig-Holsteins. Er trägt nachhaltig zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei, und er ist allemal Anlass, hier und heute diskutiert zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sagen wir ganz deutlich: Alles, was dies verhindert - Baubeginn sollte bereits 2010 beziehungsweise 2011 sein -, verhindert wirtschaftliche Wertschöpfung. Das, was Herr Staatssekretär Ferlemann verkündet hat, der **Vorrang für Weser und Elbe**, ist eine falsche Prioritätensetzung mit falschen Signalen an unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft.

Wir müssen die Verlagerung from Road to Sea ernst nehmen. Das bedeutet: Mehr Güter auf das Schiff, das selbst aber auch umweltverträglicher werden muss. Die Reeder haben die Wahl zwischen alternativen Seerouten. Der Weg um Skagen ist 250 Seemeilen länger, unwirtschaftlicher, klimaanverträglicher; er verbraucht mehr CO₂. Wer sich dem Klimaschutzziel einer CO₂-Reduzierung verpflichtet, der muss die Fahrt durch den Kanal attraktiver machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn je weniger Schweröl, je weniger Diesel, verbraucht wird, umso besser ist es für das Klima, um das es schlecht steht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kollege Tietze?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich möchte es im Zusammenhang erklären. Herr Kubicki kann sich dann gern im Rahmen der Aktuellen Stunde zu Wort melden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schade!)

Herr Arp hat geäußert, er sei für den **Ausbau der Elbe** und setze dies an Platz 1. Das ist extrem kurzfristig. Schleswig-Holstein muss den Rücken gerade machen und den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals als allerwichtigstes Projekt auf die Nummer 1 setzen. Es geht um unseren Nord-Ostsee-Kanal; es geht nicht um die Elbvertiefung, Herr Arp, und es geht auch nicht um die Fehmarnbelt-Querung. Jetzt müssen wir den Rücken für den Nord-Ostsee-Kanals gerade machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich wende mich auch an die Landesregierung: Machen Sie den Rücken gerade. Stärken Sie den Nord-Ostsee-Kanal. Setzen Sie sich für die richtigen Großprojekte ein. Dann wird es unserer Wirtschaft in Schleswig-Holstein wieder gut gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gerrit Koch [FDP]: So einfach ist das! - Rainer Wiegard [CDU]: Mit euch hätte es den Nord-Ostsee-Kanal doch noch gar nicht gegeben! - Heiterkeit und Beifall bei CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Tietze, es ist Ihnen wahrscheinlich entgangen, aber heute ist nicht der 11. November, und es besteht kein Grund dafür, hier eine Karnevalsrede zu halten. Dieses Thema ist viel zu ernst. Daher begrüße ich es auch, dass wir es heute auf die Tagesordnung genommen haben. Sie müssen nur einige Zusammenhänge erkennen.

Erstens. Nur zur Versachlichung: Das **Planfeststellungsverfahren** ist bis heute nicht abgeschlossen.

Deshalb gibt es zurzeit kein Baurecht. Das muss man akzeptieren. Das gibt es übrigens auch nicht bezüglich des Ausbaus der Elbe, und dies aus unterschiedlichen Gründen. Es ist natürlich das Recht des Bundestags, seine **Prioritäten** selbst festzulegen. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er in einem Brief an die Bundeskanzlerin noch einmal deutlich gemacht hat, wie wichtig der Nord-Ostsee-Kanal für uns in Schleswig-Holstein ist.

Es ist noch nicht lange her, im Jahr 2008 stand es in der Presse: Staus vor den Schleusen in Brunsbüttel, Staus vor den Schleusen in Holtenau. Damals hatten wir einen Boom der Weltwirtschaft zu verzeichnen, und nur die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns in den letzten zwei Jahren vor einem größeren Druck verschont. Ohne Frage brauchen wir den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, und nicht nur wir hier in Schleswig-Holstein, ganz **Nordeuropa** und auch der **osteuropäische Raum** brauchen ihn.

Wer vor zwei Jahren mit dem Wirtschaftsausschuss in Russland, in St. Petersburg, war und gesehen hat, wie der Hafen Ust Luga, was in St. Petersburg und in Anrainerstaaten der Ostsee ausgebaut wird, weiß, dass der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals höchste Priorität hat. Das ist der Beitrag, den wir dazu leisten können und auch leisten werden. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Tietze, Sie dürfen aber - in aller Ernsthaftigkeit - das eine nicht von dem anderen trennen. Sie müssen den Ausbau der Elbe, die Stärkung des Hamburger Hafens in Verbindung bringen mit dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Eines allein ergibt keinen Sinn.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn das ganze Feeder-Geschäft in Hamburg ist natürlich auf einem fahrtüchtigen Nord-Ostsee-Kanal aufgebaut.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Deshalb meine ich, man sollte in Berlin noch einmal darüber nachdenken, wenn das entsprechende Baurecht da ist. Das heißt, jetzt wissen wir noch gar nicht in welcher Form das **Planungsrecht** abgeschlossen werden wird. Die Berliner haben uns deutlich gesagt, wenn es denn für das eine oder andere Projekt an der Weser kein Baurecht geben wird, wird natürlich der Nord-Ostsee-Kanal vorgezogen werden.

(Hans-Jörn Arp)

Dass überhaupt 800 Millionen € in den Ausbau von Wasserstraßen gesteckt werden, hat es zu Zeiten von Rot-Grün nicht gegeben. Da gab es zwar Lippenbekenntnisse, aber es gab nie die Menge an Geld, die wir heute für den Ausbau von Wasserstraßen zur Verfügung haben. Diese schwarz-gelbe Regierung hat erkannt, dass das das ökologisch und wirtschaftlich wichtigste Projekt ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir schon dabei sind: Herr Dr. Tietze, ich war 2007 in **Schinkel** und habe mit den Leuten darüber diskutiert. Da waren auch Parteifreunde von Ihnen mit dabei. Die haben sich sehr stark dafür eingesetzt, dass man die 60 Kreuzottern auch artgerecht umsetzt. Verstehen Sie: Ich bin ja in der Verantwortung bei Ihnen - dies wird ja zum Glück auch alles online gesendet -, aber wenn dann die ersten Bagger kommen, wenn die ersten Baumaßnahmen anlaufen, dann möchte ich nicht, dass Sie sich dort an irgendwelche Poller binden lassen und sagen: Der Ausbau ist richtig, aber nicht hier!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Habeck, wir haben den Beweis und wir haben die Erfahrung von Stuttgart. Dort wurde 15 Jahre lang diskutiert. Wir befinden uns seit vielen Jahren mit den Anwohnern am Kanal im Dialog.

Noch einmal: Wir sind dafür. Ich halte die **Prioritätenliste** für richtig. Elbe und Nord-Ostsee-Kanal: erste Priorität; Weser und Ems: zweite Priorität. Das eine passt mit dem anderen zusammen. Aber ich würde mich freuen, wenn Sie auch bei solchen Großprojekten mit uns gemeinsam bei den Bedenkenträgern stehen und sie überzeugen würden. Sie sind herzlich eingeladen: Wir fahren einmal nach Schinkel!

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es zählt eben nicht nur, alles was groß ist, ist gleich! Sie werfen alles, alle Großprojekte, in einen Topf!)

- Ich habe da schon differenziert.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Von meiner Kollegin Monika Heinold jederzeit gern.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Arp, meine Frage ist, welchen Vorschlag Sie denn haben, was mit den 60 Kreuzottern passieren soll, wenn sie nicht artgerecht umgesetzt werden sollen.

- Natürlich müssen sie artgerecht umgesetzt werden.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe hier gar nicht gegen eine artgerechte Umsetzung von Kreuzottern gesprochen, ich habe nur gesagt, an so einem Projekt darf es dann am Ende nicht scheitern. Das heißt nicht, dass sie an der Stelle bleiben müssen. Darüber sind wir uns einig. Wenn wir uns darüber einig sind, kann der Bau ja voranschreiten.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine zweite Frage? - Ja.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verstehen wir uns richtig, dass die Grünen auf der damaligen Veranstaltung nicht gesagt haben, der Bau des Nord-Ostsee-Kanals solle scheitern, weil Kreuzottern artgerecht umgesetzt werden müssten, sondern nur gesagt haben, diese müssten dann artgerecht umgesetzt werden? Dies wird so von Ihnen auch geteilt?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Wenn es so gewesen wäre und von den Grünen so gekommen wäre, dann hätte ich das ja längst als Gegenargument verwandt, das haben sie aber nicht gesagt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben das doch angeführt!)

- Nein, ich habe nur gesagt, dass Sie an den Kreuzottern festgehalten haben, nicht an den Investitionen und an den Entscheidungen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Lassen Sie uns das bitte nicht ins Lächerliche ziehen.

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Noch einmal: Ich bin dafür, dass wir für Großprojekte am Ende auch den Rücken gerade machen.

(Hans-Jörn Arp)

Ich bin für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, aber vorweg muss das Planungsrecht da sein. Wenn das Planungsrecht da ist, werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses auch umgesetzt wird.

Uns muss keiner erklären, warum der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals wichtig ist. Wir sind dabei. Wer einmal in Brunsbüttel gewesen ist, sieht, wie wichtig das ist, insbesondere der Ausbau der **dritten Schleuse**. Das ist von großer Bedeutung für Schleswig-Holstein und eine Riesenchance, vergleichbar mit dem Bau der Fehmarnbelt-Querung. Sie bringt uns logistisch in eine Situation hinein, die wir für ein Jahrhundertprojekt halten.

Herr Habeck, hätte es vor 120 Jahren die Grünen gegeben, ich weiß nicht, wie die sich verhalten hätten. Wahrscheinlich wären sie dagegen gewesen. Heute sind Sie etwas schlauer. Sie sind eingeladen, im Dialog mit den Anwohnern dafür zu sorgen, dass wir wenig Widerstand haben. Umgekehrt sind Sie auch eingeladen, in Berlin gemeinsam mit uns dafür zu sorgen, dass die Mittel rechtzeitig kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir bei den beiden Vorrednern jetzt ein bisschen schwer, einen Einstieg zu finden. Deshalb lasse ich es lieber.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Es ist für die Region auch wenig hilfreich, sich länger über Kreuzottern auszutauschen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Rede ohne Einstieg ist auch blöd! - Heiterkeit)

- Das ist richtig. Aber ich dachte bisher auch, man sollte hier halbwegs frei reden und nicht eine Rede vorlesen. Das wurde mir hier von den Älteren gesagt. Ich wurde da aber auch eines Besseren belehrt. Ich lerne ja noch. Beim nächsten Mal schreibe ich das genau auf.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU])

- Ich habe gerade etwas anderes gelernt, Herr Kollege. Lassen wir das. Ich wollte in dem Stil jetzt tatsächlich nicht weitermachen.

Ich glaube, wir sind uns in diesem Haus alle einig: Der **Ausbau der Oststrecke** des Nord-Ostsee-Kanals ist überfällig. Er ist mehr als überfällig. Wenn man von früher anfängt zu sprechen, die rechte Seite des Hauses zum Beispiel davon spricht, wie vor 20 Jahren die Sozialdemokraten waren, kommt oft zurück: Früher hatten wir auch noch einen Kaiser! In diesem Fall stimmt das auch. Die Oststrecke hat genau die Ertüchtigung aus der Zeit, in der wir tatsächlich noch einen Kaiser hatten, nämlich vor **1914**. Ich würde mich wirklich freuen, wenn das in Berlin zur Kenntnis genommen würde: Wir können nicht bei einem globalen Verkehr des Jahres 2010 mit den Tournagen, die wir haben, und die sich in den letzten zehn Jahren vor der Wirtschaftskrise verdoppelt hatten - wir kommen jetzt wieder in diese Richtung -, weiter mit einem Querschnitt im Ostbereich arbeiten, der aus dem Jahre 1914 stammt. Das geht wirklich nicht. Völlig unabhängig davon, wie es mit anderen Projekten aussieht, ist das überfällig. Das hätte man schon vor 20 Jahren machen müssen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Aber habt ihr da denn nicht regiert?)

- In Berlin? - Schwarz-Gelb! Es war mir aber klar, dass das kommen würde, darauf habe ich sogar ein bisschen gewartet.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Nicht in Schleswig-Holstein!)

- Nicht in Schleswig-Holstein, aber Herr Kollege, wir reden hier über den Bundesverkehrswegeplan. Das sollte uns auch irgendetwas sagen: Bund und so.

(Weitere Zurufe)

- Ja, dafür kann man ein bisschen was tun.

Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen auch dankbar für den Einwand von der Regierungsbank. Dazu werde ich gleich noch kommen.

Der Kanal ist übrigens nicht nur als Transitstrecke wichtig, sondern er ist schlicht und ergreifend auch für die **Binnenkonjunktur** wichtig. Ich komme aus dem schönen Ort Osterröfeld. Dort entsteht gerade ein Schwerlasthafen für große Windenergieanlagen, die relativ lange Schiffe brauchen. Es wäre ziemlich fatal - weil wir uns im Augenblick immer noch im Wettbewerb darüber befinden, ob der Produktionsstandort dort hinkommen wird -, wenn sich der

(Dr. Kai Dolgner)

Ausbau noch viel weiter verzögern würde. Daran hängen 800 direkte Arbeitsplätze in der Produktion und dann weiter auf 80 ha Hinterland Produktionsarbeitsplätze, die da angesiedelt werden sollen. Und die sind in Schleswig-Holstein im Binnenland wirklich nicht übermäßig stark vorhanden. Das heißt also, wir haben nicht nur ein **Transitproblem** indirekt über den Hamburger Hafen, sondern auch für die Wirtschaftsentwicklung in der Mitte Schleswig-Holsteins ist der Ausbau wichtig.

Grundsätzlich hat der Kanal auch eine **Akzeptanz** wie kaum ein anderes Verkehrsmittel. Ich komme aus der Region. Können Sie es sich vorstellen, dass es beispielsweise an der A 7 eine Romantikaufahrt geben könnte. Können Sie sich eine Güterzugbegleitanlage dort vorstellen?

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich!)

Oder können Sie sich vorstellen, dass die Häuser in der Nähe eines Flughafens den doppelten Preis haben als ein bisschen weiter weg vom Flughafen? - Das glaube ich nicht. Dieses Verkehrsmittel Schiff hat eine sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

Ja, es gibt - zum Beispiel auch in Quarnbek - Einzelne, die da Bedenken haben. Das konnten wir heute wieder in den „Kieler Nachrichten“ lesen. Diese Bedenken müssen ernst genommen werden. Das **Planfeststellungsverfahren** ist noch nicht beendet. Insofern glaube ich, dass man nach wie vor auf einzelne Einwände eingehen und gucken muss, ob man da etwas verändern kann, auch wenn es nicht so einfach ist, Kurvenradien zu verschieben. Das ist völlig klar.

Es wurde schon gesagt, dass das aus drei Gründen der **ökologischste Transportweg** ist: Wenn man sich die CO₂-Bilanz anguckt, sind Containerschiffe das ökologische Transportmittel überhaupt - mit großem Abstand vor der Bahn und allen anderen Transportmitteln.

Es ist auch schon angedeutet worden, dass es natürlich die kürzeste Transportstrecke ist. Außerdem hat man ein erheblich geringeres Havarierisiko. Jeder, der sich ein bisschen in Jütland auskennt, weiß, dass es durchaus ungefährlicher ist, mit einem Schiff durch den Nord-Ostsee-Kanal zu fahren als um Skagen herumzuschippeln. Das Problem ist bloß: Wenn die **Frachtmengen** mit der anlaufenden Weltkonjunktur wieder anfangen anzusteigen, werden sie sich ihren Weg suchen. Wenn sie erst einmal in Skagen sind, kommen sie auch nicht wieder zurück. Allein deshalb haben wir keine Zeit.

Eins dürfen wir hier nicht tun, und das fände ich misslich für die Wirtschaftsentwicklung: Wir dürfen nicht anfangen, die **Elbvertiefung** und den **Kanalausbau** gegeneinander auszuspielen. Diese Debatte sollten wir ganz schnell wieder beenden. Die hat schon in verschiedenen Zeitungsforen angefangen. Ich glaube, sie ist für den Kanalausbau in keiner Weise hilfreich.

Die **Prioritätenverschiebung** - da komme ich wieder auf den Einfluss der Landesregierung und der jeweiligen Regierungsparteien - zugunsten der Weser ist schon merkwürdig. Am Anfang des Jahres hieß es noch, alles sei paletti und alles sei eingetütet, dann rückt auf einmal die Weser nach vorne.

Könnte es damit zusammenhängen, dass der zuständige Parlamentarische Staatssekretär aus Cuxhaven kommt?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein! - Weitere Zurufe)

Könnte es damit zusammenhängen? - Ich weiß es nicht. Ich habe eine Frage gestellt. Ich hätte mir jedenfalls gewünscht, dass die CDU Schleswig-Holstein einen ähnlichen Einfluss in Berlin hätte wie die CDU Niedersachsen, oder dass sie vielleicht einen anderen Parlamentarischen-Staatssekretär-Posten bekommen hätte. Aber, Herr Ministerpräsident, wir sind da ganz bei Ihnen: Sie haben eben richtigerweise gesagt, es hängt auch vom Einfluss der Landesregierung in Berlin ab. Machen Sie ihn geltend! Sorgen Sie dafür, dass wir 2014 wirklich anfangen können.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir bitte auf der Tribüne die Bürgervereinigung Wedel e.V. - Wir heißen Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Und begrüßen Sie die Vorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Marlene Löhr. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heinold sagte gerade eine Rede ohne Einstieg sei schlecht. Deswegen fange ich gleich mit einem ganz entscheidenden Satz an: Der Bau der neuen **Schleusenammer in Brunsbüttel** und der **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals** sind natürlich und selbstverständlich dringend erforderlich.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Christopher Vogt [FDP]: Guter Einstieg! - Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Investitionen in die Infrastruktur allgemein sind natürlich erforderlich. Nicht nur das Land Schleswig-Holstein ist dabei gefordert, sondern natürlich auch der Bund. Die Wichtigkeit des Ausbaus der Bundeswasserstraßen und ihrer Hinterlandanbindungen ist in Berlin verstanden worden - da verweise ich auf den Koalitionsvertrag. Deutschland ist eine **Exportnation**, und da müssen die **infrastrukturellen Bedingungen** den globalen Entwicklungen angepasst werden.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass eine wesentliche Aufgabe der Mobilitätspolitik die **Vereinbarkeit von Verkehr und Umwelt** ist. Wo immer es sinnvoll ist, muss die Verlagerung von Verkehren auf Schiene und Wasserstraße gefördert werden.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Dr. Michael von Abercron [CDU] und Ursula Sassen [CDU])

Auch wenn jetzt nicht alle aufmerksam zuhören, sage ich: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen ist durch eine zügige **Optimierung der seewärtigen Zufahrten** sicherzustellen. Die dazu notwendigen Fahrrinnenanpassungen müssen nun zügig realisiert werden. Da ist es selbstverständlich, dass die Elbvertiefung eine hohe Prioritätsstufe bekommt. Was man nicht vergessen darf, ist die Tatsache, dass knapp 50.000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein direkt oder indirekt vom Hamburger Hafen abhängen. Zudem steht der Hafen in einem engen und harten Wettbewerb zum Beispiel mit dem Hafen in Rotterdam.

Der Nord-Ostsee-Kanal als Wirtschaftsstandort und wichtige Verkehrsader würde leiden, wenn es mit der **Elbvertiefung** nicht vorangehen würde. Allerdings - da reflektiere ich auf den Hafen Hamburg und den Wettbewerb zu anderen Häfen - würde es dem **Hafenstandort Hamburg** schaden, wenn der **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals** und der **Schleusenbau** in Brunsbüttel auf die lange Bank geschoben

würden werden würde. Für den Handel mit Nordosteuropa ist Hamburg darauf angewiesen, dass Schiffe den Kanal ohne lange Wartezeiten an den Schleusen passieren können. Schon jetzt kommt es vor den Brunsbütteler Schleusen zu Wartezeiten, die den Zeitvorteil der Kanalpassage gegenüber dem Seeweg um Skagen zumindest teilweise aufheben. Die Gefahr ist groß, dass Reedereien zum eben erwähnten Hafen in Rotterdam abwandern und von dort die Route über Skagen gen Ostsee wählen.

Sie sehen: Die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens hängt direkt von der des Nord-Ostsee-Kanals ab. Daher ist es in der Tat fragwürdig, warum nun womöglich Ausbauprojekte wie die **Weservertiefung** Vorrang bekommen sollten. Der Schiffsverkehr auf dem Kanal hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, insbesondere das Ladungsaufkommen bedingt durch größere Schiffe. Natürlich ist es aufgrund der größer werdenden Schiffe notwendig, Kurven zu begradigen und den Kanal mit einem größeren Tiefgang auszustatten.

Wir haben es schon von dem Kollegen Arp gehört: Während für die Baumaßnahme an der Oststrecke des Kanals das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, ist der **Planfeststellungsbeschluss** für den Bau der **Schleusenammer** in Brunsbüttel seit dem 1. September 2010 rechtskräftig. Es ist in Brunsbüttel schon einiges an Vorbereitungen getroffen worden - Stichwort: Versorgungsdüker - der wurde gebaut. Es wird momentan mit den vorbereitenden Maßnahmen weitergemacht wie geplant, das war gestern der „Brunsbütteler Zeitung“ zu entnehmen. Im nächsten Jahr stehen dafür 10 Millionen € zur Verfügung. Insgesamt reden wir über eine Investitionssumme von weit über 200 Millionen €. Das ist wirklich eine riesige Investitionssumme am Standort Schleswig-Holstein.

Ein zügiger Schleusenneubau und Kanalausbau und ein klares Bekenntnis seitens des **Bundesverkehrsministeriums** dazu wären natürlich wünschenswert - auch um den betroffenen Städten und Gemeinden entlang des Kanals Planungssicherheit zu geben. Ganz klar ist: Der Ausbau des Kanals und der Schleusenausbau werden kommen. Das wurde auf Bundesebene nie in Abrede gestellt. Die Notwendigkeit ist erkannt.

Wir sollten weiterhin auf allen Ebenen darauf einwirken - da bitte ich auch die Grünen -, dass das Bauprojekt zügig durchgeführt wird. Ich freue mich, dass die Grünen zu dem Projekt stehen. Es ist in der Tat sehr selten, dass die Grünen für Infrastrukturmaßnahmen sind. In diesem Fall sind sie es.

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich weiß Sie auch noch an der Seite der Kanalbefürworter, wenn es irgendwo Proteste geben sollte, meinerwegen unter der Überschrift: „Kanal 20“.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 21!)

Dann weiß ich Sie immer noch an der Seite der Ausbaubefürworter.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Markus Matthießen [CDU])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Herr Abgeordneter Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! 1777 bis 1784 ist der Vorläuferkanal des Nord-Ostsee-Kanals gebaut worden, der damalige Schleswig-Holstein-Kanal,

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

ab 1848 **Eiderkanal** genannt - aus gutem Grunde. Zusammen mit der ersten **befestigten Straße** 1831/32 und der **Bahnlinie nach Altona** 1844 waren das die drei wichtigsten Infrastrukturprojekte, die das Wohl des Landes auch zukünftig bestimmen sollten. Diese drei Projekte haben die Entwicklung Schleswig-Holsteins nachhaltig beeinflusst. Ich wünschte mir, dass der damalige dänische Mut, der diese drei Projekte hat Wirklichkeit werden lassen, und dass der Geist dieses Mutes auf die Landesregierung überschwappt. Es gibt inzwischen nur noch Weniges, was an diese **dänische Zeit** erinnert, zum Beispiel hier in Kiel-Holtenau das Kanalpackhaus, Herr Kubicki. Das konnte nur deswegen bewahrt werden, weil die Untere Denkmalschutzbehörde entsprechend eingegriffen hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, nein, nein!)

Ich wünschte mir, dass Sie das auch bei Ihrer zukünftigen Planung zum Denkmalschutz berücksichtigen könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wir alle wissen, ist im Kaiserreich 1888 - dem Dreikaiserjahr - der Kanalbau begonnen worden. 1895 - vor nunmehr 115 Jahren - ist der **Kanalbau** beendet worden - damals ein Rüstungsprojekt. Wie

wir alle wissen, hat uns zum Glück der Kaiser verlassen, zum Glück ist der Kanal geblieben.

Kanäle sind - das ist ein Erfahrungswert -, wenn sie gebaut sind, meist schon wieder zu klein, weil sich die **technologische Entwicklung** schneller vollzieht als der Bau von Kanälen. Das war auch beim Schleswig-Holstein-Kanal und beim Nord-Ostsee-Kanal so. Deswegen ist es an der Zeit, den neuen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Die **Geschichte des Kanals** zeigt aber auch - so unsere Einschätzung -: Die Eingriffe in die Natur, die mit so einem Bau natürlich verbunden sind, sind nötig, denn letztlich ist die **Ökobilanz** positiv. Es wird viel Zeit und viel Treibstoff gespart.

Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht: Der **Nord-Ostsee-Kanal** ist die meist befahrene Fahrrinne, künstliche Wasserstraße, der Welt - noch vor dem Panamakanal -, zumindest gemessen an den Bruttoregistertonnen, die durch diesen Kanal gehen. 97 % der weltweiten Güterverkehre laufen über das Wasser. Die Verbesserung der Situation auf dem Kanal ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, um den Transport möglichst umweltschonend zu gestalten. Der letzte Donnerstag war ein schwarzer Tag für Schleswig-Holstein. An diesem Tag hat der Staatssekretär Ferlemann - er wurde hier schon genannt - den Bundesverkehrswegeplan in Berlin vorgestellt.

Ein schwarzer Tag für Schleswig-Holstein. Warum? - Aus zwei Gründen. Zum einen wegen der realitätsfernen volkswirtschaftlichen **Berechnung von Kosten** und Nutzen bei der **festen Fehmarnbelt-Querung** und zum anderen wegen der Priorisierung beim **Ausbau der Schifffahrtstraßen** zulasten des Nord-Ostsee-Kanals. Der Ausbau von Elbe und Weser soll dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals vorgezogen werden - aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen völlig verfehlt, völlig verantwortungslos. Passend nur, dass dieser Staatssekretär Ferlemann auf Veranstaltungen immer wieder ausgiebig gegen Umweltschützer und Naturfreunde Position bezieht.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Planungen zum **Ausbau des Kanals** verzögern. Die Planungen zum Ausbau des Kanals begannen schon 2003. Im Jahr 2005 gingen Planungen davon aus, dass wir 2009 endlich zum Ausbau kämen. Auch die Große Koalition unter Beteiligung der SPD hat es hier im Land nicht geschafft, in Berlin genügend für den Ausbau des Kanals zu werben. Dies setzt sich nun leider fort.

(Ulrich Schippels)

Noch im Oktober dieses Jahres veröffentlichte der Bund ein Papier, das den **Baubeginn Ende 2010** anpeilte. Nun ist dies alles Makulatur. Auch der sogenannte Brandbrief des Ministerpräsidenten wird daran wohl nichts mehr ändern. Mich würde einmal interessieren, ob es darauf schon eine Antwort gibt.

Übrigens wurden schon Häuser für den Kanalausbau im östlichen Teil abgerissen. Seltene Tiere - Herr Arp und Frau Heinold, Sie haben vorhin über die Kreuzotter geredet - werden schon umgesetzt. Alles umsonst, nein, nicht umsonst, denn das alles kostet richtig Geld. Das ist wirklich ein Schildbürgerstreich, den uns Berlin hier vorführt, dass der Kanalausbau nicht weiter gefördert wird.

(Beifall bei der LINKEN – Unruhe)

Nach dem notwendigen Ausbau könnte der Kanal noch erfolgreicher sein. Nach der **Verbreiterung** auf durchgehend 70 m wäre der Kanal für Schiffe von bis zu 280 m Länge passierbar. Bisher ist bei 235 m Länge Schluss. Auch Staus und damit langen Wartezeiten wäre durch den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals ein Ende gesetzt. **Verkehrsvermeidung** ist ein Grundpfeiler der linken Energie- und Verkehrspolitik. Dazu gehört auch die **Abkürzung von Fahrstrecken**. Deshalb brauchen wir den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals.

(Beifall bei der LINKEN – Unruhe)

Letzter Donnerstag - ich habe es gesagt - war ein schwarzer Tag für Schleswig-Holstein. Schuld ist die Bundesregierung in Berlin, aber auch Sie von der Landesregierung sind nicht unbeteiligt. Machen Sie endlich Druck, machen Sie Druck in Berlin! DIE LINKE wird sich weiter konsequent für den **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals** einsetzen und für eine sinnvolle **Verkehrsplanung** auf Bundes- und Landesebene streiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines gleich vorausgeschickt: Natürlich ist die Verzögerung beim Nord-Ostsee-Kanal nicht akzeptabel. Wir haben schon einen langen **Planungsvorlauf** gehabt. Der Prozess wird jetzt wahrscheinlich um zehn weitere Jahre verlängert. Wir werden frühestens 2020 mit der ganzen Maßnahme fertig

sein, möglicherweise sogar noch später, je nachdem, wie sich die Politik auf Bundesebene entwickelt und welche Projekte da sonst noch auftauchen, die den Nord-Ostsee-Kanal weiter nach hinten werfen.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht, dass wir uns hinstellen und bestimmte Projekte gegeneinander ausspielen. Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist. Über die **Elbvertiefung** kann man sich streiten. Ich glaube aber auch, dass wir als Schleswig-Holsteiner ganz bestimmte Interessen haben. Die haben etwas mit Natur- und Umweltschutz zu tun, die haben etwas mit Ausgleichsmaßnahmen zu tun, die haben etwas damit zu tun, dass die **Häfen in Schleswig-Holstein**, die an der Elbe liegen, nicht versanden, dass sie weiter nutzbar sind, dass wir ein Konzept entwickeln, wie wir unsere Häfen nutzen können. Diese Fragestellung ist wesentlich wichtiger.

Wenn wir schon darüber reden, müssen wir ehrlicherweise auch über den **JadeWester-Port** reden, dann müssen wir darüber reden, dass wir in Norddeutschland mindestens so gut aufgestellt sein müssen, wie man es in den Niederlanden mit dem Hafen Rotterdam ist. Das ist die Konkurrenz, die sich uns stellt. Da können auch wir uns als Schleswig-Holsteiner nicht gegen den Jade Weser Port stellen. Dieser Hafen wird auch Arbeitsplätze für Schleswig-Holsteiner schaffen, und von ihm werden auch schleswig-holsteinische Unternehmen profitieren.

Meine Damen und Herren, es rächt sich jetzt, dass wir bei der **Hafenwirtschaft** keine **institutionalisierte Zusammenarbeit** haben. Ich möchte daran erinnern, dass der SSW in der letzten Wahlperiode einen entsprechenden Antrag gestellt und gefordert hat: Wir müssen das Ganze als Ganzes betrachten, und wir müssen uns gemeinsam für unsere Projekte einsetzen. Wenn wir Norddeutschen es nicht hinbekommen, gegenüber den Süddeutschen als einheitliche Größe aufzutreten, dann fallen wir hinten runter. Deshalb bedarf es einer institutionalisierten Zusammenarbeit.

Dies ist damals von der schwarz-roten Mehrheit, aber auch von anderen in diesem Hause abgelehnt worden. Ich glaube, das war falsch. Es rächt sich jetzt, dass wir nicht so stark sind mit unserer Stimme wie andere, die eine institutionalisierte Zusammenarbeit längst haben. Wir müssen gemeinsam für den **Hafen- und Wasserstraßenbau** streiten. Wir müssen eine gemeinsame Betriebsführung und Vermarktung haben, und wir müssen uns gemeinsam für die entsprechenden **Hinterlandanbindungen** aussprechen - nicht nur, wenn es um Straßen

(Lars Harms)

oder Schienen geht, sondern auch, wenn es um den Nord-Ostsee-Kanal geht, der letztendlich keine andere Funktion hat, als eine Verbindung zu unseren Häfen zu sein.

Da liegt der Hase im Pfeffer, dass wir das nicht geschafft haben. Da war bei uns alles Fehlanzeige. Darin sehe ich auch das Versagen der Landesregierung, dass man hier nicht den Mut gehabt hat, den ersten Schritt zu tun, mit den anderen Regierungen ins Gespräch zu kommen. Das führt dazu, dass Süddeutschland besser aufgestellt ist, vor allem dann, wenn der Bundesverkehrsminister jemand ist, der aus Bayern kommt. Da muss man besonders hellhörig sein und besonders gut zusammenarbeiten.

Wir haben außerdem auf das falsche Pferd gesetzt. Die **Fehmarnbelt-Querung** kostet uns nicht nur 800 Millionen bis 900 Millionen € für die Hinterlandanbindung, sondern mindestens 1,7 Milliarden €, wenn nicht sogar mehr. Dass man sich dann in Berlin hinsetzt und ausrechnet, welche Projekte wegfallen könnten, und natürlich auf die Region kommt, die aus Sicht der Berliner davon profitiert, dass sie 1,7 Milliarden € kriegt, ist doch logisch. Es wäre doch kindisch, wenn man denken würde, dass da keiner versucht, an das Geld heranzugehen.

Wir haben in der letzten Landtagstagung darüber gesprochen, dass uns einige Straßenverbindungen abhandenkommen, dass Finanzierungen hinausgeschoben werden, unter anderem für die A 20, aber auch die Finanzierung von Bundesstraßen schwieriger wird. Wir reden jetzt über Wasserstraßen und die **wichtigste Wasserstraße im nordeuropäischen Raum**, nämlich den Nord-Ostsee-Kanal. In der nächsten Tagung reden wir möglicherweise über Schienenverbindungen, die wir nicht mehr hibekommen.

Das alles ist auch darin begründet, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf das falsche Pferd gesetzt haben, und die Fehmarnbelt-Querung ist dieses Pferd.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Sie führt dazu, dass wir bestimmte Projekte nicht mehr durchsetzen können. Wenn Sie sich einmal angucken: Bis 2015 soll der **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals**, ein wirklich wichtiges Infrastrukturprojekt, 446 Millionen € kosten. 1,7 Milliarden € fehlen in der Kasse wegen dieser Entscheidung, weil die 1,7 Milliarden € ja noch nicht finanziert sind. Da kann man sich an fünf Fingern abzählen, dass der Nord-Ostsee-Kanal nicht das letzte Projekt ist, das fallen wird, es werden noch viel mehr Pro-

jekte fallen. Das sollte bei uns dazu führen, dass wir versuchen, gemeinsam mit den anderen norddeutschen Bundesländern eine Front gegen diese Kürzungen aufzumachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Desaster hat drei Gründe: Die Landesregierung arbeitet immer noch nicht mit anderen Landesregierungen zusammen. Die Landesregierung hat auf das falsche Pferd gesetzt, und die Landesregierung hat auch kein Verhandlungsgeschick. Der Bayer Ramsauer verkündet, und dann war es das. - Gegenwehr aus der Landesregierung gleich null.

Das kann es nicht sein. Die Landesregierung bekommt schon wieder nichts gebacken, und leider müssen unsere Betriebe und die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner darunter leiden. Dieses Leiden muss ein Ende haben. Je schneller wir wählen, desto besser, und dann kommt hoffentlich eine ordentliche Landesregierung.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich nun Herrn Abgeordneten Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um Herrn Arp auf die Höhe der Zeit zu setzen: Der **Planfeststellungsbeschluss** für den Nord-Ostsee-Kanal, den Bau der Schleuse liegt mit Datum vom 27. Mai 2010 vor. Es ist schon gesagt worden: Mit dem Ausbau ist im Grunde schon begonnen worden, Gebäude sind abgerissen und Bäume gefällt worden. Also kann sich kein Grüner mehr daran anketten, und - für Ihre schwarzen Jägerfreunde - kein Wildschwein kann sich mehr daran scheuern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Wir müssen einmal ganz genau hingucken, worum es geht. Es geht darum, dass wir im **Bundesverkehrswegeplan** beim **Wasserstraßenausbau** bis 2015 insgesamt 7,5 Milliarden € haben, für den Kanal eine gute Viertelmillion €, dann noch einmal 130 Millionen € für den Ostausbau, in den Ausbau des Kanals fließt nur ein Bruchteil der Mittel nach dem Bundesverkehrswegeplan für Wasserstraßen.

Wir haben überhaupt keine Priorisierung in der Bundespolitik. Es gibt keine Priorisierung in der Frage, welches Projekt vornan steht und welches

(Bernd Voß)

vornan umgesetzt werden muss. Wir merken ja, wie die Wunschliste abgearbeitet wird. Sie waren in der letzten Woche ein bisschen irritiert. Sie haben gesagt, die Elbe sei auch ganz wichtig. Wir Grüne haben in der letzten Woche ein Gutachten bekommen. Wir haben eine Priorisierung bei den **Bundeswasserstraßen** machen lassen, aus dem klar hervorgeht: Bundesweit hat der Nord-Ostsee-Kanal absolute Priorität. Ich denke, man hätte sich hier schon lange entsprechend aufstellen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist mehrfach gesagt worden: Es gibt einen massiven Druck durch die Reeder, die sich immer mehr darauf einstellen, mit größeren **Containerschiffen** - bis 8.000 TEU - nach Danzig zu fahren. Das hat entsprechende Auswirkungen auf den Hamburger Hafen und auf die wirtschaftliche Entwicklung hier im Raum.

Um es noch einmal deutlich zu machen, in welchem Zustand der Nord-Ostsee-Kanal beziehungsweise seine Schleusen sind: Heute wurde oft die Kaiserzeit zitiert. Ja, die Schleusen stammen aus dieser Zeit. Im Jahr 2009 war immerhin 82 % des Jahres - etwa 700 Stunden - nur eine der beiden Schleusen einsatzfähig. Im Jahr 2010 hatten wir bereits die Situation, dass die zweite Schleuse über 2.000 Stunden 30 % der Zeit lang nicht einsatzfähig war. Das hatte Auswirkungen auf die **Wartezeiten der Schiffe**. Es hatte auch die Auswirkung, dass der Nord-Ostsee-Kanal von einigen nicht mehr benutzt wurde.

Wir müssen uns diese Zahlen vor Augen halten, um zu sehen, um welches entscheidende **Großprojekt** es hier für uns und für die Ostseeregion, geht. Die **Umweltargumente** wurden schon mehrfach genannt. Wir haben heute keine Haushaltsdebatte. Nichtsdestotrotz denke ich, dass das, was in der letzten Woche entschieden worden ist, wieder deutlich macht, wo man endet, wenn man wie zu Weihnachten meint, man könne eine beliebige Wunschliste vorlegen, ohne zu sagen, was man vornan braucht und was vornan wirklich entscheidend für die Region ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir keine Priorisierung machen, dann endet das darin, dass wir den Nord-Ostsee-Kanal irgendwann als Binnengewässer haben. Ich denke, da sollten wir nicht hinkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund von Irritationen noch einmal der Hinweis: Sie brauchen sich nicht für einen Dreiminutenbeitrag zu melden, weil Sie in der Aktuellen Stunde fünf Minuten Redezeit haben. Einzelne Redner können auch zweifach oder mehrfach fünf Minuten sprechen. In diesem Sinne gebe ich nun Herrn Abgeordneten Thoro das Wort.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass die Aktuelle Stunde heute gerade von den Grünen beantragt wurde, ist schon ein wenig putzig. Wer sich in Hamburg nicht gegen den Ausbau der Elbe einsetzt, der sollte hier den Mund nicht zu voll nehmen. Der geplante ökonomisch und ökologisch widersinnige **Ausbau der Elbe** verhindert nun den ökologisch und ökonomisch sinnvollen **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals**.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch auf CDU, FDP und SPD trifft dieses Argument zu. Wer wie Herr Arp den Ausbau der Elbe für sinnvoll hält, der darf sich nicht wundern, dass kein Geld mehr für Schleswig-Holstein und den Nord-Ostsee-Kanal vorhanden ist. DIE LINKE hat auf ihrer maritimen Konferenz in Wismar am vergangenen Wochenende sinnvolle Alternativen präsentiert. DIE LINKE fordert ein **bundesweites Hafenkonzept**. Der Ausbau der Elbe ist ein Beispiel dafür, wie Konkurrenz zwischen Häfen Mensch und Natur Nachteile bringt.

Ich bin allerdings noch optimistisch, dass der Ausbau der Elbe nicht wie geplant realisiert wird. Der Ausbau der Elbe verstößt gegen **FFH-Richtlinien** der EU. Im Planfeststellungsverfahren wurden **Alternativen zur Elbvertiefung** nur ungenügend geprüft. Weder ein Ausbau des Cuxhavener Hafens noch der in Wilhelmshaven geplante JadeWeserPort spielten im Planfeststellungsverfahren eine Rolle. Zudem ist ein Bedarf in Hamburg nicht gegeben. Schon bei der heutigen Wassertiefe der Elbe sind nur zwei Prozent der Schiffe beim Passieren auf Hochwasser angewiesen, und dies kommt bekanntlich alle zwölf Stunden zurück. So viel Zeit muss bei diesen wenigen Schiffen schon sein, wenn es um den Erhalt eines der wertvollsten **Ökosysteme** der Erde geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch für das **Weltnaturerbe Wattenmeer** wären die Auswirkungen einer Elbvertiefung fatal. Schon

(Björn Thoroë)

heute muss die Elbe ständig ausgebaggert werden, weil sie mit der Zeit verschlammt. Der Aushub landet im Wattenmeer und führt dort zu einer Störung des einmaligen Ökosystems. Auswirkungen hat der Aushub aus der Elbe übrigens auch auf Friedrichskoog. Dort fürchtet man nun, dass der Hafen endgültig nicht mehr zu retten ist, wenn die Elbe noch weiter ausgebaggert wird. Ich bin aber sehr optimistisch, dass Gerichte der Argumentation von Linken und Umweltverbänden folgen und der Elbvertiefung einen Riegel verschieben werden.

2012 wird in Wilhelmshaven ein **Tiefwasserhafen** in Betrieb genommen, der eine Milliarde € an Investitionen verschlungen hat. Wilhelmshaven ist die **Alternative zur Elbvertiefung**. Hier sollten Verladungen von den großen Frachtschiffen auf Feederschiffe stattfinden. Viele dieser **Feederschiffe** könnten dann durch den ausgebauten Nord-Ostsee-Kanal fahren. In Hamburg findet bei einer sinnvollen Planung dann nur noch die Verladung auf Landverkehre statt. Auch dies ist übrigens angesichts des wachsenden Welthandels ein Markt, der den Hamburger Hafen ausfüllen wird. Wenn die Bundesregierung ein abgestimmtes Hafenkonzert vorlegen würde, gäbe es beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals überhaupt keine Probleme. Die 500 Millionen € für die Elbvertiefung würden für die Verbreiterung der Oststrecke des Kanals mehr als ausreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch das fünfte **Schleusentor in Brunshüttel** und die Instandsetzung der Levensauer Hochbrücke könnten von den 500 Millionen € für die widersinnige Elbvertiefung finanziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP, CDU, SPD und vor allem von den Grünen, wirken Sie auf ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde auf Bundesebene und in Hamburg ein. Sorgen Sie mit dafür, dass das einzigartige **Ökosystem Elbe** erhalten bleibt. Sorgen Sie mit dafür, dass im strukturschwachen Wilhelmshaven Arbeitsplätze entstehen. Entscheiden Sie sich für ein abgestimmtes, ökonomisch und ökologisch vertretbares Verkehrskonzept auf dem Wasser. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals wäre dann gar kein Problem mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten sehe ich im Moment nicht. Ich erteile dem Minister für

Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass der bisherige Verlauf der Debatte gezeigt hat, dass wir uns hinsichtlich der Einschätzung der Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals nicht gegenseitig katholisch machen müssen, sondern dass wir - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - alle zusammen der Auffassung sind, dass der Nord-Ostsee-Kanal keine Nebensächlichkeit, sondern ein wirtschaftlicher Lebensnerv für Schleswig-Holstein ist, und zwar allein schon aus regionalwirtschaftlichen Gründen.

An dieser Wasserstraße hängen 3.500 Arbeitsplätze. Neben den übergeordneten Umweltaspekten, die auch die Landesregierung teilt, haben wir ein Interesse daran, dass die Leistungs- und **Wettbewerbsfähigkeit dieser Wasserstraße** erhalten bleibt. Auch aus diesem Grund waren wir dafür, dass der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals in der Tat zügiger hätte in Angriff genommen werden müssen, als es jetzt der Fall ist. Die Verschiebung um zwei Jahre bedauert die Landesregierung auch deshalb, weil es zu einem Zeitpunkt, an dem die **Schiffsverkehre** aufgrund einer **Erholung der weltwirtschaftlichen Lage** erfreulich wieder ansteigen, mit Sicherheit sinnvoll gewesen wäre, tatsächlich zügig an den Ausbau und damit an die Erhöhung der Leistungsfähigkeit heranzugehen.

Bei aller Einigkeit in dieser Frage darf ich aber darauf hinweisen, dass wir uns in der Bewertung der Frage unterscheiden, in welchem Zusammenhang die Entscheidung über diese Maßnahme zu sehen ist. Ich bin der Auffassung, dass es schwierig ist, die Bundesregierung dafür zu kritisieren, dass sie sagt, dass die seewärtige Anbindung der großen Häfen sehr schnell geschehen muss. Ich sehe mich nicht in der Lage, das zu kritisieren, denn ich halte es für richtig, Hamburg weiter wettbewerbsfähig zu halten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich halte es für richtig, den JadeWeserPort auszubauen,

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

weil ich es für richtig halte, dass wir die große **haftungsgestützte Verkehrsinfrastruktur**, die wir in Deutschland haben, auf alle Fälle leistungsfähig

(Minister Jost de Jager)

halten. Insofern ist mein Kritikpunkt nicht, dass ich sage, ich hätte es besser gefunden, die Elbe nicht zu vertiefen und dafür den Nord-Ostsee-Kanal auszubauen. Mein Kritikpunkt ist, dass ich es für richtig gehalten hätte, aus der Elbvertiefung und aus dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals ein Paket zu schnüren, weil beides in der Tat zusammengehört.

(Beifall bei CDU und FDP)

30 % des Umsatzes im Hamburger Hafen sind für den Osten Europas und die **Ostseeregion** gedacht. Insofern zeigt es sich, dass es auch für die **Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens** und für die Frage, wie diese Feederwege stattfinden, sehr wohl darum geht, wie leistungsfähig die Lebensader Nord-Ostsee-Kanal tatsächlich ist. Deshalb sehe ich den Zusammenhang mit der Stärkung der Attraktivität des Hamburger Hafens und damit auch der Elbvertiefung. Dass dieser Zusammenhang jetzt aufgelöst ist, ist in der Tat das, was wir auch gegenüber der Bundesregierung kritisieren. Es ist gesagt worden: Der Ministerpräsident hat in einem Brief sehr eindeutig dazu Stellung genommen.

Wir erwarten, dass die Verschiebung nicht mehr als zwei Jahre umfassen wird. Wir erwarten außerdem, dass die Bundesregierung in der Zwischenzeit nicht tatenlos ist, sondern dass an den Planfeststellungen beispielsweise zur dritten großen Schleuse in Brunsbüttel weitergearbeitet wird.

Insofern bedauern wir die Entscheidung. Wir glauben, dass die **Wettbewerbsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals** nicht dramatisch untergraben wird, wenn es zu einem Zeitverzug von nicht mehr als zwei Jahren kommt. Wir dürfen den Nord-Ostsee-Kanal nicht schlechterreden als er ist. Seine Sperrung steht nicht unmittelbar bevor. Vielmehr geht es darum, dass die Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals bedauerlicherweise um zwei Jahre nach hinten verschoben wurde. Im Gesamtzusammenhang gesehen ist dies gleichwohl eine Politik der Bundesregierung für die Seeverkehr.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort erteile ich nun Herrn Abgeordneten Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, mit dieser Antwort war zu rechnen. Herr Tietze hat eine klare **Prioritätensetzung**

vorgenommen. Wir sagen, dass der Nord-Ostsee-Kanal Vorrang hat. Gleichzeitig sind wir dagegen, in einem norddeutschen Hafenkonzept Hamburg für die Giganten des Containerverkehrs auszurüsten. Beim Feederverkehr ist das etwas anderes. Wir haben einen Tiefseehafen in Deutschland. Hamburg wird dieser aber nicht sein, sondern Hamburg wird nur als Feederverkehrshafen eine Zukunft haben können.

Daher sagen wir: Was für die D-Mark galt, gilt auch für den Euro. Man kann ihn nicht zweimal, sondern nur einmal ausgeben. Deshalb ist es unseriös, einerseits eine **klare Prioritätensetzung** zu fordern und andererseits alles zu fordern, wie Sie es gerade getan haben. Es ist ziemlich billig, wenn man als Minister sagt, alles hänge mit allem zusammen, und man wolle alles haben, was wünschenswert ist. Das geht aber nicht, denn wir haben klare finanzpolitische Grenzen. Durch gigantische Projekte wie beispielsweise die Fehmarnbelt-Querung entstehen Finanzlöcher, die uns große Probleme bereiten. Mit dieser Antwort sind wir sehr unzufrieden, Herr Minister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Matthiessen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Thoroe?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Redner haben deutlich gemacht, wie wichtig die norddeutsche Zusammenarbeit in diesem Bereich ist. Diese Auffassung teilen wir alle. Dabei verweise ich nochmals auf den Antrag, den der SSW in der vergangenen Wahlperiode hierzu gestellt hat. Jeder möge einmal darüber nachdenken, wie er oder sie darüber abgestimmt hat.

Was mich allerdings nach vorne gerufen hat, ist die Aussage, die der Herr Minister gemacht hat. Er hat nämlich gesagt, im Zusammenhang mit der **Elbvertiefung** und dem **Nord-Ostsee-Kanal** hätten wir ein Paket schnüren sollen. Ich frage mich aller-

(Lars Harms)

dings: Was haben Sie getan? Welche Initiativen haben Sie ergriffen, Herr Minister? Wie haben Sie mit den Hamburgern und möglicherweise auch mit den Niedersachsen zusammengearbeitet, dass ein solches Paket zustande kommt? Welche Lobbyarbeit haben Sie für Norddeutschland gemacht, damit für beide großen Projekte ein Paket geschnürt wird, damit eine große Summe hierfür bereitgestellt wird und damit beide Projekte zeitnah umgesetzt werden?

Dabei will ich mich weder für noch gegen irgendein Projekt aussprechen. Wenn aber ein Minister sagt, wir hätten ein Paket schnüren müssen, dann erwarte ich, dass er das nicht nur im Nachhinein sagt, sondern dass er auch im Vorfeld daran denkt und entsprechende Initiativen ergreift. Herr Minister, sagen Sie uns doch einmal, welche Initiativen Sie ergriffen haben! Sagen Sie uns, wie die Hamburger auf Ihre Initiativen reagiert haben! Sagen Sie uns das, damit wir beim nächsten mal besser vorbereitet sind.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Lieber Kollege Lars Harms, damit keine Legendenbildung entsteht, möchte ich Sie bitten, zu überlegen, was in den vergangenen Jahren in diesem Hause zu diesem Thema gesagt worden ist. Es war insbesondere das bürgerliche Lager, das für den **Elbausbau** und die **Fahrrinnenanpassung** eingetreten ist. Außerdem haben wir uns für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals eingesetzt.

In beiden Fällen haben wir ganz klar eine Priorität gesetzt. Wir haben aber nie von einem Entweder-oder gesprochen. Wir haben immer von einem Sowohl-als-auch gesprochen, weil das eine mit dem anderen zusammenhängt.

Der Minister hat deutlich gesagt, dass man das nicht voneinander trennen könne. Das habe ich vorhin in meiner Rede auch gesagt. Der Hamburger Hafen hat nur dann eine Chance, die **Feederverkehr** loszuwerden, wenn der Nord-Ostsee-Kanal ausgebaut wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass nicht weit von hier entfernt die Wasser- und Schifffahrsdirektion ihren Sitz hat, die gerade im Hinblick auf diese Prioritätensetzung eine hervorragende Arbeit leistet. Ich glaube, den Vorwurf

kann man nicht den Schleswig-Holsteinern machen, sondern das ist eine Sichtweise aus Berlin, wonach die Weser, die ich gar nicht in Schutz nehmen oder verteidigen möchte, genauso wie die Elbe zu behandeln sei. Zwischen **Weser und Elbe** gibt es aber einen großen Unterschied. Das kann man wahrscheinlich nur deshalb sagen, weil man von der Spree aus einen anderen Blick auf diese großen Wasserstraßen hat.

Es gibt aber überhaupt keinen Unterschied. Das eine hängt mit dem anderen direkt zusammen. Man kann das eine nicht von dem anderen trennen.

Herr Voß, Sie haben recht, dass für die **Kanalschleusen** Baurecht besteht. Dafür brauchen wir Geld. Für den Ostteil gibt es aber bisher kein Baurecht. Wir können nur hoffen, dass für einen Teil der Weser kein Baurecht erteilt wird. Wenn es aber dennoch so kommen sollte, dann werden wir uns mit unserem Einfluss, der größer ist als der Einfluss des SSW, der an der Landesgrenze von Schleswig-Holstein endet, dafür einsetzen, dass diese zweijährige Sperre verkürzt wird.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

(Zuruf von der SPD: Du musst Ja sagen!)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

- Ja, bitte. Gern, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das war ein hilfreicher Hinweis, Herr Arp.

Lars Harms [SSW]: Er stand dort genauso teilnahmslos, wie die Landesregierung bei Verhandlungen steht.

Lieber Kollege Arp, teilen Sie meine Auffassung, dass es nicht in Ordnung ist, hinterher etwas zu monieren und zu sagen, dass es doch schön gewesen wäre, wenn man sich ein Paket hätte schnüren lassen, sondern dass es schlauer gewesen wäre, für dieses Paket gemeinsam mit den Hamburgern zu kämpfen?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Es stand nie die Frage eines Pakets im Raum. Beides ist prioritär zu behandeln. Es gab kein Entweder-oder. Beide standen auf der Prioritätenliste.

(Hans-Jörn Arp)

Deshalb stand die Frage eines Pakets auch nicht im Raum.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative Kinderrechte. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 17/995

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1027

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines der **vorrangigen gesellschaftspolitischen Ziele** ist es, sich um das **Wohl unserer Kinder** zu kümmern, ihre Rechte zu respektieren und Lebensbedingungen für sie zu schaffen, die ihnen die Chance geben, sich zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu entwickeln.

In der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein heißt es in Artikel 6 a:

„Kinder und Jugendliche stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung.“

Mit der über allem stehenden Formulierung im Grundgesetz, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und Kinder zweifelsfrei auch Träger von Rechten sind, kann man durchaus den Standpunkt vertreten, dass damit dem Schutzbedürfnis von Kindern und ihrem Anspruch auf kindgerechte Lebens-

bedingungen Rechnung getragen wird. Mit der Verabschiedung des **Kinderschutzgesetzes** haben wir einen großen Schritt in die weitere Verbesserung des Kinderschutzes getan. Viele Maßnahmen zur Förderung der frühkindlichen Bildung und Betreuung sind trotz katastrophaler Haushaltslage weiterhin Schwerpunkte der Landespolitik.

Wir sind der Auffassung, dass in der Landesverfassung festgeschriebene **Staatsziele** einen herausragenden Stellenwert haben und nicht durch eine Überfrachtung der Landesverfassung mit Staatszielen nach Beliebigkeit an Bedeutung verlieren dürfen. Nicht ohne Grund ist für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Der Textvorschlag der Volksinitiative wurde in der Anhörung vom 27. Mai 2010 vom Rechtswissenschaftler der Freien Universität Berlin, Professor Dr. Christian Pestalozza, als nichts empfehlenswert angesehen. Ich zitiere mit Erlaubnis:

„Der Text liegt im landesweiten Trend, fügt sich in den Rahmen sowohl des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes als auch der EU-Charta der Grundrechte und verfolgt ein wichtiges und nachvollziehbares Anliegen. Einige Schwächen lassen es dennoch nicht angeraten erscheinen, ihn gegen den geltenden Artikel 6 a einzutauschen.“

Meine Fraktion hat sich ebenso wie die FDP-Fraktion aus den genannten Gründen schwergetan, eine über den **Artikel 6 a LVerf** hinausgehende ergänzende Formulierung zu finden, die einerseits inhaltlich das Anliegen der Volksinitiative wiedergibt und andererseits verlässliche Aussagen beinhaltet, die Leitfaden und Verpflichtung zugleich für gesellschaftspolitisches Handeln auf allen Ebenen werden sollen. Wohlklingende Aussagen und Forderungen, die rechtlich keinen Bestand haben oder nicht erfüllbar sind, gehören nicht in eine Landesverfassung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier möchte ich auch mit Unverständnis das Verhalten der **LINKEN** kritisieren. Wer einem mit der Volksinitiative abgestimmten Kompromiss, den alle anderen Fraktionen mittragen, einen eigenen **Gesetzentwurf** entgegengesetzt, hat keine Ahnung von Demokratie und schadet der Volksinitiative.

(Beifall bei CDU und FDP)

Maßlose Forderungen, insbesondere im sozialen Bereich, ohne Rücksicht auf Umsetzbarkeit und Finanzierung sind Ihr Parteiprogramm.

(Ursula Sassen)

Die **Initiatoren des Volksbegehrens** haben mit großem persönlichen Engagement und Überzeugungskraft nicht nur mehr als 30.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern für Kinderrechte und gegen Kinderarmut gewinnen können, sondern auch mit ihren Vertrauenspersonen und Stellvertretern in vielen Einzelgesprächen den Austausch mit allen politischen Parteien gesucht und Bereitschaft signalisiert, an einer mehrheitsfähigen Formulierung mitzuwirken, die sowohl dem Anliegen der Volksinitiative gerecht wird als auch Aussicht auf eine Zweidrittelmehrheit des Landtages haben wird. Es war ein zähes Ringen!

Ich danke meiner Fraktion, die von der Ablehnung bis zur Mitgestaltung einer mehrheitsfähigen Formulierung den Weg mitgegangen ist. Dies gilt auch für den Koalitionspartner. Viele konstruktive, herantastende Gespräche waren erforderlich, um trotz unterschiedlicher politischer Standpunkte auf einen Nenner zu kommen, von dem ich glaube, dass er nicht der kleinste ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Daher gilt mein Dank auch den Kolleginnen und Kollegen der Parteien, die mit Geduld die lange Phase der Meinungsfindung akzeptiert und mit dazu beigetragen haben, dass wir heute einen gemeinsamen Gesetzentwurf einbringen können.

Mehr Respekt noch als Dank möchte ich den Vertreterinnen und Vertretern der Volksinitiative aussprechen. Sie haben sich ungeachtet persönlicher Befindlichkeiten und anfänglicher Enttäuschung über die Zwischensachstandsmeldungen nur für eine Partei eingesetzt und gewonnen. Heute ist Ihr Tag, ein Tag für Kinder!

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Vertreter der Volksinitiative, stellvertretend dafür Frau Becker, Herr Rosenkranz, Herr Lüding und Herr Bauer, seien Sie uns hier herzlich willkommen.

An diesem Samstag findet der Internationale Tag der Kinderrechte statt, denn am 20. November 1989 wurde die **UN-Kinderrechtskonvention** angenom-

men. Dieses Jahr hat die Bundesregierung die Vorbehaltserklärung zurückgenommen. Und wir hier in Schleswig-Holstein gehen noch einen Schritt weiter und nehmen die Kinderrechte in unsere Verfassung auf.

Dass wir diesen Schritt gehen können, ist dem unermüdlichen Engagement der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“, dem Kinderschutzbund, der Arbeiterwohlfahrt und dem Sozialverband Deutschland zu verdanken. Sie setzen sich seit 2008 für die Aufnahme der **Kinderrechte** in die **Verfassung** ein. Sie haben über 30.000 Unterschriften im Land gesammelt, um sich für Kinder in unserem Bundesland einzusetzen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Nun ändert man eine Landesverfassung nicht alle Tage. Bei dem einen und auch dem anderen war nicht sofort die Einsicht da, die Kinderrechte in unserer Landesverfassung zu verankern. Wir, die SPD-Fraktion, hätten vorbehaltlos dem Vorschlag der Volksinitiative zustimmen können. Aber uns war es wichtig, dass wir den Weg mit allen Parteien und gemeinsam mit der Volksinitiative gehen, um auch nach außen die Wichtigkeit dieses Anliegens zu dokumentieren. Dies ist uns auch fast gelungen. Nach monatelangem Verhandeln liegt nun ein **fraktionsübergreifender Vorschlag** vor, der auch mit der Volksinitiative abgestimmt wurde.

Damit verankern wir als Ziel für unser aller Handeln, dass Kinder das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung, auf Bildung, auf soziale Sicherheit und auf die Förderung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten haben. Diese Rechte werden Ihnen ab jetzt auch in der Verfassung unseres Landes garantiert.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Uns, der SPD-Fraktion, hätte viel daran gelegen, auch den **Schutz** der Kinder **vor Armut** als Staatsziel mit in die Landesverfassung aufzunehmen, weil ein Leben in Armut und damit der weitgehende Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe, schlechtere Bildungs- und Zukunftschancen leider der Lebenswirklichkeit vieler Kinder entspricht. Trotz intensiver Beratungen fehlte den Regierungsfractionen von CDU und FDP letztlich leider die Einsicht oder der Mut, dieses zu übernehmen und sich der Realität der Verhältnisse in diesem Land zu stellen. Gleichwohl tragen wir die Formulierung, die Ihnen heute vorliegt, mit, ohne jedoch das Ziel der Armutsbekämpfung damit aus den Augen zu verlieren, denn auch diese Kompromisslösung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Serpil Midyatli)

Einen großen Dank möchte ich von hier aus noch einmal der Volksinitiative sagen, die sich mit Geduld und Ausdauer an den Verhandlungen beteiligt hat.

Mit großem Interesse haben wir auch den Vorschlag der Regierungsfractionen aufgenommen, weiteres in **einzelgesetzlichen Regelungen** umzusetzen. Da nehmen wir Sie gern beim Wort, was Sie auch gleich bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen einlösen können. Denn hier gibt es den Vorschlag, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an wichtigen Entscheidungen in den Gemeinden, die ihre Belange betreffen, zu verwässern. Dies könnten Sie verhindern und gleich die Förderung von Kindern und Jugendlichen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten unterstützen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Die Verankerung der Rechte der Kinder in der Landesverfassung führt langfristig zu einem Wandel in der Gesetzgebung und in der Gesellschaft und damit zu einer konkreten Verbesserung der Lebenssituation von Kindern. Das ist unser Ziel. Wir wollen eine kinderfreundliche und kindgerechte Gesellschaft, in der kein Kind in Armut leben muss und gesellschaftliche Teilhabe selbstverständlich ist.

Ich freue mich, dass wir gemeinsam - vielleicht auch mit der LINKEN - dem nun einen Schritt nähergekommen sind. Vielen Dank für die gemeinsame Arbeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der vorliegenden Änderung der Verfassung halten wir unser Versprechen, uns für eine Stärkung der Kinderrechte einzusetzen. Einen ganz besonderen Dank möchte auch ich an dieser Stelle den **Initiatoren der Volksinitiative** aussprechen;

(Beifall bei FDP und CDU)

denn ohne Ihr Engagement, Ihre Gesprächs- und Kompromissbereitschaft wären wir nicht so schnell - aus meiner Sicht - zu dieser einvernehmlichen Lösung gekommen.

Lassen Sie mich aber zu Beginn sozusagen als kleinen Exkurs kurz auf das grundsätzliche Thema Kompromissbereitschaft eingehen, das hier schon mehrfach anklang. Mit Interesse habe ich die **Pressemittteilung der LINKEN** zur Einigung bei der Verfassungsänderung gelesen, in der sie die schwer gefundene Einigung als „seidenweiche Kompromissformel“ abkanzeln und herabwürdigen. Ich will ganz offen sein: Mich überrascht Ihre Haltung nicht im Geringsten. Ehrlicherweise habe ich das sogar erwartet. Ich will Ihnen aber auch sagen, warum ich ein Problem damit habe. Sie stellen es so dar, als sei der **politische Kompromiss** etwas Schlechtes, als ob man sich dafür schämen müsste, wenn man Kompromisse schließt. Mit genau dieser Haltung befeuern sie die Teile der veröffentlichten Meinung, die Sachen nur dann als Erfolg in den Nachrichten verkaufen, wenn sie ihre Maximalforderungen durchgesetzt haben. Aus meiner Sicht befördert genau das die Politikverdrossenheit.

Und ich sage Ihnen noch etwas ganz deutlich: Demokratie funktioniert so nicht. Der Kompromiss gehört zur Demokratie. Durch die Fähigkeit zur Kompromissfindung zeichnen wir uns aus. Das ist eine Stärke und keine Schwäche.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich möchte mich daher ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW bedanken - speziell bei der Kollegin Midyatli, der Kollegin Bohn, dem Kollegen Meyer, dem Kollegen Baasch und dem Kollegen Andresen -, dass wir in nicht immer einfachen Gesprächen zu einer Lösung gekommen sind, die alle mittragen können, und dass es trotz des hochemotionalen Themas möglich war, sachlich und konstruktiv miteinander zu sprechen. Der Dank gilt selbstverständlich auch der Union, hier insbesondere meiner Kollegin Ursula Sassen, die mit ihrem Einsatz dieses Ergebnis möglich gemacht hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Betonen möchte ich, dass wir uns im Grundsatz schnell einig waren. Schwierig war es natürlich, eine passgenaue Formulierung zu finden, die sowohl dem Vorschlag der Volksinitiative nahekam, aber auch unserem Anspruch an eine **verfassungsgemäße Zielbestimmung**. Es war uns wichtig, die Rechte der Kinder und deren Schutz so zu formulieren, dass sie langfristig Bestand haben und nicht nur, Zielbestimmungen zu formulieren, die derzeit opportun sind.

Gern haben wir die Initiative von zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen, die sich für

(Anita Klahn)

eine Weiterentwicklung des bestehenden Artikels 6 a LVerf eingesetzt haben. Auch war es uns wichtig, die Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen weiter herauszustellen.

Es geht nicht darum - auch das muss klar gesagt werden -, den Erziehungsauftrag zu verstaatlichen. Dies bleibt verbrieftes Elternrecht, welches wir aber auch mit dem Anspruch, der dahintersteht, einfordern. Es geht darum, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt zu rücken. Wie es schon in den Beratungen zur Verfassungsänderung in 2007 anklang, darf dies nicht als rein symbolischer Akt verstanden werden. Wie damals ist es als Arbeitsauftrag zu verstehen, bei allen Maßnahmen, die auf den verschiedenen politischen Ebenen getroffen werden, den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen.

Wir als Liberale sind überzeugt, dass eine Stärkung von Kinderrechten nicht allein durch eine Verfassungsänderung zu erzielen ist, sondern ebenso über **einzelgesetzliche Bestimmungen**. Deswegen verstehen wir die Verfassungsänderung auch als Arbeitsauftrag an uns, hier weiter zu optimieren. Daran werden wir arbeiten.

Frau Midyatli, haben Sie keine Sorge, was § 47 f **Gemeindeordnung** betrifft. Da stehe ich zu meinem Wort, und - wenn Sie das nachgelesen haben, werden Sie das feststellen - auch unser Minister Dr. Garg tut das.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

An dieser Stelle wiederhole ich meinen Dank an diejenigen, die sich konstruktiv am Prozess beteiligt haben.

Wir sprechen uns daher heute fraktionsübergreifend nicht nur für eine **Verfassungsänderung** aus, sondern tun dies auch im Einvernehmen mit der Volksinitiative. Genau das ist für mich ein ganz wichtiges Signal an Schleswig-Holstein, an die Menschen, die hier leben. Das ist ein Gewinn für die Kinder und Jugendlichen.

Mit der jetzigen Verfassungsänderung versuchen wir, den Fokus weiter zu schärfen. Es bleibt aber klar, dass jeder Einzelne gefordert ist. Politik kann Rahmenbedingungen schaffen, die Gesellschaft muss sie leben.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von mir vorab ein Dank an die Volksinitiative. Dazu wurde schon viel gesagt. Das ist der Punkt, an dem wir uns alle einig sind. Von Ihrer Seite steckt sehr viel Arbeit dahinter. Es ist wirklich sehr vorbildlich. Ohne Sie wäre das alles nicht zustande gekommen. Das muss hier nicht weiter ausgeführt werden.

Kinder sind nicht kleine Erwachsene, sondern eigenständige Individuen mit eigenen Rechten und Bedürfnissen. Diesem Grundsatz soll nun also in der Landesverfassung endlich Rechnung getragen werden. Das freut uns als Grüne sehr. Wir haben die Volksinitiative seit 2008 begleitet, Unterschriften gesammelt, Rechtsgutachten in Auftrag gegeben und gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt - ähnlich wie einige andere Fraktionen hier im Haus.

Für uns Grüne war und ist es oberste Maxime, dass die **Volksinitiative**, bestehend aus Kinderschutzbund, Sozialverband und Arbeiterwohlfahrt als Vertreterinnen und Vertreter von über 30.000 Menschen - auch das wurde von anderen schon gesagt -, mit dem Gesetzentwurf **einverstanden** ist.

Wir rechnen den Regierungsfractionen an, dass sie ihre anfängliche Blockadehaltung aufgegeben haben

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und nun explizit den **Begriff „Rechte“** in Punkt drei des Entwurfs aufgenommen haben. Dies ist ein gutes Zeichen. Als Fachpolitiker und Beteiligter ist mir sehr deutlich geworden, wie schwierig die Diskussion bei Ihnen, sehr geehrte Frau Sassen, sehr geehrte Frau Klahn, intern gewesen sein muss. Es freut mich, dass sich fraktionsübergreifend die Abgeordneten durchgesetzt haben, für die es um wesentlich mehr ging als juristische Winkelzüge.

Wenn ich ehrlich sein soll, hätte man mich vor ein paar Wochen gefragt, ob ich geglaubt hätte, dass wir hier mit einem breit getragenen Gesetzentwurf stehen würden, hätte ich vermutlich den Kopf geschüttelt.

(Rasmus Andresen)

(Werner Kalinka [CDU]: Es lohnt sich eben doch immer!)

- Herr Kalinka, nichtsdestotrotz ist der vorliegende Gesetzentwurf nicht mehr als ein **Kompromiss**. Wir bedauern ausdrücklich, dass es uns nicht gelungen ist, die **Armutsbekämpfung** stärker zu gewichten.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Das Ziel der Volksinitiative war nicht nur, Kinderrechte zu stärken, in der Landesverfassung stärker zu verankern, sondern auch den Schutz vor Kinderarmut stärker zu betonen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dies verrät allein der Titel der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“.

In dem nun vorliegenden Gesetzentwurf ist dies leider nur durch den zweiten Satz in Absatz 3 indirekt gelungen. Insofern haben wir als grüne Fraktion Sympathien für den Antrag der Linksfraktion. Allerdings müssen auch wir Ihr Verhalten kritisieren. Man kann nicht in internen Gesprächen auf der einen Seite Kompromissbereitschaft signalisieren, Frau Jansen, sich auf der anderen Seite aber keinen Meter bewegen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU] und vereinzelt bei der FDP).

Ich halte es auch für etwas anmaßend, dass Sie über der Volksinitiative stehen und scheinbar besser wissen, welches der richtige Weg ist.

Aus unserer Sicht ist der Kompromiss trotz aller Kritik eine **Verbesserung** zum **Status quo**. Wir sehen eine deutliche Verbesserung darin, dass sich Schleswig-Holstein in Zukunft auf Verfassungsrang zu den eigenständigen Rechten von Kindern bekennen wird. Ein fader Beigeschmack bleibt allerdings, nämlich dass wir heute im November in der „zweiten ersten Lesung“ darüber diskutieren, ob Artikel 6 a der Landesverfassung erweitert werden soll.

Vor über acht Monaten haben wir im Plenum zum ersten Mal über die Volksinitiative diskutiert. Das **parlamentarische Verfahren** war alles andere als vorbildlich. Einige Akteure müssen sich sicherlich die Frage gefallen lassen, ob das Verfahren nicht schneller, fairer und besser hätte verlaufen können.

Verfassungsänderungen können aber nicht der letzte, sondern müssen der erste Schritt zur Stärkung

von Kinderrechten und zur Problematisierung von Kinderarmut sein.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen morgen im Laufe des Tages dazu - ich habe das jetzt ein bisschen abgekürzt -, sowohl draußen als auch hier drinnen ausgiebig über **Sozialpolitik** zu diskutieren. Deswegen will ich es an dieser Stelle sein lassen. Es geht hier nicht nur um eine Verfassungsänderung, wenn man über Armutsbekämpfung und über Rechte spricht, sondern es gehört wesentlich mehr dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Kindern soziale Teilhabe zu ermöglichen. Wenn das durch diese Debatte angefangen werden kann, begrüßen wir das. Aber wie gesagt: Es darf nicht der letzte Schritt gewesen sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie zunächst mit mir auf unserer Tribüne Mitglieder der Vereinigung der Angehörigen der Landwirtschafts- und Umweltverwaltungen Schleswig-Holstein sowie Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Kaltenkirchen. - Seien Sie uns ganz herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Jetzt erteile ich als Nächstes für die Fraktion DIE LINKE der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei der **Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“** bedanken. Sie haben hier in Schleswig-Holstein sage und schreibe 34.000 Unterschriften gesammelt. Beachtlich. Das ist ein deutliches Zeichen der Bürgerinnen und Bürger. Der Kinderschutzbund, der Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt haben mit ihrer Initiative eine unverzichtbare Kampagne gestartet. Sie haben damit einen Anstoß von außen gegeben. Eigentlich wäre es die Aufgabe des Landtages gewesen, über Kinderrechte und Kinderarmut zu diskutieren und Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechte und Ansprüche von Kindern und Ju-

(Antje Jansen)

gendlichen, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt sind, in die Landesverfassung zu übernehmen - ohne einen Anstoß von außen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ hat immerhin erreicht, dass im Landtag inzwischen ein Gesetzentwurf vorliegt, der den Schutz von Kinderrechten als **Staatsziel** in die **Landesverfassung** schreibt. Frau Sassen und alle anderen, die uns kritisiert haben, dass wir diesen Entwurf nicht unterstützen: Wir begrüßen es natürlich, dass es hier einen solchen Entwurf gibt und dass wir darüber diskutieren.

(Werner Kalinka [CDU]: Dann stimmt man auch zu!)

- Wir diskutieren erst über den Gesetzentwurf, Herr Kalinka.

Lassen Sie mich begründen, warum wir ihn so nicht unterstützen. Wir wollen, dass ein Gesetz verabschiedet wird, das für die betroffenen Eltern und Kinder eine Veränderung in dem Sinne bewirkt, dass sie auf die Verfassung zurückgreifen können. Es soll sich also tatsächlich etwas bewegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sehen auch, dass dieser Gesetzentwurf einen zähen Prozess durchlaufen hat; wir haben ihn begleitet, und wir haben mitdiskutiert. Dabei hat sich die Vorlage in eine **Kompromissvorlage** verwandelt. Natürlich gehen auch wir Kompromisse ein. Ich sehe nicht, dass wir demokratiefeindlich sind oder kein Verständnis für Prozesse in der Demokratie haben, weil wir hier einen anderen Vorstoß machen und unsere Position einbringen. Mit einer solchen Einschätzung zerren Sie uns in eine Ecke, die unserer Begründung nicht gerecht wird.

Wir begrüßen es, dass grundsätzlich eine Einigung zustande gekommen ist - natürlich! Aber für uns ist der Kompromiss ein wenig weit gegangen. Anders formuliert: Uns geht das Ergebnis nicht weit genug.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist letztlich der Grund, warum wir einen Änderungsantrag eingebracht haben.

In allen Gesprächsrunden habe ich immer gesagt: Wir wollen eine ausdrückliche **Verpflichtung von Land, Kreisen und Gemeinden**, Kinder vor Armut und Ausbeutung zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, das ist der Punkt, an dem eine weitergehende Landesverfassungsänderung gescheitert ist. Sie wollen die Kreise und die Kommunen **finanziell nicht in die Verantwortung** nehmen. Nach Ihren Vorstellungen sollen sie nicht verpflichtet werden, Kinderarmut zu bekämpfen beziehungsweise zu minimieren. Unser Anliegen geht dahin, Kindern und Jugendlichen nachprüfbare, **einklagbare Rechtsansprüche** zu schaffen und den Staat in seinen Zielen festzulegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vorgesehene neue Formulierung in der Landesverfassung ist sicherlich besser als das, was wir bisher haben. Aber die 34.000 Menschen, die für diese Volksinitiative unterschrieben haben, wollten sicherlich auch, dass sich für Kinder und Jugendliche konkret etwas ändert; sie wollten einen einklagbaren Rechtsanspruch.

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf nicht sein, dass sich Land, Kreise und Kommunen, wenn es um den Schutz der Rechte von Kindern und Jugendlichen geht, beispielsweise vor Armut, jederzeit damit herausreden können, es sei bitter, aber so gern sie es auch täten, so fehle doch leider der finanzielle Spielraum. Dieses Argument kennen wir aus den Diskussionen in Kreisen und Kommunen.

Der Mangel, den wir in der Vorlage sehen, ist für Regierung und Verwaltung vielleicht gerade das Praktische: Sie haben es so geschickt angestellt, dass sie in Zukunft kaum anders handeln müssen, als sie es sonst auch getan hätten. Die Verfassungsänderung stellt damit zwar eine gewisse Verbesserung dar; aber angesichts der herrschenden Kinderarmut in unserem Bundesland stellt sich die Frage: Was passiert real und konkret im **Kampf gegen die Armut**?

Unsere Befürchtung bleibt: Trotz der vorgesehenen Änderung der Verfassung wird es Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungsmehrheit, angesichts chronisch knapper Kassen weiterhin nicht schwerfallen, Kindern und Jugendlichen genau die Rechte vorzuenthalten, die sie ihnen gerade in die Verfassung schreiben wollen. Wir dagegen meinen: Alle Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, brauchen gute Bildung, ordentliche Krankenversorgung und umfangreiche Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. In unseren Städten ist mittlerweile jedes dritte Kind von Armut betroffen. Deshalb brauchen wir endlich eine solide rechtsstaatliche Grundlage, mit der die Betreuung gerade

(Antje Jansen)

armer Kinder von klein auf zu einer Selbstverständlichkeit wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Einen Satz noch. - Wir müssen unseren Rückstand aufholen und die **UN-Kinderrechtskonvention** endlich **erfüllen**. Auch deshalb ist die von der Volksinitiative angestrebte Änderung unserer Landesverfassung längst überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich werden wir diesen Prozess weiter begleiten. Wir werden hier auch Einzelanträge einbringen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Wir werden uns hier nicht entziehen und argumentieren: „Unsere Maximalforderung hat sich nicht durchgesetzt“, sondern wir werden mitdiskutieren, auch mit der Volksinitiative gemeinsam.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir, der SSW, haben wiederholt deutlich gemacht, wie skeptisch wir der Aufnahme immer neuer **Staatszielbestimmungen** in die Landesverfassung gegenüberstehen. Doch in diesem konkreten Fall, in dem es um ein wichtiges Anliegen einer Volksinitiative geht, haben wir keinen Zweifel. Die Aufnahme von Kinderrechten in unsere Verfassung ist ganz einfach überfällig, zeigt doch die Praxis leider immer wieder, dass sich Kinder und Jugendliche nicht effektiv gegen die Verletzung ihrer Rechte wehren und diese nicht einklagen können.

Die im vorliegenden Gesetzentwurf im Absatz 3 enthaltene Formulierung stellt nun klar, dass Kinder

selbstverständlich Träger von Rechten sind. Das ist ein Fortschritt, und den begrüßen wir.

Dabei muss ich aber gestehen, dass wir uns bei diesem sehr wichtigen Anliegen durchaus die eine oder andere **konkretere Formulierung** gewünscht hätten. Dies gilt besonders für den Schutz vor Kinderarmut, für den der Staat Sorge tragen muss, wenn die Eltern hierzu nicht in der Lage sind - und das auch, wenn es dabei in erster Linie um die symbolische Wirkung gegangen wäre, die wir mit einer solchen Formulierung als Verfassungsauftrag erreicht hätten.

Uns allen muss natürlich klar sein, dass eine Konkretisierung von Kinderrechten nur durch eine Änderung der Landesverfassung noch lange nicht alle bestehenden Probleme löst. Gesetze sind eben nur so gut, wie sie gelebt werden.

(Beifall beim SSW)

Allein die Tatsache, dass sich Gerichte in ihrer Rechtsprechung auf diese Rechte in der Verfassung berufen, wird kaum zu großen **Veränderungen in der Praxis** führen. Diese Änderung der Verfassung ist nach Meinung des SSW aber dennoch ein Schritt in die richtige Richtung; daher ist sie absolut zu begrüßen.

(Beifall beim SSW - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Habe ich irgendetwas falsch gemacht?

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Nein.

(Heiterkeit)

Ich bitte darum, dass man Ihnen ein bisschen mehr und konzentrierter zuhört. - Sie haben wieder das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Danke. - Doch nicht nur der Inhalt des vorliegenden Artikels 6 a LVerf lässt beim SSW Wünsche offen. Vor allem der **Weg der Entscheidungsfindung** stimmt uns bedenklich; denn es ist viel zu viel Zeit vergangen, bis sich der Großteil der Fraktionen zu einer Einigung in dieser doch sehr wichtigen Sache durchringen konnte. Trotz der grundlegenden Bereitschaft der Fraktionen, einen Konsens herbeizuführen, wurden die Verhandlungen immer wieder verzögert. Dies finden wir bedauerlich; denn für die Bürgerinnen und Bürger - und nicht zuletzt für die Kinder im Land - konnte so leicht der Eindruck ent-

(Flemming Meyer)

stehen, dass man die Stärkung der Kinderrechte dann doch nicht für so wichtig hält, wie sie tatsächlich ist.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Das Ergebnis heute zeigt aber deutlich, dass dem nicht so ist.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der FDP)

Auch ich bedanke mich an dieser Stelle noch einmal bei allen, die beteiligt waren. Trotz der intensiven Debatten, die wir führten, sind wir zu einem Ergebnis gekommen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der FDP)

Über die Verankerung in der Verfassung hinaus müssen wir auch in Zukunft **klare Ziele** zur konkreten Umsetzung der Kinderrechte und zur Verminderung von Armutsrisiken formulieren und auch mit Nachdruck verfolgen. Denn Kinderrechte sind mehr als Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung. Sie betreffen auch die Förderung und die Teilhabe der Kleinsten. Deshalb muss in der konkreten Umsetzung natürlich auch die Mitsprache der Kinder bei politischen Fragen, die ihren Alltag betreffen, eine wesentliche Rolle spielen. Der SSW hat schon häufig davor gewarnt, dass Schleswig-Holstein seine Vorbildfunktion bei der **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** auf den verschiedenen politischen Ebenen verliert. Da gerade dies durch die vorgeschlagene Änderung der Gemeindeordnung zu befürchten ist, muss ich mich für den SSW klar und eindeutig gegen einen solchen Vorschlag aussprechen.

(Beifall beim SSW und der LINKEN)

Gerade weil es uns leider in vielen Fällen nicht einmal gelingt, die grundlegendsten Rechte der Kinder im Land zu gewährleisten, müssen dieser Verfassungsänderung dringend konkrete Handlungen folgen. Dabei muss die Teilhabe der Kleinsten in unserer Gesellschaft ein ebenso wesentliches Gebot sein wie die stärkere Berücksichtigung des sozialen Existenzminimums.

(Beifall der Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Sonst bleibt die Zustimmung zur vorliegenden Änderung nur ein rein symbolischer Akt ohne konkrete Verbesserung für die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kollegin Sassen, liebe Kollegin Klahn, ich werde mit Ihnen nicht in einen Wettkampf darüber eintreten, wer von uns der bessere Demokrat sei. Meine Fraktion ist von mehr als 100.000 Wählerinnen und Wählern in diesem Land gewählt worden, Ihre Fraktion, Frau Klahn, von mehr als doppelt so vielen. Frau Sassen ist in ihrem Wahlkreis als Direktkandidatin gewählt worden. Ich werde Ihnen nicht unterstellen, dass Ihr Demokratieverständnis besser beziehungsweise schlechter sei als meines. Ich würde mir wünschen, dass es umgekehrt auch nicht geschieht.

Ich glaube, ich habe einen Satz verstanden, Frau Sassen. Sie haben sinngemäß gesagt: Wer maßlose Forderungen stellt, hat keine Ahnung von Demokratie. Auch das würde ich niemandem unterstellen. Ich höre sehr viele maßlose Forderungen. Angesichts der sozialen Schieflage in unserem Land höre ich aus Berlin Forderungen nach Steuersenkungen. Diese halte ich für maßlos, würde aber jenen, die sie stellen, kein mangelndes Demokratieverständnis unterstellen, sondern ich will mich mit ihnen inhaltlich auseinandersetzen.

Genau das würde ich mir von anderen auch wünschen. Ich würde mir wünschen, dass mir jemand sagt, was an dem Satz „Bei der Schaffung und Erhaltung kindgerechter Lebensverhältnisse ist dem besonderen Schutz von Kindern und ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen“ oder an dem Satz „Im Rahmen ihrer Möglichkeiten schützen Land, Kreise und Gemeinden Kinder und Jugendliche gegen Armut, Ausbeutung sowie Gefahren für ihr Wohl“ maßlos sein soll. Ich setze mich gern inhaltlich mit Ihnen auseinander. Wir können darüber diskutieren.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Auch das geht sehr schnell. Wir befinden uns im **Gesetzgebungsverfahren**; wir haben eine erste Lesung. Wir bringen in die erste Lesung weitergehende Forderungen ein. Wir werden mit diesen Forderungen wie mit dem Gesetzentwurf in die Ausschüsse gehen, und wir werden mit einem Ergebnis aus den Ausschüssen herauskommen. Ich frage mich: Warum sollen wir weitergehende Forderungen

(Heinz-Werner Jezewski)

schon vor der Ersten Lesung aufgeben? Dann hätten wir theoretisch heute sagen können: Wir machen es ohne Aussprache; wir sind ohnehin alle dafür; es braucht gar nicht mehr diskutiert zu werden. Denn wir sind uns alle darin einig - viele Redner haben das betont, und ich unterstütze dies ausdrücklich -, dass nicht die **Verfassungsänderung** allein die **Lage der Kinder** verändern wird, sondern dass eine breite gesellschaftliche Diskussion und dass die Arbeit von uns allen und der Menschen draußen im Land die Lage der Kinder verändern wird.

Deswegen bin ich froh, dass wir heute so diskutiert haben. Ich finde es schade, dass Sie sich mit unseren Forderungen inhaltlich nicht auseinandergesetzt haben. Darüber hätte ich mich gefreut. Aber wir werden in den Ausschüssen und bei der zweiten Lesung die Möglichkeit hierzu haben, und ich bin davon überzeugt, dass am Ende etwas dabei herauskommen wird, was wir mittragen können, so wie dies auch alle anderen Abgeordneten in diesem Haus mittragen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister Klaus Schlie das Wort.

Klaus Schlie, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung. Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen oder schwierigsten Rahmenbedingungen aufwachsen und auch im Hinblick auf ihre soziale Integration Gefahren ausgesetzt sind, brauchen besondere Unterstützung.

CDU und FDP in Schleswig-Holstein haben daher im **Koalitionsvertrag** vereinbart, dass wir die Rahmenbedingungen für eine **kinderfreundliche Gesellschaft** schaffen werden, in der sich Kinder zu individuellen, selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln können. Der Kampf gegen soziale Benachteiligungen und Kinderarmut, der Schutz von Kindern gegen häusliche Gewalt und die Sicherstellung von Lebens-, Bildungs- und Verwirklichungschancen von Kindern und Jugendlichen gehören zu den Prioritäten der Landesregierung.

Damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit der **Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“**, die vorgeschlagen hat, den bereits im Jahr 2008 neu eingefügten Artikel 6 a der

Landesverfassung noch detaillierter auszuformen. Wir starten ja nicht bei null, wie man manchmal denken könnte.

Der nunmehr erfreulicherweise sowohl von den Regierungs- als auch von den Oppositionsfraktionen mit Ausnahme der LINKEN vorgelegte Vorschlag zur Ergänzung des geltenden Landesverfassungsrechts nimmt aus Sicht der Landesregierung die Absicht der Volksinitiative auf und fügt sie in die **Landesverfassung** als **Grundordnung** für das Staats- und Gesellschaftsleben in Schleswig-Holstein ein, ohne jedoch in die Gefahr zu verfallen, Herr Jezewski, jetzt schon ausformende weitere Gesetze dazu zu formulieren. Das ist nämlich das System, das bei uns dazu dient, dies noch weiter zu konkretisieren.

Als Verfassungsminister des Landes möchte ich dazu zwei Anmerkungen machen.

Erstens. Es ist völlig klar und eigentlich auch selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche wegen der **Teilhabe** am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gleichermaßen einen **Anspruch** auf faire Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist besonders verwerflich und daher durch den Staat und durch die Gesellschaft in deutlicher Weise zu ächten. Bei allem natürlich auch notwendigen verfassungspolitischen Engagement im Land erinnere ich aber daran, dass das Kindeswohl genauso wie das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Eltern verfassungsrechtlich bereits im Bundesverfassungsrecht, das heißt im Grundgesetz, geregelt ist. **Artikel 6 GG** wird über den Artikel 2 a unserer **Landesverfassung**, nämlich der Geltung der Grundrechte, auch zu einem Landesgrundrecht.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Einen Augenblick, bitte, Herr Minister. - Ich finde, bei diesem zentralen Thema, das unsere Verfassung berührt, sollten wir dem Verfassungsminister ein wenig mehr Aufmerksamkeit schenken.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Klaus Schlie, Innenminister:

Der neu gefasste Artikel 6 a der Landesverfassung bleibt daher dort, wo er Kindern und Jugendlichen **subjektive Rechte** auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung, auf soziale Sicherheit und auf die Förde-

(Minister Klaus Schlie)

rung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten einräumt, immer auch abhängig von der vorrangigen **Geltung des Grundgesetzes**. Die Reichweite des im Grundgesetz bestimmten Schutzes des Kindeswohls kann und soll bei keiner Auslegung des künftigen Artikels 6 a unserer Verfassung unterschritten werden können.

Zweitens. Die Neufassung des Artikels 6 a unserer Verfassung benennt **Kinder und Jugendliche** ausdrücklich als **Träger von Rechten**. Ich rufe uns allen einen verfassungsrechtlichen Konsens ins Gedächtnis, den das Bundesverfassungsgericht bereits im Jahr 1968 formuliert hat, und zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin. Das Bundesverfassungsgericht hat Folgendes gesagt:

„Das Kind ist ein Wesen mit eigener Menschenwürde und dem eigenen Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit. Eine Verfassung, welche die Würde des Menschen in den Mittelpunkt ihres Wertesystems stellt, kann bei der Ordnung zwischenmenschlicher Beziehungen grundsätzlich niemandem Rechte an der Person eines anderen einräumen, die nicht zugleich pflichtgebunden sind und die Menschenwürde des anderen respektieren. Die Anerkennung der Elternverantwortung und der damit verbundenen Rechte findet daher ihre Rechtfertigung darin, dass das Kind des Schutzes und der Hilfe bedarf, um sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft zu entwickeln, wie sie dem Menschenbilde des Grundgesetzes entspricht.“

Diese Worte des Bundesverfassungsgerichts wurden vor 42 Jahren formuliert, und sie sind heute noch immer leitendes Motiv für die Verfassungspolitik zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/995 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/1027 federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes (LöffZG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/806

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 17/1006

Ich erteile dem stellvertretenden Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Drucksache des Wirtschaftsausschusses und bitte um Beratung.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Daher eröffne ich die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat gemeinsam mit der FDP-Fraktion auf eine Aussprache zu diesem Thema gedrängt, weil uns die letzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses doch ein wenig nachdenklich gemacht hat. Aber der Reihe nach.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein modernes **Ladenöffnungszeitengesetz** und eine - wie ich meine - ausgewogene **Bäderverordnung** verabschiedet.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wir haben dabei unternehmerische Freiheiten, touristische Notwendigkeiten und neue Konsumgewohnheiten berücksichtigt. Und wir haben auch dem wichtigen **Schutz des Sonntags** Rechnung getragen und selbst bei anfänglichen Auswüchsen wie in der Landeshauptstadt Kiel erfolgreich interveniert. Wir haben eben nicht alles freigegeben, sondern mit Rücksicht auf unsere christlichen Werte und Überzeugungen und auf den Familienzusammenhalt Grenzen gesetzt. Wir alle hier, die daran

(Johannes Callsen)

mitgearbeitet haben, können stolz auf dieses Ladenöffnungszeitengesetz in Schleswig-Holstein sein.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Wir können auch deswegen stolz darauf sein, weil kaum eine andere Regelung im Vorfeld so intensiv diskutiert wurde, wie diese beiden Rechtsvorschriften. Wir haben Verbände angehört, Betroffene befragt, und Kritiker sind zu Wort gekommen. Wir haben selbstverständlich mit den Kirchen gesprochen, mit den Unternehmern, mit den Gewerkschaften. Es gab eine breite **gesellschaftliche Diskussion**, bei der das Attribut „umfassend“ noch deutlich untertrieben wäre. Dementsprechend war auch der gesellschaftliche **Konsens** nach meiner Überzeugung sehr groß. Und dieser Konsens wurde eben nicht durch das **Urteil des Oberverwaltungsgerichtshofs** in Greifswald zur **Bäderregelung in Mecklenburg-Vorpommern** aufgehoben. Die Landesregierung, CDU und FDP, haben es mehrfach wiederholt: In Schleswig-Holstein gibt es andere Voraussetzungen, die Situationen und die rechtlichen Grundlagen der Bäderregelungen sind nicht vergleichbar.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber - und das sage ich gerade am heutigen Tag ganz bewusst - ich sage auch den **Kirchen** zu, dass wir selbstverständlich mit ihnen weiter im konstruktiven Gespräch bleiben werden.

Vor diesem Hintergrund sind die Vorwürfe des Kollegen Dr. Tietze im Wirtschaftsausschuss nicht akzeptabel.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Der Kollege Dr. Tietze hat uns dort vorgeworfen, eine gesellschaftspolitische Debatte abzuwürgen. Er wirft uns vor, an den Bürgern vorbeizuregieren. Die Grünen werfen uns - aufgepasst! - tatsächlich Lobbypolitik vor, ja sogar Neoliberalismus.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Das ist ungeheuerlich und entbehrt jeder Grundlage.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es gibt auch keine Gesellschaftsdebatte dazu: Einen **Gesellschaftskompromiss** - ich habe es gesagt - gibt es bereits. Aber es gibt einen anderen Grund, warum Sie, lieber Kollege Dr. Tietze, dieses Fass offenbar jetzt neu aufmachen müssen. Seit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Wahlgesetz

verwechseln Sie Oppositionspolitik immer wieder mit Populismuspolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ihre Umfragewerte lassen Sie blind taumeln, und Sie verabschieden sich von der Sachpolitik und machen an vielen Stellen nur noch Klamauk. Dieser Klamauk geht sogar so weit, dass der Kollege Dr. Tietze im Wirtschaftsausschuss die seiner Meinung nach viel zu lange **Liste der Gemeinden** beklagt, die unter die **Bäderregelung** fallen. Lieber Kollege Dr. Tietze: Seit 2005 ist die Liste der Ausflugsgemeinden in der Bäderregelung nicht länger geworden, sie stammt komplett aus der Zeit grüner Regierungsbeteiligung.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von
CDU und FDP: Hört, hört!)

Und es waren wir, die seit 2005 die Wünsche vieler Gemeinden auf Aufnahme in die Bäderregelung abgelehnt haben.

(Zuruf von der SPD: Sie sind ja ein Held!)

- Ja. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die **Debatte** um den **Sonntagsschutz** ist zu ernsthaft, als dass wir Ihnen diesen Klamauk durchgehen lassen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber geärgert hat mich auch das Verhalten der SPD im Ausschuss. Sie, liebe Kollegen der SPD, haben maßgeblich an der jetzigen Regelung mitgewirkt. Sie, liebe Kollegen der SPD, haben mit uns wichtige Fragen diskutiert. Wir haben diese Fragen gemeinsam geklärt. Wir haben Kompromisse ausgearbeitet, und diese Kompromisse haben funktioniert. Wir haben die Diskussion im Land beruhigt, Vertrauen geschaffen und den schwierigen **Ausgleich der Interessen** geleistet. Aber in dem Moment, wo sich der Kollege Dr. Tietze im Ausschuss hinstellt und von Lobbypolitik und Neoliberalismus spricht, ist das Bekenntnis der SPD zu ihrer eigenen Politik schon passé. Sie haben sich im Ausschuss bei der Abstimmung enthalten, dabei hätten Sie den Antrag der Grünen aus besserer Überzeugung ablehnen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt
[FDP])

Sie hätten Farbe bekennen müssen, stattdessen haben Sie sich weggeduckt. Und Sie hätten Ja zu einer Regelung sagen müssen, die Sie selber mit erarbeitet haben. Das ist bedauerlich, das ist aber auch bezeichnend für eine SPD, der offenbar ein klarer Kompass fehlt.

(Johannes Callsen)

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Callsen, ich muss sagen, ich fand das eben doch sehr dünnhäutig, was Sie hier vorgetragen haben.

(Widerspruch bei der CDU)

- Also, ich doch nicht!

(Heiterkeit)

Es waren nicht alle im Ausschuss mit dabei, aber das muss wirklich eine bemerkenswerte Debatte gewesen sein. Ich halte das für ein bisschen künstlich aufgebauscht, und offensichtlich dient das Ganze doch mehr dazu, uns deutlich zu machen, dass es irgendwo noch einen Punkt in der CDU/FDP-Koalition gibt, bei dem Sie einer Meinung sind.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonst hätten Sie hier nicht Dreiviertel Ihrer Redezeit dazu verwendet, das hervorzuheben. Sei es drum, auch das werden wir aushalten.

Ich denke aber, Herr Kollege Callsen, Sie haben sich den falschen Punkt herausgesucht. So kurz kann Ihr Gedächtnis nicht sein. Als wir gemeinsam die Änderungen vorgenommen haben, die zu einer **Veränderung der Ladenöffnungszeiten** geführt haben, war es die FDP, die sich hier hingestellt hat - ganz besonders Herr Kubicki - und gesagt hat: Nehmt den Sonntag doch ganz raus, alles soll den ganzen Sonntag über geöffnet sein! Jetzt sich hier hinzustellen - der CDU nehme ich das noch ab - und die **FDP** an Ihre Seite zu holen, als Beleg dafür, dass man den **Sonntagsschutz** hier hochhält, das finde ich schon sehr gewagt, Herr Kubicki. Ich kann Ihnen das anhand von Protokollen belegen, was Sie dazu gesagt haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können wir gern machen!)

Ich will hier gar nicht sagen, dass Ihnen dabei vielleicht ein bisschen durch die Lappen gegangen ist, dass der Sonntag grundgesetzlich geschützt ist. Das ist noch eine andere Frage.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege, Sie müssen nicht dauernd Ihre falschen Erklärungen abliefern!)

- Nein, nein, das sind keine falschen Erklärungen. Das kann man durch Protokolle belegen.

Aber - wie gesagt - ich bitte dann doch um Verständnis dafür, dass ich die letzten Minuten meiner Redezeit dafür nutze, zur Sache zu reden, auch wenn das vielleicht hier nicht das eigentliche Thema ist.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Herr Callsen, legen sehr viel Wert darauf, dass der Sonntag der durch das **Grundgesetz** in besonderer Weise geschützt ist, kein Tag wie jeder andere ist. Das bleibt auch so. Das bleibt auch so, obwohl wir uns im Ausschuss enthalten haben und das hier auch tun werden. Ich bitte Sie, uns nicht vorzuwerfen, dass wir uns die Zeit lassen, über die Dinge nachzudenken. Sie wissen, dass die **Kirche** eine **Klage** eingereicht hat - auch hier in Schleswig-Holstein - **gegen die Bäderregelung** und die **Sonntagsregelung**, und sie nur zurückgenommen hat, weil man Gespräche führen will. Ich finde, es ist dann auch in Ordnung, dass man sagt, wir enthalten uns und warten zunächst einmal die Gespräche ab.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nämlich dem Wunsch der **christlichen Kirche** nachkommen sowie derjenigen, die aus **gewerkschaftlichen** und **weltanschaulichen Gründen** den Sonntag schützen und als einen besonderen Tag in der Woche erhalten wollen.

Die **Bäderregelung** ist in § 9 ein verfassungsrechtlich sehr fragiles Instrument. Das ist der eigentliche Punkt, alles andere ist im Prinzip auch einvernehmlich. Jede Regelung auf dieser Basis könnte mit dem Sonntagsschutz in der Verfassung kollidieren. So, wie wir die Bäderregelung in Schleswig-Holstein ausgestattet haben, hat sie sich grundsätzlich bewährt. Sie ist für Wirtschaft und Handel in den tourismusgeprägten Orten, besonders an Ost- und Nordsee, ein wichtiger Umsatzfaktor.

Nach **Urteilen** mehrerer **Landesverfassungsgerichte** und insbesondere des **Gerichts in Mecklenburg-Vorpommern** ist allerdings auch bei uns zu

(Peter Eichstädt)

hinterfragen, ob das **Regel-Ausnahme-Prinzip**, das da eine Rolle gespielt hat, ausreichend berücksichtigt ist. Kirchen und Gewerkschaften sind ganz offensichtlich nicht dieser Auffassung. Eine Klage ist eingereicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das mag ja sein!)

- Ich weiß, dass Sie das nicht interessiert, uns interessiert das aber schon. Nebenbei interessiert es den Minister auch, der letztes Mal hier in der Debatte gesagt hat, die Regierung, die Sie mittragen, will abwarten, was die Kirchen und Gewerkschaften - nein, ich glaube Sie haben nur die Kirchen genannt; aber ich finde, die Gewerkschaften gehören auch mit dazu - an Eckpunkten und Forderungen vorlegen. Dann wolle man darüber beraten, ob es eine Änderung des Gesetzes geben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir sehen es so, dass man hier durchaus abwarten sollte, und das werden wir auch tun.

Ich brauche es gar nicht mehr zu zitieren, ich habe das eben zusammengefasst, was Herr de Jager das letzte Mal gesagt hat. Wir erwarten daher, dass die Landesregierung das Parlament rechtzeitig über diese eben angesprochenen möglichen Ergebnisse informiert und dass von unserer Seite eine neue Regelung erörtert werden kann und wir auf diese neue Regelung Einfluss nehmen können.

Herr de Jager, wenn Sie mir noch einen Augenblick zuhören, denn es wäre hilfreich, wenn der Vertreter der Landesregierung - ich nehme an, dass Sie gleich dazu reden - in seinem Redebeitrag hierzu eine entsprechende Erklärung abgeben würde, dass das Parlament selbstverständlich vor einer Neuregelung der Bäderregelung, die nicht unbedingt in Gesetzesform erfolgen muss, so informiert und beteiligt wird, dass wir unsere Meinung und unsere Auffassung dazu sagen können.

Nun ist die Redezeit abgelaufen,

(Beifall des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

aber ich habe alles gesagt, was dazu zu sagen ist. Das war deutlich mehr als das, was von der CDU kam. Damit bin ich zufrieden.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir wollten seine Meinung hören! Er hat doch gar keine! - Hartmut Hamerich [CDU]: Das kommt im Dreiminutenbeitrag!)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt gern etwas zur Sache sagen. Die **Bäderregelung** war und ist für den **Tourismus** natürlich von enormer Bedeutung. Deswegen freue ich mich, dass wir noch einmal darüber debattieren können. Die Regelung in der aktuellen Form hat sich bewährt, und sie macht auch Sinn. Die aktuelle Bäderregelung ist ein ausgewogener Kompromiss, und sie wurde im gemeinsamen Kontext von Politik, Wirtschaft, Kirche und natürlich auch den Gewerkschaften geschlossen. Die Regelung ist ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen des Handels und der Touristen einerseits und Kirchen und Arbeitnehmern andererseits.

Was man auch bedenken muss, ist, dass die Bäderregelung Rücksicht auf die immer flexibler werdenden **Arbeitszeiten** vieler berufstätiger Menschen nimmt. Die FDP-Fraktion begrüßt, dass die **Landesregierung** im Zuge der aktuellen Diskussion nach dem Urteil in Mecklenburg-Vorpommern und den Ankündigungen der Kirchen in einem konstruktiven **Dialog mit den Kirchen** steht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die aktuelle Regelung beschränkt die **Sonntagsöffnung** auf bestimmte **Kur- und Erholungsorte in Schleswig-Holstein**. Wir sehen daher keinen Bedarf, gerade jetzt massiv einschränkende Regelungen einzuführen, wie die Grünen sie wollen. Dafür sehen wir keinen Bedarf.

Herr Tietze, nun komme ich konkret zu Ihrem Gesetzentwurf: Ich habe mich wirklich gefragt, warum gerade die Grünen damit vorpreschen. Zudem verwundert es mich, dass sich die Grünen mit diesem sehr restriktiven Gesetzentwurf mittlerweile als oberste Hüter des Sonntags aufführen. Ich habe mich das zum einen gefragt, weil von Frau Heinold und dem grünen Kreisverband **Kiel** noch vor gar nicht allzu langer Zeit andere Töne zu hören waren.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Zitat!)

Aber gut, Frau Heinold hat selbst zugegeben, dass sie in der neuen Fraktion überstimmt worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Oliver Kumbartzky)

Vor dem Hintergrund des wirklich stark steigenden **Kreuzfahrttourismus** und den Chancen, die sich dabei für die Landeshauptstadt ergeben, kann ich diesen Wunsch natürlich nachvollziehen. Denn eins ist klar: Sonntagsöffnungen generieren zusätzliche Kaufkraft, mehr **Wertschöpfung** und ein höheres Steueraufkommen und schaffen damit die Grundlage für die Finanzierung von staatlichen Aufgaben, insbesondere natürlich auch von Sozialausgaben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich möchte einen Punkt sehr gern wiederholen: die Pressemitteilung von Herrn Tietze vom 7. April.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wusste, dass das kommt!)

- Ja, Sie wussten, dass es kommt:

„Aber im Gegensatz zur Bäderregelung in Mecklenburg-Vorpommern erachten wir die schleswig-holsteinische Regelung für ausbalanciert.“

Da frage ich mich wirklich, woher in der kurzen Zeit der Sinneswandel kam.

(Christopher Vogt [FDP]: Das müssen Sie doch einmal erklären! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Gerade als Sylter sollte Herr Tietze wissen, dass die **Saison ganzjährig** ist, gerade auf Inseln wie **Sylt**. Sie sind auch selbst jemand, der von der Bäderregelung profitiert. Sie haben selbst im Wirtschaftsausschuss gesagt, dass Sie sonntags einkaufen gehen. Sie steigern selbst die Nachfrage an Sonntagen

(Zurufe)

und ziehen eine sehr interessante Begründung heran.

Sonntagsöffnungen beleben die Tourismusorte, Sonntagsöffnungen sind wichtig für Schleswig-Holstein, weil Schleswig-Holstein geprägt ist von Kurzurlaubern, die gerade auch an den Vor- und Nachsaison-Wochenenden zu uns kommen. Deswegen müssen wir uns an die **Bedürfnisse der Touristen** anpassen. Anders als die Grünen sehen wir keine Notwendigkeit für restriktivere Ladenöffnungszeiten. Aus diesem Grunde haben wir auch den Gesetzentwurf im Wirtschaftsausschuss abgelehnt. Natürlich werden wir den denkwürdigen Kurs der Grünen und von Herrn Tietze in bleibender Erinnerung behalten.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich hoffe, dass die Rede auch auf Sylt gelesen wird!)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Kumbartzky, zwischen den Regelungen „immer auf“ und „immer zu“ gibt es eben noch die Bäderregelung. Und die regelt das eben.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, genau!)

- Ja, aber die Frage ist, wie sie es regelt. Insofern sehe ich da keinen Widerspruch. Es geht nicht um Schwarz oder Weiß, sondern es geht um eine ordnungspolitische Rahmensetzung. Darüber haben wir im Ausschuss diskutiert.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr sachlich!)

Ich bin im Übrigen auf Neoliberalismus angesprochen worden. Ich gebe zu, dass ich dieses böse Wort, dieses Unwort im Ausschuss verwendet habe. Aber auch der Neoliberalismus setzt in der Definition, die ich gefunden habe, immerhin einen bestimmten Ordnungsrahmen voraus.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Das heißt, es geht hier nicht um die Entscheidung zwischen „immer auf“ und „immer zu“, sondern es geht tatsächlich um den **Ordnungsrahmen**.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kollege Callsen, ich habe mich ein wenig über Ihre Rede gewundert. Ich habe es vorhin schon gesagt: Ich habe mir sehr intensiv Ihren Bundesparteitag angeschaut.

(Zurufe)

- Man muss immer auch für andere politische Themen offen sein. Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich die Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, ihres Zeichens CDU-Vorsitzende,

(Dr. Andreas Tietze)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gerade wiedergewählt!)

zu der Frage der **christlichen Grundwerte** ihrer Partei sinngemäß. Sie hat gesagt: es gibt ein Zuwenig an Christentum, es gibt ein Zuwenig an Gespräch über das christliche Menschenbild.

(Serpil Midyatli [SPD]: Bei der CDU?)

- Ja. Das C im Parteinamen soll der Kompass für CDU-Politik sein. - Der Delegierte von Boetticher war da.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ich eile! - Zuruf des Abgeordneten Kubicki)

Sie hat dann ausgeführt, und das finde ich sehr interessant: Ziel unserer ethisch orientierten Politik in der Zukunft muss sein, dass wir uns stärker an die christlich-jüdische Tradition erinnern.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen wir!)

Ich will jetzt hier nicht pastoral werden, aber ich habe einmal Theologie studiert - im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kubicki. Die christlich-jüdische Tradition, lieber Herr Kubicki, ist tatsächlich 3.000 Jahre alt. Das Sabbatgebot, das die Grundlage für das Sonntagsgebot war, wurde im Jahre 630 v. Chr. begründet.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Wenn wir über eine **Tradition** reden, wie Frau Merkel es macht, darf man doch einmal Fragen stellen. Mit Recht ist das **Sonntagsgebot** von der Weimarer Reichsverfassung in das **Grundgesetz** übernommen worden. Mit Recht gibt es in unserer Gesellschaft, weil wir uns genau auf diese christlich-jüdische Tradition berufen, die Ihnen sicher nicht fremd ist, den Sonntagsschutz mit **Verfassungsrang**.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Lieber Herr Kollege Callsen, nicht wir Grüne haben ein Problem, sondern Sie haben ein Problem. Sie haben das Problem, den Kirchen zu erklären, wie Sie sich auf der einen Seite programmatisch zu einer christlich-jüdischen Tradition bekennen und darauf auch die zukünftige Politik ausrichten wollen und sich auf der anderen Seite aus einem Dialog verabschieden.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Nichts anderes habe ich im Ausschuss kritisiert. Ich hätte mich gefreut, wenn über unseren Gesetzentwurf nicht abgestimmt worden wäre, wenn Herr de Jager die **Gespräche mit der Kirche** geführt und dann im Ausschuss berichtet hätte.

(Zurufe)

- Nein, Sie haben auf der Abstimmung bestanden, und Sie haben gesagt - jetzt möchte ich den Minister zitieren -: Ich gehe mit dieser Bäderordnung in die Gespräche. Alles, was ist, ist gut. In dem Sinne hat er argumentiert.

(Serpil Midyatli [SPD]: Amen!)

Wenn ich einen Dialog so eröffne, wenn mir jemand mit dem Verfassungsgericht droht, dann muss ich mich nicht wundern, wenn die Kirche etwas sagt. Ich habe natürlich auch einen guten Draht zu den Kirchen. Ich habe mit den entsprechenden Vertreterinnen und Vertretern telefoniert. Wenn man so in die Gespräche geht - nach Herrn Kubickis Leitmotto, nach dem Sie Politik betreiben -: Macht die Tür zu, ich komme durch die Wand,

(Heiterkeit)

wenn man das als Politikansatz versteht, muss man sich natürlich nicht wundern, wenn die Kirchen an dieser Stelle sich fragen, wozu sie noch reden sollen, und sagen: Dann können wir gleich zum Landesverfassungsgericht gehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann sollen die das doch machen, mein Gott!)

Herr Kubicki, was wollten wir im Kern mit unserem Gesetzentwurf erreichen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das fragen wir uns auch!)

Wir wollten die gesellschaftspolitische Diskussion über den Sonntag eröffnen. Sie spielen tatsächlich mit dem Feuer. Denn wenn die Kirche klagt, ist es wahrlich nicht das erste Mal, dass Ihre bornierte Einsichtslosigkeit das schleswig-holsteinische **Landesverfassungsgericht** auf den Plan ruft und dies dann das korrigiert, was Sie auf den Weg bringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was denn bei dem, was wir auf den Weg gebracht haben, Herr Tietze?)

- Ich kenne schon Ihre PE dazu, Herr Kubicki:

(Zurufe von der FDP)

Richter haben keine Ahnung, und Sie sind schon vorher schlau gewesen und wissen im Vorhinein,

(Dr. Andreas Tietze)

was dabei herauskommt. Was für eine peinliche Ausgangslage!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

(Zurufe: Zur Sache! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung, ich habe fünf Minuten Redezeit. Ich kann mich gern noch zu einem Dreiminutenbeitrag melden. Ich habe hier noch einige Argumente vorzutragen, ich bin damit noch nicht durch.

(Beifall und Zurufe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, dann bitte ich Sie, dass Sie nachher die Gelegenheit für einen Dreiminutenbeitrag nutzen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich komme gern darauf zurück.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Björn Thoro das Wort.

(Zurufe)

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte zur **Bäderregelung** treibt seltsame Blüten. Die letzte Ausschusssitzung zur Behandlung des Gesetzentwurfs - viele habe es hier schon gesagt - war eine Farce. Der Minister berichtete dem Ausschuss von bevorstehenden **Gesprächen mit den Kirchen und Gewerkschaften** am 25. November 2010. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass er nicht gedenke, bei diesem Treffen einen Kompromissvorschlag zu präsentieren. Er habe die Absicht, sich die Vorschläge der Kirchen und Gewerkschaften

anzuhören und dann im Anschluss nichts zu ändern. Deshalb könne auch der vorliegende Gesetzentwurf ruhig schon vor dem Treffen abgelehnt werden.

Dies ist ein weiteres Beispiel für die kompromisslose Haltung der Landesregierung. Was andere sagen, hört man sich im besten Falle an. Argumenten gegenüber ist man absolut unaufgeschlossen. DIE LINKE fordert die Landesregierung und Minister de Jager auf, ergebnisoffen in die **Verhandlungen mit Kirchen und Gewerkschaften** hineinzugehen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit der Aussage des Ministers, man könne gleich abstimmen, waren die Fraktionen von FDP und CDU anscheinend einverstanden. Sie setzten eine Abstimmung über den vorliegenden Gesetzentwurf durch. Die Begründung dafür war überraschend: CDU und FDP stellten die steile These in den Raum, das **Ladenöffnungszeitengesetz** stehe mit der **Bäderregelung** in keinem Zusammenhang. Das zeugt von Unkenntnis oder Desinteresse. Im Ladenöffnungszeitengesetz ist zum Beispiel die Zahl der Sonntage bestimmt, an denen Geschäfte in den in der Bäderregelung aufgeführten Orten sonntags geöffnet haben dürfen. Zurzeit sind dies alle Sonntage in der Zeit vom 15. Dezember bis 31. Oktober.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Damit sind nur sechs Sonntage im Jahr von der Bäderregelung ausgenommen. Die bestehende Regelung macht **Sonntagsöffnungszeiten** zur Regel, nicht zur Ausnahme. Dies lehnt DIE LINKE entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Sonntagsöffnungszeiten sind der Ausdruck deregulierter Lebensverhältnisse. Die Verkäufer und in den meisten Fällen Verkäuferinnen müssen sonntags im Geschäft stehen, sie haben keinen gesicherten festen Tag in der Woche für ihre Familien und ihre Freundinnen und Freunde. Das will DIE LINKE nicht. Auch immer und zu jeder Zeit Konsumterror ausgesetzt zu sein, ist für DIE LINKE nicht erstrebenswert.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen begrenzt die **Sonntagsöffnungszeiten in Bäderorten** auf die Zeit vom 15. März bis zum 31. Oktober. So fallen noch 29 Sonntage unter die Bäderregelung. Keine Lösung, wie sie DIE LINKE wünscht. DIE

(Björn Thoroë)

LINKE will Ladenöffnungszeiten am Sonntag bis auf sehr wenige Ausnahmen generell verbieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Gesetzentwurf der Grünen ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Daher werden wir ihm zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

(Zurufe)

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Ausschuss ausgiebig über die von den Grünen begehrte Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes beraten. Da ich selber aus einer sehr stark **vom Tourismus geprägten Region** stamme, ist es sicherlich verständlich, dass ich vor allem die Arbeitsplätze, die mit den offeneren **Regelungen zum Ladenschluss** verbunden sind, im Auge habe. Bevor wir aber womöglich in eine ideologische Debatte einsteigen - das scheinen wir ja schon getan zu haben -, möchte ich darauf hinweisen, dass die Menschen, die **in Kur- und Erholungsorten** in Supermärkten und anderen Läden arbeiten, nicht die einzigen sind, die sonntags arbeiten. Natürlich arbeiten Menschen auch an **Wochenenden und Feiertagen in Dienstleistungsbereichen**, die für die Daseinsvorsorge unverzichtbar sind. Zu nennen sind da Energieversorgungsunternehmen, Krankenhäuser, die Polizei oder auch die Flugüberwachung. Wir haben Sonn- und Feiertagsarbeit bei der Bundeswehr, der Post, beim Zoll oder auch bei Verkehrsunternehmen. Schon hier, bei den Verkehrsunternehmen, also Bus und Bahn, kann man die Frage stellen, ob diese Angebote lebensnotwendig sind oder eher nicht und ob so eine Ausnahme vom verfassungsmäßig gewollten Arbeitsverbot gerechtfertigt ist.

Sonn- und Feiertagsarbeit gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe, gastronomische Betriebe, alle Arten von Großunternehmen, Tankstellen, Bäckereien, Museen, Zoos, Schwimmbäder, Imbisse und viele andere Unternehmen, die wir alle selbstverständlich auch gern am Wochenende nutzen.

Was ich mit diesen Beispielen sagen will, ist, dass die faktische Entwicklung bei der Sonn- und Feiertagsarbeit schon wesentlich weiter fortgeschritten

ist, als man in ideologischen Debatten immer meint. Diejenige, die übrigens auch die längste und dauerhafteste Tradition für Sonntagsarbeit hat, ist die Kirche.

Laut Institut der deutschen Wirtschaft in Köln arbeiten in Deutschland circa 8,1 Millionen Menschen an Sonn- und Feiertagen. Die Sonntagsarbeitsquote liegt damit bei 22,5 %, ein Viertel der Bundesbürger arbeitet auch am Sonntag. So viel zu den Fakten.

Sonn- und Feiertagsarbeit ist somit ein Faktum in Deutschland und eine Realität, der man sich nicht verschließen kann. Die Bäderregelungen in den einzelnen Bundesländern haben hieran einen verhältnismäßig kleinen Anteil, sie sind aber für die betroffenen Regionen eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung. Gerade deshalb ist es wichtig, das Thema mit Ruhe und ohne ideologische Scheuklappen zu betrachten.

Wir können feststellen, dass wir im **Grundgesetz** ein **Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe** verankert haben. Es geht hier aber nicht darum, über den Sinn oder Unsinn dieser Regelung zu debattieren. Ich stelle einfach fest, dass diese Regelung da ist und dass das Arbeitszeitgesetz und andere Regelungen hiervon abgeleitet sind. Diese Regelungen wiederum stellen den Rahmen der gesetzlich zulässigen Sonn- und Feiertagsarbeit dar, und gerade hier ist festgelegt, wie oft im Jahr und unter welchen Bedingungen Sonn- und Feiertagsarbeit zulässig ist und wie diese vergütet werden soll. Weiteres darüber hinaus ist in Tarifverträgen geregelt.

Genau hier möchte ich ansetzen. Wenn man etwas für Beschäftigte tun möchte und wenn man akzeptiert, dass die Sonn- und Feiertagsarbeit ein Faktum ist, dann sollte man sich diese Regelungen ansehen und nicht eindimensional ausschließlich auf die Bäderregelung in Schleswig-Holstein sehen. Es geht nämlich im Kern nicht darum, einem bestimmten Teil der Beschäftigten die Sonn- und Feiertagsarbeit nicht zu ermöglichen, sondern es müsste vielmehr darum gehen, den Beschäftigten bei **Sonn- und Feiertagsarbeit** vernünftige **Rahmenbedingungen** zu geben.

Das Urteil in Mecklenburg-Vorpommern ist somit nicht der Hebel, um die hiesige Bäderregelung zu kippen, sondern wir müssen, wie es hier auch schon geschieht, mit Kirchen und Gewerkschaften darüber reden, wie und unter welchen Bedingungen Sonn- und Feiertagsarbeit möglich sein soll und welche Bedingungen es geben soll, die es den Beschäftigten leichter ermöglichen, dieser Arbeit nach-

(Lars Harms)

zugehen. Dafür bedarf es aber keines grünen Antrags, sondern einer an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den Interessen der betroffenen Beschäftigten orientierten Verhandlungsführung.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Dabei geht es dann sowohl um die Chance für die Beschäftigten, einen Arbeitsplatz zu erhalten und auch zu behalten, und für die Unternehmen, bei uns insbesondere aus der Tourismuswirtschaft, Geld zu verdienen, als auch um die Möglichkeit, den grundgesetzlich abgesicherten Sonn- und Feiertagsschutz zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, das erreicht man am besten durch Gespräche und Verhandlungen mit den Betroffenen und nicht durch ideologiegeschwängerte Anträge.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal schließe ich mich für die Landesregierung der Auffassung der regierungstragenden Fraktionen an,

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Überraschend!)

die durch mein Mitwirken zustande gekommen ist, nämlich dass es ziemlich sinnlos ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Gespräche einen solchen Gesetzentwurf einzubringen.

Die Klage darüber, dass jetzt tatsächlich darüber abgestimmt werden soll, ist natürlich auch ein bisschen irre; man wehrt sich jetzt dagegen, dass über einen **Gesetzentwurf** abgestimmt werden soll, den man selbst eingebracht hat. Das ist meistens der Sinn solcher Gesetzentwürfe. Ich glaube insofern, dass es absolut okay ist, wenn im Moment gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt wird, denn ich glaube, dass er in der Tat eine falsche Grundlage für das wäre, was wir mit den Kirchen zu besprechen haben.

Es ist in der Tat so, dass die Gespräche mit den Kirchen am 25. November weitergeführt werden. Für die Frage, was im Falle eines Misserfolgs dieser Gespräche passiert, muss man wissen, dass die Ausgangslage ist, dass die **Kirche** beim **Oberver-**

waltungsgesicht Klage gegen die Bäderregelung und gegen die Ladenöffnungszeiten eingereicht hat, die wir in Schleswig-Holstein haben. Diese Klage ruht so lange, so lange die Gespräche zwischen der Kirche und der Landesregierung andauern. Ich habe in der Tat gesagt, dass wir mit der festen Auffassung in diese Gespräche hineingehen, dass die gegenwärtige Bäderregelung gut und richtig ist.

(Beifall der Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] und Lars Harms [SSW])

Ich bin mit vereinzelter Zustimmung aus den Reihen des SSW und der CDU-Fraktion der Auffassung, dass wir es hier mit einem Kompromiss zu tun haben, der in der Tat sehr lange abgestimmt worden ist und im Grunde auch einen stimmigen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Anliegen darstellt, nämlich zwischen dem Anliegen der Kirche auf der einen Seite, dem Sonn- und Feiertagsschutz, und den Anliegen der Beschäftigten, aber auch den Anliegen derjenigen, die Geschäfte betreiben, und derjenigen, die einkaufen möchten. Insofern glaube ich, dass dieser lange diskutierte Kompromiss in der Tat ein in der Sache und inhaltlich guter Kompromiss ist. Ich bin übrigens auch der Auffassung, dass er gerichtsfest ist.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung, dass dann, wenn man die Bäderordnung kippen will, die absolute Zahl von 45 Sonntagen die Achillesferse dieser Ordnung ist?

- Es mag sein, dass Sie das so empfinden. Ich habe gerade gesagt, dass ich der Auffassung bin, dass unsere Bäderordnung auch rechtlich gesehen keine Achillesferse hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es wurde die Frage aufgeworfen: Was ist, wenn die Kirche weiter klagt? - Hier sage ich mit allem Selbstbewusstsein und nach Prüfung unserer Rechtslage: Vielleicht verliert sie auch. Ich bin nämlich der Auffassung, dass unsere **Bäderregelung** in Schleswig-Holstein nicht gegen die Verfas-

(Minister Jost de Jager)

sung verstößt. Dies ist ein wichtiger Kontext für die Frage der Gespräche. Natürlich gehen wir nicht in die Gespräche und sagen: Hier darf sich kein Komma ändern. Ich sage aber auch, dass ich nicht bereit wäre, als Ergebnis der Gespräche Veränderungen mitzutragen, die die gegenwärtige Bäderregelung in ihren wesentlichen Grundvoraussetzungen verändert.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Ich glaube, man kann über einzelne Veränderungen diskutieren. Wir werden nach den Gesprächen darüber berichten, welche Vorschläge gemacht worden sind, welche wir mittragen konnten und welche vielleicht auch nicht. Ich bin immer noch der guten Hoffnung, dass es vielleicht eine Einigung auf dem Kompromisswege geben kann, denn es ist sicherlich nicht erstrebenswert, sich mit der Kirche vor Gericht zu treffen. Ich sage aber auch, nicht als Maximalposition der Landesregierung, sondern weil wir es mit einem Kompromiss zu tun hatten, der von breiten Teilen dieses Hauses getragen wird, dass wir keine Kompromisse akzeptieren, die die wesentlichen Grundlagen dieser Bäderregelung verändern. Das ist die Ausgangslage für die Gespräche mit der Kirche.

Das klingt in dieser Debatte jetzt alles etwas bleihaltiger, als es am Ende ist. Ich habe die Haltung der Kirche als konstruktiv empfunden, denn wenn sie nicht konstruktiv wäre, dann hätte die Kirche die Klage nicht ausgesetzt. Insofern ist es vielleicht klug, wenn wir alle ein bisschen den Fuß vom Gas nehmen und abwarten, wie die **Gespräche mit der Kirche** laufen. Wir werden berichten. Dann werden wir darüber zu beraten haben, ob wir Veränderungsbedarf haben, ob wir ihn vornehmen wollen oder ob wir uns vor Gericht wiedersehen. Ich würde mir wünschen, dass wir zu einem Kompromiss mit der Kirche kommen, der allerdings im Wesentlichen das fortschreibt, was wir gegenwärtig haben. Das ist nun einmal so.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der wirklich hervorragende Beitrag meines Kollegen Peter Eichstädt hat mich veranlasst, mich noch einmal zu Wort zu melden, denn ich bin der Auf-

fassung, dass die Haltung der Sozialdemokratie noch erklärungsbedürftig ist. Man kann von den Grünen denken, was man will; sie sind in der Lage, jederzeit alles zu begründen und ihre Haltung innerhalb von 24 Stunden zu verändern. Dass die **Sozialdemokratie** aber bei einer Regelung, die sie bei der **Bäderregelung** miterschaffen hat, nun gar keine Haltung mehr einnimmt - -

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

- Ja, Sie haben gesagt, Sie enthalten sich. Sie wissen nicht genau, was Sie davon halten sollen. Das ist schon verwunderlich.

Ich will den Minister unterstützen. Wenn Sie der Auffassung sind, dass diese Regelung verfassungswidrig ist, dass die Kirche mit ihrer Verfassungsklage Erfolg haben könnte, dann müssten Sie sie jetzt sofort ändern, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Parlamentarier in diesem Hause an der Regelung festhalten, wenn sie verfassungswidrig ist.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit, gern und selbstverständlich.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Kollege Kubicki, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich eben in meinem Redebeitrag zum Ausdruck gebracht habe, dass unsere Haltung dadurch bestimmt ist, dass wir abwarten wollen, wie die nun einmal begonnenen Gespräche zwischen der Regierung und den Kirchen ausgehen, und zwar auch aus Respekt vor den Kirchen, und dass unsere Enthaltung genau das richtige Signal in beide Richtungen ist?

- Ich habe Sie verstanden, und ich nehme das gern zur Kenntnis. Eine richtige Haltung aber wäre, den Antrag der Grünen abzulehnen. Das wäre die konsequente Haltung.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das ist meine Auffassung. Das, was Sie momentan machen, ist, dass Sie sich in der Sache selbst vom Acker machen und keine klare Position beziehen. Sie erklären nicht, dass Sie die jetzige Regelung für verfassungskonform halten. Selbstverständlich sind wir für **Gespräche mit den Kirchen**, aber diese Regierung ist - wie übrigens in allen anderen Fra-

(Wolfgang Kubicki)

gen auch - dadurch nicht erpressbar, dass man ihr droht, man wolle eine Verfassungsklage vollziehen. Ich bin der Auffassung, dass diese Regelung verfassungskonform ist, und ich darf darauf hinweisen, dass noch kein Gesetz und noch keine Verordnung, an der wir bisher mitgewirkt haben, anders als bei anderen, von Verfassungsgerichten aufgehoben worden sind. Darauf wollte ich nur hinweisen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Kubicki, lassen Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eichstädt zu?

(Zurufe)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Zu Ihnen komme ich morgen. - Selbstverständlich, Herr Kollege Eichstädt.

Peter Eichstädt [SPD]: Wären Sie weiterhin bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es nicht nur eine Frage der Verfassungskonformität sein kann, sondern auch des Respekts vor den Kirchen, dieses Gespräch zu suchen, dass man auch Gesetze ändern kann, die durchaus verfassungskonform sind, aber trotzdem einen Änderungsbedarf ausweisen?

- Herr Kollege Eichstädt, ich nehme das alles gern zur Kenntnis, aber ich habe eine andere Vorstellung als Sie. Ich würde mich zunächst einmal zu dem bekennen, was Sie selbst gemacht haben. Sie bekennen sich momentan nicht zu dem. Das ist das, was ich Ihnen vorwerfe. Das macht einen großen Unterschied aus.

(Beifall bei FDP und CDU)

Also auch hier würde ich - wie immer - in aller Ruhe und Gelassenheit sagen: Warten wir die Gespräche ab. Warten wir, was dabei herauskommt. Ich kann nur sagen, dass die Kirchen angesichts eines modernen Wertewandels gut beraten wären, darauf zu reagieren und nicht ständig auf Positionen zu beharren, von denen ich glaube, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr geteilt werden. Übrigens gilt: Auch der Islam gehört zu Deutschland, das haben wir vom Bundespräsidenten gehört. Man mag diese Aussage teilen oder nicht, aber niemand von uns käme auf die Idee, Freitagnachmittag die Läden zu schließen, weil nach islamischer Vorstellung dann keine Geschäfte getätigt werden können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 17/806 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt worden.

Damit beschließe ich Tagesordnungspunkt 4. Bevor ich Tagesordnungspunkt 14 aufrufe, teile ich Ihnen mit, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 19 auf morgen zu vertagen. Ich gehe davon aus, dass Tagesordnungspunkt 19 nach den beiden gesetzten Tagesordnungspunkten, nämlich der Energiedebatte und dem Tagesordnungspunkt 38, Landesstraßenbau, eingereiht wird. Sollte dies anders sein, so bitte ich darum, dies dem Präsidium entsprechend mitzuteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie mit mir Besucher auf der Tribüne. Ich begrüße Neumitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Außerdem begrüße ich Mitglieder der CDU Heikendorf. - Seien Sie herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren stärken

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/905

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Markus Matthießen das Wort.

Markus Matthießen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um den sogenannten **Feuerwehrführerschein**. Hiervon betroffen sind aber nicht ausschließlich die freiwilligen Feuerwehren, sondern alle Rettungs- und Hilfsorganisationen.

Die Europäische Union bringt uns viele Vorteile. Hin und wieder bringt sie uns aber auch Verkom-

(Markus Matthießen)

plizierungen, so etwa, dass sich die Zahl der Fahrerlaubnisklassen im Jahr 1999 von sieben auf zwölf erhöht hat. Seit dieser Umstellung dürfen junge Menschen mit dem Führerschein Klasse B keine Fahrzeuge mehr bis zu einem Gesamtgewicht von 7,5 t fahren. Mit dem alten Autoführerschein der Klasse 3, den die meisten in diesem Hause wahrscheinlich noch kennen, war das anders.

Diese Umstellung hat sich in den vergangenen Jahren bei den freiwilligen Feuerwehren, bei den technischen Hilfsdiensten und bei den Rettungsdiensten leider immer stärker beim Nachwuchs bemerkbar gemacht. Wer nur den normalen Autoführerschein hat, darf eben nicht die größeren Einsatzfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht über 3,5 t fahren; es sei denn, er lässt sich für eine andere Fahrerlaubnisklasse schulen. Das ist bislang zum Teil aber noch aufwendig und kostspielig.

Wer sieht, was Freiwillige Feuerwehren, Hilfs- und Rettungsdienste und technische Hilfsdienste völlig uneigennützig Tag für Tag für unser Land und unsere Bürger leisten, der kann eigentlich nur zu dem Ergebnis kommen, dass wir eine schlanke und unbürokratische Regelung für solche Fahrerlaubnisse brauchen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denjenigen, die ehrenamtlich zupacken wollen, soll man nicht auch noch Steine in den Weg legen. Die Leitidee muss deshalb sein, dass Menschen, die sich für ehrenamtliche Arbeit bei den verschiedenen Hilfsorganisationen begeistern, sich unkompliziert in den **Gebrauch eines Einsatzfahrzeugs** bis 7,5 t einweisen und schulen lassen können, und dass dann auf kommunaler Ebene unbürokratisch, schnell und kostengünstig die notwendige **Fahrerlaubnis** ausgestellt wird. Das ist der Wunsch, den wir von vielen an der Basis hören. Sicherheitsbedenken habe ich nicht. Gerade den Menschen, die andere Menschen retten, dürfen und sollten wir vertrauen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die geltende Rechtslage ist leider nicht optimal. Es gibt zwar nach dem Straßenverkehrsgesetz des Bundes schon jetzt die Möglichkeit, dass oberste Landesbehörden Fahrerlaubnisse bis 7,5 t erteilen. Das ist aber leider nicht nahe genug am Bürger. Einen guten Schritt sind wir auch als Landtag im vergangenen Juni mit dem Fahrberechtigungsständigkeitsgesetz gegangen. Jetzt können in unserem Land Fahrerlaubnisse für Fahrzeuge bis 4,75 t bei den Gemeinden und Fahrerlaubnisse für Fahrzeuge bis 7,5 t bei den Kreisen und kreisfreien

Städten erteilt werden. Das ist schon recht nahe am Bürger, aber bekanntlich steckt der Teufel im Detail.

Die Zuständigkeit für die **Erteilung einer Fahrerlaubnis** ist etwas anderes als die **Einweisung, Schulung oder Prüfung**. Es gibt zwar durchaus erleichterte Voraussetzungen für Fahrzeuge bis 4,75 t. Ähnlich wie beim Projekt „Begleitetes Fahren mit 17“ kann jetzt zum Beispiel der erfahrene Feuerwehrmann den jungen Feuerwehrmann einweisen. Diese Möglichkeit ist aus unserer Sicht aber nicht ausreichend. Die meisten modernen Einsatzfahrzeuge wiegen heute mehr als 4,75 t. In dem Bereich bis 7,5 t stößt das Land aus Gründen der Gesetzgebungskompetenz an seine Grenzen. Das ist keine leichte Materie, und das ist schwierig zu erklären. Für die Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t können die notwendigen Erleichterungen für Ausbildung und Prüfung seitens der Länder nicht getroffen werden. Der Ball liegt beim Bund.

Den Handlungsbedarf haben eigentlich alle erkannt. Es sind schon lange an den unterschiedlichsten Stellen Widerstände aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen zu erkennen, die an der Basis aber nicht nachzuvollziehen sind.

Wir Schleswig-Holsteiner müssen uns diesen Schuh nicht anziehen. Wir müssen aber jetzt gemeinsam ein Zeichen setzen. Wir sollten auf Bundesebene alles dafür tun, dass es die Hilfs- und Rettungsorganisationen leichter haben. Dabei möchten wir ausdrücklich niemanden zwangsbeglücken. Wenn zum Beispiel eine einzelne freiwillige Feuerwehr oder ein Kreisverband es anders halten will und lieber weiterhin amtliche Fahrlehrer zu Rate ziehen möchte, dann soll das auch weiterhin möglich sein. Das sollte aber dem Ehrenamt vor Ort freigestellt werden.

Schleswig-Holstein hat eine **Bundratsinitiative** Bayerns unterstützt, die nun den Bundestag erreicht und eine vernünftige Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zum Ziel hat. Beschlossen ist die Sache im Bundestag aber noch nicht. Im Ziel sind wir uns in diesem Hause einig. Daher sollten wir dieses Signal heute setzen. Daher bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag, mit dem dieses Thema noch einmal unterstrichen wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Andreas Beran das Wort.

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

(Zuruf: Kann der überhaupt Auto fahren?)

Andreas Beran [SPD]:

Ich kann sogar ein Feuerwehrauto fahren.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte vor, als aktiver Feuerwehrmann diese Rede in Feuerwehruniform zu halten. Der Landtagspräsident hat mir das untersagt. Recht hat er; denn seit ewigen Zeiten gilt im Landtag: Die Feuerwehr wird nicht politisiert und soll nicht für parteipolitische Strategien missbraucht werden.

(Beifall bei der SPD)

Das würde mit dem Tragen einer Feuerwehruniform genauso zutreffen wie mit dem Antrag, den Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, uns heute vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Über die vordergründige Botschaft, die dem Antrag entnommen werden kann, besteht überwiegend Übereinstimmung. Ich nehme es Ihnen aber nicht ab, dass es Ihnen um die Sache geht. Sie wollen vielmehr die Zielgruppe **Feuerwehr** umschmeicheln und für Ihre parteistategischen Überlegungen missbrauchen.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Wenn es anders wäre, dann hätten Sie sich mit den erforderlichen Inhalten auseinandergesetzt. Wie stellen Sie sich denn die Voraussetzungen vor, die erfüllt sein müssen, damit der **Feuerwehrführerschein** erworben werden kann? Dies ist dem Antrag nicht zu entnehmen. Bedarf es Ihrer Meinung nach der Beteiligung eines Fahrlehrers, oder soll das so laufen wie bei dem sogenannten kleinen Feuerwehrführerschein für Fahrzeuge bis 4,75 t? Das ist eine durchaus strittige Frage, die in Ihrem Antrag nicht beantwortet wird.

Apropos kleiner Feuerwehrführerschein. Ende vergangenen Jahres habe ich in Abstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband den Innenminister, den Wirtschaftsminister und den Ministerpräsidenten schriftlich darauf aufmerksam gemacht, dass es noch immer keine Regelung beim Feuerwehrführerschein für Einsatzfahrzeuge bis zu 4,75 t im Land Schleswig-Holstein gibt, während Bayern dies längst geregelt hat. Da es im Wirtschaftsministerium einen Bedenkenträger als zuständigen Referenten gab, hatte ich mit meinem Schreiben erreicht, dass die Zuständigkeit auf das Innenministerium überging und dort in kürzester Zeit inklusive Nach-

besserung auf Bundesebene eine Regelung erarbeitet wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, so haben wir in der Vergangenheit solche Probleme für die Feuerwehr geregelt. Dies ging leise, in großer Einigkeit und ohne Politisierung über die Bühne. Fragen sie die Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden! Wir sind dort gern gesehene Ehrengäste, solange wir sie nicht für unsere parteipolitischen Ziele vor den Karren spannen.

Es gibt bestimmt Wichtigeres zu regeln, Dinge, die wir hier im Lande auch selbst lösen können, insbesondere dann, wenn wir gemeinsam zur Lösung beitragen und nicht der eine den anderen politisch austricksen möchte.

Ich will ein Beispiel nennen. Seit nunmehr circa zwei Jahren gibt es Streit zwischen den Straßenbaulastträgern und den Feuerwehren, wenn es um die **Abrechnung von technischen Einsätzen** geht. Im Falle eines Ölunfalls oder in dem Fall, dass ein Baum eine Straße nach Starkwind versperrt, ruft in der Regel die Polizei die Feuerwehr. Diese soll dann die Schäden beseitigen. Dann ist Gefahr in Verzug, und die Gefahrenabwehr muss unverzüglich erfolgen.

Stellt die Feuerwehr den Einsatz dem Straßenbaulastträger anschließend in Rechnung, wird immer wieder mit dem Hinweis, man hätte einen eigenen Bauhof und dieser hätte das auch erledigen können, versucht, diesen Einsatz nicht zu bezahlen. Das ist für mich ein unhaltbarer Zustand, der längst zwischen den zuständigen Stellen der Landesregierung hätte geklärt werden müssen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Der Antrag ist ohne große Substanz. Er schadet jedoch auch nicht. Nachdem das Thema durch den **Bundesrat** durch ist, liegt ein entsprechender Antrag jetzt im Verkehrsausschuss des Bundestages zur Beratung vor. Herr Mattheßen, sprechen Sie doch Ihren Parteikollegen Gero Storjohann, der Mitglied dieses Ausschusses ist, auf dem kleinen Dienstweg an. Vielleicht erreichen Sie dadurch mehr für dieses Anliegen der Feuerwehr als über diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Da der Antrag zwar unvollkommen ist, aber in die richtige Richtung weist, werden wir ihn nicht ablehnen, sondern ihm zustimmen. Auch mit einer Ausschussüberweisung wären wir einverstanden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile dem Herrn Abgeordneten Jens-Uwe Dankert das Wort.

Jens-Uwe Dankert [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gucke bewusst noch einmal zur Tribüne, weil ich weiß, dass dort auch einige Feuerwehrkameraden sitzen, allerdings, sage ich bewusst, nicht in Uniform, sondern ein bisschen undercover. Aber ich freue mich, dass sie da sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns hier im Hohen Haus einig: Das Engagement der Freiwilligen Feuerwehren ist für unser Land unentbehrlich und verdient unsere volle Unterstützung. Lieber Kollege Andreas Beran, Ihre Bemerkungen eben waren nicht respektvoll gegenüber der Feuerwehr.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass Sie etwas neidisch sind, dass CDU und FDP diesen Antrag hier im Haus einbringen. Sie hätten das sicherlich auch gern getan.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Die Feuerwehren sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit, sie sind auch ein wichtiger **gesellschaftlicher Faktor** und ein Faktor für **Jugendarbeit** insbesondere im ländlichen Raum.

Die Problemstellung bei der **Führerscheinfrage** bezüglich der **Tonnage** haben meine Vorredner bereits eingehend dargestellt. Das will ich nicht noch einmal wiederholen. Fest steht, meine Damen und Herren, dass die **Einsatzfahrzeuge** bei den Freiwilligen Feuerwehren aus technischen Gründen schwerer geworden sind. Lediglich ältere Fahrerlaubnisinhaber, die ihre Fahrerlaubnis vor dem 1. Januar 1999 erworben haben, können aufgrund des Bestandsschutzes auch diese schwereren Fahrzeuge mit dem bisherigen Führerschein der alten Klasse 3 fahren. Diese Fahrer wachsen aber aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst heraus und stehen vielerorts nicht mehr zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, zur Kostenersparnis und um Nachwuchsprobleme wirken zu können, wurden vom Bundesrat, den betroffenen Organisationen sowie Bundestagsabgeordneten der CDU/FDP-Regierungskoalition und Mitgliedern des Europäischen Parlaments **Erleichterungen im Fahrer-**

laubnisrecht für das Führen von Einsatzfahrzeugen gefordert. Die Bundesregierung hat dieses Engagement von Beginn an unterstützt.

Meine Damen und Herren, wir sollten als Angehörige des Schleswig-Holsteinischen Landtags auch für ein Zeichen sorgen, dass wir ebenso unsere Freiwilligen Feuerwehren in ihrer Einsatzbereitschaft stärken wollen, damit dem Feuerwehrenachwuchs ein leichter Zugang zu diesem wichtigen Ehrenamt ermöglicht wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Diskussion auf **Bundesebene** läuft bereits seit einiger Zeit. Nun ist es an der Zeit, dass auch Tatsachen folgen und eine konsequente Umsetzung erfolgt. Deshalb bitten die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion nun in ihrem Antrag die Landesregierung, sich auf Bundesebene für die einfachere Vergabe des sogenannten Feuerwehrführerscheins auch für das Führen von Fahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 4,75 bis 7,5 Tonnen einzusetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Machen Sie sich darüber keine Sorgen, Frau Heinold, wir haben das im Griff.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dazu ist allerdings eine **Änderung des Straßenverkehrsgesetzes** erforderlich, für die der Bund zuständig ist. Das haben meine Vorredner ja auch schon gesagt. Die Bundesregierung hat das Problem im Blick. Der Bundesverkehrsminister hat seit häufiger Zeit betont, dass er eine entsprechende Änderung der Bundesnormen will. Auch in Berlin ist man sich im Ziel letztlich einig. Allerdings waren einige Klippen hinsichtlich **EU-rechtlicher Vorgaben** zu umschiffen. Hieran darf letztlich aber unser Ziel nicht scheitern.

Meine Damen und Herren, die Schaffung **klarer Rechtsverhältnisse** ist ein wichtiger Schritt, um den Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren attraktiver zu machen und auch jüngeren Mitgliedern eine aktive Beteiligung an der Brandbekämpfung zu ermöglichen. Zudem sind die Freiwilligen Feuerwehren in der Lage, die neuen Fahrer auch dahingehend auszubilden, dass sie erhöhten Fahranforderungen, wie Einsatzfahrten, gewachsen sind.

Auch wenn Bundesverkehrsminister Ramsauer in einer Stellungnahme sagt, er wolle das Engagement der Feuerwehren für unsere Gesellschaft unterstützen und beim Erwerb des Feuerwehrführerscheins

(Jens-Uwe Dankert)

bürokratische Hindernisse ausräumen, so sollte er doch Taten folgen lassen und unverzüglich rechtliche Klarheit schaffen. Das ist bisher allerdings noch nicht geschehen. Deshalb muss die Landesregierung alles daransetzen, dass es in Schleswig-Holstein zu einer adäquaten Lösung für die Feuerwehren kommt. Das haben sie verdient. Deshalb hoffe ich, dass der gemeinsame Antrag von CDU und FDP die Zustimmung des ganzen Hauses findet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erlaube ich dem Herrn Abgeordneten Thorsten Fürter das Wort.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja häufig so, dass Reden schriftlich toll vorbereitet und dann von der Pressestelle versandt werden. Ich werde jetzt ein bisschen vom Redemanuskript abweichen, weil sich hier zum wiederholten Male -wie jetzt auch in Ihrer Rede, Herr Dankert - gezeigt hat, dass ein unangemessener neuer Ton von der FDP in die Debatte gebracht wird. Dem Kollegen von der SPD, der hier eine sehr abgewogene Rede gehalten hat, wird gesagt, er hätte respektlos gegenüber der Feuerwehr agiert. Dann kommt Herr Kubicki und sagt, es sei eine Entgleisung des Kollegen Dolgner. Ich meine, wir sollten hier und heute mit diesem Ton Schluss machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich würde mich wirklich freuen, wenn wir alle daran mitwirken würden.

Es ist so, dass wir dem Antrag natürlich positiv gegenüberstehen; das ist völlig klar. Ich bin ja Parlamentsneuling. Ich habe mir sagen lassen, dass es nicht unüblich ist, dass man bei Feuerwehrthemen als Landtag gemeinsam in solche Debatten geht und solche Dinge gemeinsam voranbringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Weg ist hier nicht gewählt worden. Deswegen verstehe ich auch, dass ein erfahrener SPD-Politiker dann sagt, das riecht ein bisschen nach parteipolitischer Profilierung. Ich glaube, das ist es auch.

Trotzdem ist der Antrag in der Sache nicht verkehrt. Deswegen werden wir uns dem auch nicht verweigern.

Es ist allerdings so - diese Bemerkung möchte ich als Jurist noch hinzufügen, weil es jetzt das zweite Mal ist -: Sie wissen ganz genau - Herr Kubicki, Sie als Jurist könnten das wissen, wenn Sie sich ein bisschen an Ihr Studium zurückerinnern -,

(Zurufe)

dass die Landesregierung über den **Bundesrat** an der Gesetzgebung mitwirkt. Das ist der Punkt, wo ein Landtag beschließen kann, die Landesregierung zu einem bestimmten Verhalten aufzufordern, im Bundesrat aktiv zu werden. Es ist jetzt das zweite Mal, dass wir hier im Landtag einen solchen Antrag beschließen sollen, wenn das Thema im Bundesrat schon durch ist. Das ist juristisch niveaulos; tut mir leid, Herr Kubicki, ich hoffe, Sie sehen das ähnlich. Man kann einen solchen Antrag auch mal zurückziehen und sagen, er hat sich erledigt. Die Landesregierung ist tätig geworden, und damit ist der Appell an die Landesregierung ja eigentlich nicht viel anderes als Show.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Wir werden ihm trotzdem zustimmen, weil wir es natürlich für richtig halten, dass dieses Signal für unsere Feuerwehren gesetzt wird und weil wir die Feuerwehr für wichtig halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Offensichtlich wird keine Zwischenfrage zugelassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann melde ich mich zu einem Dreiminutenbeitrag! - Zuruf: Keine Drohung! - Heiterkeit)

Wir fahren in der Reihenfolge der Redner fort. Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski. - Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, ihm zuzuhören.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zuerst überlegt: Kannst du da überhaupt reden als Nichtfeuerwehrmann? Meine Befürchtung hat sich fast ja fast bewahrheitet. Aber ich habe ein

(Heinz-Werner Jezewski)

gutes Argument, weil wir die wahren Freunde der Feuerwehr sind.

(Heiterkeit)

Wir haben sogar die Farbe unseres Logos nach den Feuerwehrautos gewählt.

(Heiterkeit)

Ich gestehe, ich hatte kurz die Hoffnung, wir könnten ganz groß und weiß „DIE LINKE“ darauf sprühen. Aber da haben die uns gesagt: Das geht nicht. Das haben wir auch sofort akzeptiert.

Ich will mich ganz kurz fassen. Die EU-Regelungen, die das im Antrag angesprochene Problem, das der Kollege Matthießen dankenswerterweise sehr verständlich erklärt hat, verursacht haben, traten bereits im letzten Jahrtausend in Kraft. Die Probleme sind also seit mehr als 10 Jahren bekannt. Eine erste Änderung, die immerhin einen Teil dieses Problems beseitigte, wurde im vergangenen Jahr vom Bundeskabinett beschlossen; immerhin zehn Jahre, nachdem jeder davon wusste. Das ist die Eile und die Wichtigkeit, die die Feuerwehr offensichtlich in den letzten 10 Jahren gehabt hat.

Über eines sind wir uns sicherlich alle einig: Kein junger Mensch darf ein Feuerwehrfahrzeug lenken, ohne dafür eine ordnungsgemäße Ausbildung bekommen zu haben. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Die **Ausbildung der Nachwuchsfahrerleute an Fahrschulen** wäre aber zu aufwendig und zu teuer, also muss die Feuerwehr diese Aufgabe selbst erledigen. Niemand bezweifelt, dass sie dazu sehr gut in der Lage ist. Das scheint auch in Berlin so gesehen zu werden, denn inhaltliche Argumente gegen eine Lösung habe ich aus dem Bundesverkehrsministerium weder in der momentanen Debatte noch in den letzten zehn Jahren gehört. Es waren immer formale Argumente. Vermutlich - das ist meine ganz subjektive Vermutung - scheidet die Lösung daran, dass im Ministerium gar kein Sachbearbeiter mehr frei ist, weil sich alle mit der Planung und der Umsetzung von Verkehrsprojekten wie der überflüssigen Fehmarnbelt-Querung oder Stuttgart 21 beschäftigen müssen.

Meine Fraktion jedenfalls wird diesem Antrag zustimmen. Wir hoffen, dass die Landesregierung von Schleswig-Holstein zumindest in diesem Bereich in Berlin noch halbwegs ernst genommen wird, sodass wir bald eine **Regelung** bekommen werden, die es der Feuerwehr und den Rettungsdiensten auch in Zukunft erlauben wird, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch in Dänemark gibt es Freiwillige Feuerwehren. Diese Frage wurde schon gestellt. Ich gehöre nicht der Freiwilligen Feuerwehr an. Ich hätte es früher gern gemacht, aber zu der Zeit, als ich so jung war und in der Jugendfeuerwehr hätte mitmachen können, war es nicht üblich, dass Mädchen daran teilnehmen durften. Das hat sich Gott sei Dank geändert.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein leisten gute Arbeit. Sie retten Menschenleben und sichern in jedem Jahr Millionenwerte. Sie haben in der Vergangenheit Flexibilität und Einsatzbereitschaft gezeigt. Feuerwehren sind bei Unfällen im Straßenverkehr oftmals als Erste an der Unfallstelle. Auch Unfälle mit Gefahrgut bewältigen die Feuerwehrleute absolut professionell.

Zur **Erfüllung dieser Aufgaben** müssen sie gut ausgebildet sein. Das kostet Geld. Sie benötigen moderne Fahrzeuge, eine gute Ausrüstung und Digitalfunk. Auch das kostet Geld. Und: Einsatzfahrzeuge fahren nicht von allein. Der notwendige Führerschein, der eine Feuerwehrfrau oder einen Feuerwehrmann befähigt, die großen Einsatzfahrzeuge zu führen, ist der **Führerschein C**. Der kostet ungefähr zwischen 1.400 € und 2.700 €. Liegt die entsprechende Fahrerlaubnis nicht vor, wird es also für die Wehren teuer, weil die **Einsatzfahrzeuge** der meisten Wehren nicht mit einem normalen Pkw-Führerschein zu fahren sind.

Darum wurde bereits eine **Ausnahme** für Fahrzeuge **bis zu 4,75 t** geschaffen. Um die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes aufrecht zu erhalten, gibt es eine Abkürzung, den sogenannten Feuerwehrführerschein, der den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden das Führen dieses Fahrzeuges bis zu 4,75 t für die Einsatzfahrten gestattet. Das ist eine unbürokratische Lösung.

Nunmehr sind einige auf den Geschmack gekommen. Deshalb steht die **Ausweitung** des Feuerwehrführerscheins an.

Eine Verkehrsunfallanalyse der Berufsgenossenschaften aus dem Jahr 2007 hat gezeigt, dass es zwar nur wenige Unfälle von Einsatzfahrzeugen

(Silke Hinrichsen)

gibt, aber das individuelle Risiko durchaus erhöht ist. Dabei wurden nur die Profis, also die Berufsfeuerwehrleute, befragt. In dem vorliegenden Antrag geht es um Freiwillige, die ein Einsatzfahrzeug nur wenige Tage im Jahr fahren.

Professor Dieter Müller von der Hochschule der Sächsischen Polizei warnt darum vor dem steigenden Unfallrisiko, das mit einer Ausweitung verbunden wäre. Ohne ausreichende Schulung und ohne Fahrpraxis steige das Unfallrisiko enorm. Denn Sie müssen sich einmal vorstellen: Ein Fahrzeug wie beispielsweise ein Krankenwagen wiegt schon 7,5 t. Das Einsatzverhalten eines derartigen Fahrzeuges ist darauf ausgerichtet, zu einem Unfallort zu kommen und vor Ort sinnvolle Hilfe zu leisten. Das bedeutet, es ist ein völlig **anderes Fahrverhalten** als bei sämtlich anderen Fahrzeugen, die wir zu fahren gewohnt sind. Auch ein Lkw-Fahrer hat Probleme damit, solche Fahrzeuge zu fahren. Das liegt unter anderem an dem Kurvenfahrverhalten, am Bremsverhalten und Ähnlichem.

Gerade bei den Freiwilligen Feuerwehren ist wichtig, dass die Menschen, die diese Fahrzeuge fahren, entsprechend ausgebildet werden. Ich lege sehr viel Wert darauf. Es kann nicht sein, dass man sagt: „mal eben eine Stunde ein bisschen“. Das geht nicht.

Grundsätzlich halte ich es für sinnvoll, dass vertiefende Schulungen für diese Art des Führens von Fahrzeugen vorgeschrieben sind. Die nicht sachgemäße Handhabung ist nicht nur eine Gefahr für den Fahrer selbst und die mit ihm fahrenden Menschen, sondern auch für die anderen Teilnehmer des Straßenverkehrs.

Das kann man nicht so einfach vom Tisch wischen. Es ist klar: Diese großen Fahrzeuge sind schwierig zu fahren. Wir legen Wert darauf, dass auch bei den Freiwilligen Feuerwehren diejenigen, die diese Fahrzeuge fahren, eine entsprechende **Ausbildung** bekommen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Kooperation mit den Fachverbänden eine Regelung finden, die diesen Feuerwehrleuten helfen kann. Aber ganz einfach zu sagen: „Das geht, ganz schnell mal eine extra Stunde Ausbildung“, halte ich für eine Zumutung. Damit schieben wir die Verantwortung auf die freiwilligen Feuerwehren ab.

Wir werden diesem Antrag zustimmen. Wir sollten aber berücksichtigen, dass das ehrenamtliche Helfer sind. Die möchte ich ungern in eine Situation bringen, in der sie vor dem Problem stehen, mit so einem Fahrzeug - seien es auch nur 5 km - in einer Stadt oder auf dem Land zu fahren und das Fahr-

zeug nicht beherrschbar ist - einfach weil es so ungewöhnlich zu fahren ist.

Allen sollte klar sein, dass man nicht einfach zu sagen kann: „Dann machen wir mal eine Extrastunde.“ Das geht bei den Fahrzeugen über 4,75 t nicht.

Wir werden dem Antrag zustimmen. Aber ich weise darauf hin, dass es ganz wichtig ist, dass wir die Kameradinnen und Kameraden unterstützen müssen, sodass sie solch ein Fahrzeug richtig gut führen können, um sich hinterher nicht selber Vorwürfe zu machen. Jeder muss sich das einmal vorstellen. Die fahren nicht in einer normalen Situation Auto, sondern dann, wenn Hilfe gerufen wird und der Druck schon sehr groß ist. Diese Situation finde ich selber schon schwierig zu handeln. Wenn sie dann noch mit einem Fahrzeug fahren, das ein anderes Fahrverhalten aufweist, brauchen sie dringend unsere Unterstützung. Wir werden dem Antrag zustimmen, aber ich finde, wir könnten Geld zur Verfügung stellen, sodass sie eine vernünftige Schulung bekommen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Detlef Buder [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Matthießen das Wort.

Markus Matthießen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich über die große Einigkeit hier bei uns im Haus. Das zeigt mir, dass der Antrag an sich richtig ist.

Geschätzter Kollege Beran, ich nehme selbstverständlich gern entsprechende Hinweise auf. Ich bin als Parlamentsneuling immer für Tipps dankbar.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Andererseits: Das eine tun, das andere nicht lassen. Sie können sich sicher sein, dass wir mit unserem Kollegen Storjohann entsprechende Gespräche geführt haben und dies weiterhin tun werden.

Ich freue mich, dass wir hier in diesem Haus große Einigkeit haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich erteile jetzt für die Landesregierung Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort. Der Innenminister und damit Feuerwehrminister vertritt die Interessen des Landes bei der Innenministerkonferenz. Ich denke, wir freuen uns, dass Finanzminister Rainer Wiegard für die Regierung das Wort nimmt.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich werde es mir und Ihnen ersparen, den ersten Teil meiner Rede, der hier bereits viermal dargestellt wurde, zu halten, nämlich den Einsatz des sogenannten Feuerwehrführerscheins zwischen 3,5 und 4,75 t noch einmal darzulegen.

Inhaltlich geht es um die von den Feuerwehrgenerationen dringend eingeforderte Sonderfahrberechtigung zum **Führen der Einsatzfahrzeuge** in der Gewichtsklasse **4,75 t bis 5,7 t**. Denn in dieser Bandbreite, in diesen Gewichtsklassen sind nun einmal die meisten Einsatzfahrzeuge angeordnet.

Liebe Frau Hinrichsen, bei allem Respekt: Solche Fahrzeuge gab es früher auch schon. Da wurden sie auch schon gefahren.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Habe ich sogar gefahren!)

Auf keinen Fall mit einem Mopedführerschein. Das ist schon klar, dass die Anforderungen müssen erfüllt sein müssen.

Man darf sich gern daran erinnern, dass das **EU-Recht** in diesem Zusammenhang 1999 geändert wurde. So lange ist das Problem bekannt. Der Deutsche Bundestag hat zwar mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vom Juli 2009 - nach immerhin zehn Jahren - die notwendigen Voraussetzungen für **Sonderfahrberechtigungen** für solche Fahrzeuge geschaffen; aber die erforderliche **Bundesverordnung** kann offensichtlich aufgrund eines irgendwie bestehenden Verkündungshindernisses nicht erlassen werden, sodass es bis heute eine solche Regelung nicht gibt. Dieses Problem ist zu bereinigen.

Um die **Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren** - erstens - zu erhalten und - zweitens - zu stärken, ist es nun unbedingt erforderlich, dass wir möglichst schnell und endlich auch für diesen Bereich eine vernünftige Regelung bekommen, die die Erteilung einer Fahrberechtigung nach einer unbürokratischen organisationsinternen Ausbildung und Prüfung vorsieht. Weiterhin soll das Führen von Fahrzeugen mit Anhängern erleichtert werden.

Der **Bundesrat** hat im Juli dieses Jahres den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes** beschlossen, der diese Erweiterung ermöglichen soll. In diesen Tagen hat die Bundesregierung den Referentenentwurf für ein solches Gesetz vorgelegt, in dem es aber noch eine Reihe von Ungereimtheiten gibt. Da sich auch dieses Haus wohl einvernehmlich für die Unterstützung entscheiden wird, gehen wir jedoch davon aus, dass wir zügig - immerhin seit 1999 wird darüber nachgedacht - zu einer vernünftigen, unbürokratischen Regelung kommen können, die die Sicherheit gewährleistet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 17/905 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 17/905 einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beenden die heutige Sitzung. Ich unterbreche die Tagung bis morgen 10 Uhr und wünsche allen einen angeregten Abend mit guten Gesprächen am Abend des Buß- und Bettages.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:53 Uhr